



Bürgergutachten zum Verbraucherschutz in Bayern

im Auftrag des Bayerischen
Staatsministeriums für Gesundheit,
Ernährung und Verbraucherschutz



Bürgergutachten zum Verbraucherschutz in Bayern

im Auftrag des Bayerischen
Staatsministeriums für Gesundheit,
Ernährung und Verbraucherschutz





Auftraggeber

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz
Der Staatsminister
Schellingstraße 155
80797 München
Telefon (0 89) 21 70-04
Telefax (0 89) 21 70-27 00
E-Mail poststelle@stmgev.bayern.de
<http://www.stmgev.bayern.de>



Unabhängige Durchführungsträgerin und Herausgeberin

Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Bergischen Universität
Gesamthochschule Wuppertal
Prof. Dr. Peter C. Diemel
Gaußstraße 20
42097 Wuppertal
Telefon und Telefax (02 02) 4 39-23 44
E-Mail dienel@uni-wuppertal.de
<http://www.uni-wuppertal.de/FB1/planungszelle/index.html>

Projektleitung und Redaktion

Hilmar Sturm und Christian Weilmeier Bürgergutachten GbR
Dr. Hilmar Sturm und Christian Weilmeier, M. A.
Albanstraße 12
81541 München
Telefon (0 89) 65 91 97
E-Mail info@buergergutachten.com
<http://www.buergergutachten.com>



Kooperationspartner in Bayern

Fachgebiet Haushaltswissenschaft der Technischen Universität München-
Weihenstephan
Prof. Dr. Dieter Witt
Vöttinger Straße 12, Rgb.
85350 Freising
Telefon (0 81 61) 71-34 02
Telefax (0 81 61) 71-45 37
E-Mail: hilmar.sturm@lrz.tum.de
<http://www.weihenstephan.de/hww>

Verfasser

Dr. Hilmar Sturm
Christian Weilmeier, M. A.
Karin Roßkopf, Dipl.-Hdl.
Bastian Goßner

Satz und Layout

flashfires.net

Sauerbreyst. 8
42697 Solingen

Stephan Wirth
Marc Petschke

Impressum

Druck

Prinz Druck & Medien, Wermelskirchen

Auflage 3.000 Stück

Veröffentlicht im Juni 2002

Wo steht was?

Seite Was empfehlen die Bürger?

- 92 ▪ Endergebnis und Zusammenfassung
– hier ist die Quintessenz des Gutachtens:
- 55 ▪ Alle Ergebnisse
- 106 ▪ Verbraucherpolitische Konzepte im Detail

- 19 Was ist eine Planungszelle?
- 33 Welche Themen wurden bearbeitet?
- 10 u. 47 Wer hat mitgearbeitet?

Was sagen die Bürger zum Thema ...

- 63 u. 97 ▪ Arzneimittel
- 86, 94 u. 101 ▪ Dialog mit dem Verbraucher
- 88 ▪ Eigenverantwortung
- 67 u. 95 ▪ Ernährung
- 94 u. 101 ▪ Erziehung
- 101 ▪ Forschung
- 82 u. 98 ▪ Gerätesicherheit
- 56 u. 97 ▪ Gesundheit
- 89 u. 94 ▪ Information
- 101 ▪ Kontrolle
- 67 u. 95 ▪ Landwirtschaft
- 69 u. 95 ▪ Lebensmittel
- 82 u. 98 ▪ Mobilfunk
- 80 ▪ Produktsicherheit
- 82 u. 98 ▪ Technik
- 80 ▪ Textilien
- 67 u. 95 ▪ Tierhaltung
- 60 u. 96 ▪ Umwelt und Gesundheit
- 89 u. 94 ▪ Verbraucherberatung
- 86 u. 94 ▪ Werbung

Für den eiligen Leser:

- 92 → Arbeitseinheit 16: Verbraucherpolitische Konzepte
- 19 → Verfahrensbeschreibung (Was ist die Planungszelle?)
- 37 → Arbeitsprogramm-Übersicht

Hinweis zum Text

Die teilweise Verwendung der männlichen Schriftform dient der vereinfachten Lesbarkeit des Textes. Ausdrücklich sind dabei Frauen und Männer gleichermaßen gemeint.

Abkürzungen:

BBV = Bayerischer Bauernverband KdöR, München
B90/Grüne = Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen
CSU = Fraktion der Christlich-Sozialen Union in Bayern e. V.
DBU = Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner e. V., Würzburg
IVN = Internationaler Verband der Naturtextilwirtschaft
LVÖ = Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e. V., Freising
MdB = Mitglied des Deutschen Bundestags
MdL = Mitglied des Bayerischen Landtags
SPD = Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
VdK = Sozialverband VdK Bayern

Inhaltsverzeichnis

Seite	
6	Geleitwort von Staatsminister Eberhard Sinner
7	Geleitwort von Professor Dr. Peter C. Dienel
8	Vorwort der Projektleiter Hilmar Sturm und Christian Weilmeier
10	Die Bürgergutachter
12	Referenten
13	Politiker und Danksagungen
14	Projektmitarbeiter
15	Kapitel 1 Auftrag und Auftraggeber
19	Kapitel 2 Die Planungszelle: Beschreibung des Verfahrens
23	Kapitel 3 Projektorganisation und –ablauf Verfahrensbewertung durch die Bürgergutachter
33	Kapitel 4 Das Arbeitsprogramm
47	Kapitel 5 Teilnehmerdaten
55	Kapitel 6 Die Ergebnisse
	Zwischenergebnisse
56	Arbeitseinheit 01: Einführung, Verbraucherschutz, Gesundheit
60	Arbeitseinheit 02: Umwelt und Gesundheit
63	Arbeitseinheit 03: Arzneimittel und Verbraucherschutz
67	Arbeitseinheit 04: Landwirtschaft und Ernährung
69	Arbeitseinheit 05/06: Lebensmittelverarbeitung und –zusatzstoffe, Kennzeichnung
77	Arbeitseinheit 07: Lebensmittelüberwachung und –hygiene
80	Arbeitseinheit 08: Produktsicherheit – am Beispiel der Kleidung
82	Arbeitseinheit 09: Sicherheit technischer Geräte – am Beispiel der Mobiltelefone
84	Arbeitseinheit 10: Besondere Verbrauchergruppen
86	Arbeitseinheit 11: Werbung
88	Arbeitseinheit 13: Eigenverantwortung der Verbraucher
89	Arbeitseinheit 14: Verbraucherarbeit
91	Arbeitseinheit 15: Zur Bedeutung des Konsums
	Endergebnis
92	Arbeitseinheit 16: Konzepte für die bayerische Verbraucherpolitik Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik Maßnahmen zur Verwirklichung der verbraucherpolitischen Ziele
104	Schlusswort der Projektleiter
105	Anhang I
106	Alle Endergebnisse der Arbeitseinheit 16
135	Anhang II
136	Tabellen
143	Presseberichte über die Planungszellen



Der Verbraucher kommt zu Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Verbraucherinnen und Verbraucher,

mit Hilfe eines ungewöhnlichen Projekts wollten wir Ihre Vorstellungen und Wünsche in Sachen Verbraucherschutz in Erfahrung bringen, Ihre begründete Meinung ungeschminkt hören, das Ohr ganz nah am Verbraucher haben für eine verbraucherorientierte Politik.

Die Planungszellen sind eine neue Form der direkten Bürgerbeteiligung: vier Tage fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema, vier Tage intensive Arbeit im Ringen um qualifizierte Lösungen. 425 Bürgerinnen und Bürger haben sich stellvertretend für alle bayerischen Verbraucher dieser Aufgabe gestellt. Zum ersten Mal wurde dieses bisher eher kommunalpolitische Instrument bayernweit auf ein so großes Politikfeld, wie den Verbraucherschutz, angewendet. Der Erfolg gibt uns Recht: die Bereitschaft der zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger mitzumachen, war enorm groß. Die Begeisterung sich einzubringen, hat sich mit jedem Tag gesteigert. Davon konnte ich mich persönlich in den einzelnen Einheiten überzeugen. Im Volksmund heißt es: Wer wagt, gewinnt. Wir haben viele neue Erkenntnisse gewonnen, was für Sie zählt im Verbraucherschutz.

Ich danke allen Beteiligten, allen voran Herrn Professor Peter C. Dienel, von der Bergischen Universität/Gesamthochschule Wuppertal, der diese Form der aktiven Bürgerbeteiligung entwickelt hat und es versteht, für diese Idee zu begeistern. Ich danke seinem Projekt-Team, das in nur sechs Monaten diese große Aufgabe gestemmt hat, und nicht zuletzt danke ich den Planungszellen-Teilnehmern für ihren enormen Einsatz, der jedem Verbraucher zu Gute kommt.

Ihr Eberhard Sinner
Bayerischer Verbraucherschutzminister

Geleitwort
der Wuppertaler Forschungsstelle

Die pluralistisch explodierende „Konsum-Welt“ von heute wird für mich immer unübersichtlicher. *Ihr* bin ich im Prinzip hilflos ausgesetzt. Wir Menschen müssen uns gegenseitig schützen. Und dieser Schutz muss bewusst organisiert und (wo heute selbst Ökoverbänden Fehler unterlaufen!) verlässlich kontrolliert werden. So etwas kann letztlich nur die Gemeinschaft aller, also unser Staat, leisten. Verbraucherschutz ist eine öffentliche, eine politische Aufgabe.

Erstmals hat ein Bundesland die Initiative ergriffen, seine Bewohnerinnen und Bewohner in geordneter, überprüfbarer Weise in diesen Prozess der Definition von hier notwendigen Zielen sowie der entsprechenden Maßnahmen einzubeziehen. Ein solcher Schritt ist an sich schon in hohem Maße verdienstvoll. Demokratie-geschichtlich bedeutsam ist dieser Schritt aber nun dadurch geworden, dass das zuständige Staatsministerium hierfür den immer noch als neuartig geltenden Beteiligungs-Baustein „Planungszelle®“ eingesetzt hat.

Die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses fasst das vorliegende Bürgergutachten zusammen. Ich wünsche ihm eine, dem genannten Anlass entsprechende, tolle Würdigung und eine weite Verbreitung.



Peter Dienel

Professor Dr. Peter C. Dienel
Bergische Universität Wuppertal
Leiter der Forschungsstelle „Bürgerbeteiligung und
Planungsverfahren“


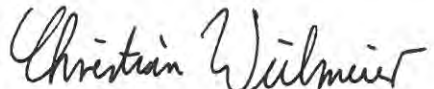
Vorwort der Projektleitung

Das Schicksal in Gestalt von Professor Peter Dienel kam unerwartet im Frühling. Es brachte uns ein sehr arbeitsreiches Jahr, ein Jahr, in dem wir vor allem viele Menschen kennengelernt haben und in dem wir frei gestalten konnten. Ein Jahr knapper und knappster Termine. Das Schicksal sandte nicht nur den Vater der Planungszellen, sondern wie von allein öffneten sich uns die meisten Türen, wie von allein erschienen Menschen, die anpackten und mitarbeiteten, berieten und aufmunterten.

Wir haben uns nach Kräften bemüht, dieses Bürgerbeteiligungsverfahren mit Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit zu gestalten und seine Ergebnisse auszuwerten. Wir haben versucht, uns unseres eigenen Urteils zu enthalten und allein die Empfehlungen der Bürgergutachter nach deren eigener Logik zusammenzufassen. Sie, die Bürger, sind die Verfasser dieses Gutachtens – wir haben ihnen nur den Rahmen organisiert und die Vielfalt konzentriert.

Die Planungszelle ist das Gegenteil von Beliebigkeit. Sie steht insofern gegen den Zeitgeist. Aber sie steht für dauernde Werte, denn sie nimmt den Einzelnen ernst – und lockt damit konsensfähige Lösungen für die Gemeinschaft hervor. Wenn die Politik vom Arbeitsstil und der Haltung der Bürgergutachter lernen würde, das wäre für unser Gemeinwesen ein Gewinn.

Wir müssten so vielen Menschen danken, dass wir hier gar nicht damit anfangen können: danke! Auf eines hoffen wir: dass wir in absehbarer Zeit vielen Politikern dafür danken können, dass sie von dem informierten und durchdachten, in Gesprächen geklärten Bürgerwillen Vieles verwirklicht haben.

Hilmar Sturm
und Christian Weilmeier

Bürgergutachter

Dieses Bürgergutachten wurde von 425 Frauen und Männern erarbeitet:

Meral Akkent
Helmut Albrecht
Maria Allmannsbeck
Mehmet Altintas
Gerhard Ammer
Gertrud Ammon
Brigitte Anzt
Waltraud Arbogast
Ebba Arends
Alexandra Brigitte Atzenbeck
Erika Axnick
Stefan Bader
Ingrid Baercklecken
Ulrike Balzer
Waldemar Bansik
Johanna Barner
Dr. Rudolf Barth
Bettina Bassek
Hans Bäte
Hans Bauer
Sonja Bauriedl
Helga Bay
Anna Bayerl
Diethild Beck
Dr. Manfred Bedner
Ulrike Behn
Karin Berger
Julia Bergsteiner
Rosa Berleb
Renate Beuscher
Silva Beyerlein
Sebastian Biehler
Helga Bielesch
Oliver Bielesch
Franziska Bihlmaier
Herta Binder
Fünter Birkner
Irmgard Birkner
Andrea Birner
Helga Blencke
Katrin Blendinger
Elise Bloss
Friedrich Blum
Stefan Bodruzic
Hildegard Borst
Georg Bosch
Alexandra Bosl
Martin Bosl
Anna Brandl
Bernadette Braun
Eva-Maria Braun
Dr. Karl-Heinz Brehm
Heinrich Brielmayer
Stefan Bröcheler
Christine Brunner
Lothar Buchecker
Horst Buhl
Ursula Cersowsky
Yesim Cetinbas
Ahmed Chaudhry
Sumia Chaudhry
Margot Czech
Katharina Damböck
Christoph David
Alexander Dechand
Bruno Deisenhofer
Herbert Demel
Ursula Demke

Erika Demmeler
Hermann Dirscherl
Donata Ditaranto
Helga Dittrich
Christine Dorias
Karolina Dörner
Hannelore Dusold
Margot Dworak
Stefanie Eberl
Ralf Eckhardt
Christoph Edrich
Daniela Ehmann
Bernhard Eichinger
Margit Eiselbrecher
Johanna Eisner
Dalia Khamis El Chafei
Günter Endreß
Herta Endrös
Nermin Erdogan
Markus Erhard
Eva Ernst
Anna Ertl
Erika Estler
Alfons Farnbauer
Dina Fick
Bernhard Fiedler
Marie-Luise Finger
Andrea Forte
Anita Frank
Isolde Frank
Johann Fraunhofer
Sofie Fraus
Christian Freimuth
Frank Freimuth
Siefan Fries
Manfred Frieser
Gerlinde Fröhlich
Norbert Fuchs
Agnes Fuderer
Bernhard Gaida
Johann Geier
Robert Gerrer
Eva Gihhardt
Günter Gimmler
Peter Glasl
Werner Gogoll
Rupert Goldstein
Christoph Görtler
Simone Göser-Wagner
Ulrike Götschel
Irene Gottbert-Lemberger
Georg Gradinger
Michael Gräf
Ingeborg Grentzenberg
Wolfgang Grillenberger
Hans Grohs
Anita Grothe
Susanne Gruber
Roland Gründonner
Rosalia Grüner
Julia Guder
Dr. Johannes Gusinde
Reiner Güttler
Nicole Haas
Gudrun Habermeyer
Irmgard Hagemann
Brigitte Haller
Konrad Hamp
Maria Hanitzsch
Kristina Hansen
Dr. Günter Hartmann
Holm Häse

Sigrid Hasse
Stephanie Hauke
Anna Hecht
Ingrid Heep
Jürgen Heimbach
Christian Heindl
Samuel Heindl
Gerhard Heinisch
Sandra Heinrich
Claudia Heitzer
Ingeborg Helgert
Ernst Helmel
Ingeborg Henke
Johannes Herber
Birgit Herrmann
Wolfgang Hertl
Martin Hild
Christa Hille
Beatrix Hinterkörner
Waltraud Hirmer
Christa Hirtreiter
Andreas Hofbauer
Franz Hofer
Anton Höfer
Anna-Maria Hofmeister
Johann Hofmeister
Katharina Hofmeister
Birgit Hoib
Daniela Holler
Bruno Holmer
Wiltraude Holzinger
Johanna Höschl
Alfred Huber
Michael Huber
Vera Huber
Anna Hübner
Walter Hufnagl
Anton Immerz
Friedrich Irl
Ulrike Irmscher
Angelika Jahn
Erna Jahn
Franz Jahn
Reinhard Jawurek
Erich Jentsch
Waltraud Jonda
Marianne Kaiser
Johann Kalteis
Chiya Kamiya-Stockler
Ina Karg
Gerhard Köser
Barbara Kastl
Dr. Josef Keck
Gustav Kelch
Egid Kellner
Andreas Keppeler
Thorsten Kiermeier
Maria-Magdalena Kison
Anita Klaus
Manuela Kling
Günter Klingert
Joachim Klinkert
Stephan Klöcker
Angelika Klotz
Wolfgang Köchert
Maximilian Köllner
Wolfgang Könies
Gabriela Kozacka
Dr. Oliver Kratz
Georg Krause
Rupert Kreitmeier
Ferdinand Krenn

Siegfried Kröll
Irene Krug
Gerhard Kuen
Anna Kuglmeier
Anna Kukla
Kerstin Labermeyer
Erich Lang
Heinrich Lange
Christine Latschuk
Anke Laubensdörfer
Günter Laux
Robert Lehner
Sabine Leopold
Hans Lernhard
Roswitha Leske
Claudia Letsch
Tanja Lettl
Britta Lindermann
Wolfgang Lippert
Anne List-Pfadenhauer
Dr. Herbert Lorenz
Thomas Lörner
Elke Ludwig
Michael Maier
Sandra Maier
Helene Maier-Schuster
Erich Malinowski
Angelika Marier
Valentin Marquard
Käte Marx
Thomas Maschauer
Ingeborg Matthes-Gmeiner
Roswitha Matzka
Wolfgang Matzka
Johann Mayer
Hilmar Mehlig
Ernestine Meier
Werner Meier
Gabriele Meierhöfer
Elisabeth Susanne Meyer
Jürgen Meyer
Stefanie Meyer
Herlinde Miller
Adelheid Moldovan
Martina Moosbauer
Hermann Moosmeier
Johann Morgante
Gerald Morgen
Leonhard Müller
Marion Müller-Felsensteiner
Ruzica Naca
Josef Nagel
Brunhilde Nagenrauft
Josepha Nebauer
Silvia Niedermüller
Peter Noak
Sabine Novotny
Stefan Nußbaumer
Maria Obesser
Gerda Olbrich
Elmar Opel
Angelika Ophey
Marta Munoz Palma
Karin Paschinger
Ottmar Paulus
Francis Pavartikaran Rappai
Florian Peißl
Monika Pfab
Sigrid Pfeffermann
Gertraud Pfeiffer
Ingrid Pfitzner
Birgitta Pickl

Christa Pietsch
Hans Pietsch
Markus Pillukat
Marion Pinkl
Heinz Plewan
Maria Pokorny
Sabine Pöllmann
Christine Pommier-Mörrath
Johann Poth
Günter Pradel
Marianne Prütting
Marianne Rach
Jessica Rademacher
Juri Raiswich
Karl Ramp
Martin Ransberger
Johann Reicheneder
Christine Reif
Barbara Richter
Dr. Verena Rickert
Herta Riedel
Christine Riedl
Horst Riem
Marcus-Renato Rill
Maximilian Rindle
Roswitha Ring
Georg Ringler
Michael Ritter
Martina Rittler
Klaus Röber
Kornelia Röckl
Heidi Rödel
Otto Rogg
Ursula Röhrner
Katharina Rosinski
Rosmarie Rost
Peggy Rotheichner
Thomas Röttgers
Erna Rötzl
Dr. Werner Rudloff
Hermann Rupprecht
Helga Saalfrank
Alexandra Santl
Kurt Schäfers
Theresia Schaffer
Georg Scharpf
Anita Scheerer
Claudia Scheimer
Agnes Schieder
Eva Schikaneder-Abazi
Karl Schillinger
Albert Schmerbeck
Dietke Schmid
Dr. Roland Schmid
Christine Schmidt
Ingeborg Schmidt
Alfred Schneider
Gabriele Schneider
Carolin Schober-Wilhelm
Christian Schöllhorn
Wolfgang Scholz
Joachim Schraud
Heribert Schreiber
Sina Schröder
Yvonne Schröpf
Helga Schulz
Jan-Ulrich Schulze
Helga Schürdt
Sigrid Schürmeyer
Tonya Schütz
Djamila Schwarz
Georg Schweickl

Johann Schweitzer
Friedrich Seeberger
Markus Seeberger
Mechthild Seeler
Margot Seemann
Alois Seidler
Bernhard Seitz
Irene Siedersberger
Elfriede Siegl-Seel
Gertrud Simmnacher
Gerhard Skupin
Manfred Skuplich
Elmar Spanner
Florian Spöth
Mario Spitz
Dr. Wolfgang Sprenger
Sonja Stamm
Karl Steinbacher
Inge Stelke
Simon Stephan
Ludwig Sterr
Luise Stiegler
Konrad Stöger
Sabine Straßner
Ursula Teiwes
Bruno Tenschert
Oliver Thiele
Hermann Thomas
Sabrina Tiedemann
Franz Tischler
Beate Tobies
Friedrich Tretter
Ursel Troost
Peter Tschochohei
Sven Ungelenk
Laura Utler
Andreas Vogel
Uschi Vogginger
Hubert Vogt
Herbert Wagner
Ursula Wagner
Ute Wagner-Oswald
Heike Weber
Josefine Weber
Peter Weber
Ingrid Weigl
Angela Weinzierl
Alfons Hans Weiß
Irmgard Weiß
Josef Weiß
Martin Weißberger
Eva Werner
Margarete Widmann
Hanne-Lore Wiczorek
Adelheid Wiegandt
Xaver Wieland
Jörg Wiffling
Johanna Wilde
Eduard Winkler
Irene Winkler
Anna Wirsing
Anja Wöhrl
Dr. Sigrid-Elke Wolpert
Sabine Wüst
Simon Zeitler
Isabella Zeller
Monika Zentgraf-Stahl
Heinrich Zimon
Martha Zuralska

Referenten

Die Bürgergutachter ließen sich von folgenden Referenten informieren:

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. mult. Dieter Adam, Ludwig-Maximilians-Universität München, Klinikum Innenstadt
Emmi Bauer, Tirschenreuth
Jens Binder, LVÖ
Reinhard Brunner, VdK Schwaben
Bernd Dannhorn, Dipl.-Ing. (FH), Forschungsinstitut Hohenstein
Wolfgang Dietzel, VdK
Jürgen Eixner, AOK Bayern, Tirschenreuth
Günther Gerhardt, Apotheker, AOK Bayern, Straubing
Herr Gratzke, Landratsamt Tirschenreuth
Marcella Gutmann, Dipl. oec. troph., Technische Universität München, Wissenschaftszentrum Weihenstephan, Fachgebiet Bromatologie
Burkhard Hagemann, Apotheker, Pharmazierat bei der Regierung der Oberpfalz, Altstadt/WN
Walter Heidl, BBV
Lorenz Heindl, LVÖ
Franz Herrmann, VdK Niederbayern
Hedwig Jacobey, Dipl. oec. troph., staatliche Ernährungsberatung, Tirschenreuth
Dr. med. Günther Kerscher, Ministerialrat
Herr Klofat, Sprecher der Apothekervereinigung, Dingolfing
Dr. Frank Kuebart, Eco Umweltinstitut GmbH, Köln
Klara Kutschera, Gottfriedingerschwaige
Prof. Dr. Alexander Lerchl, International University Bremen
Dr. Peter Manusch, LVÖ
Max Mayer, BBV
Helgard Muckhoff, Apothekerin, AOK Bayern
Dr. med. Kurt E. Müller, DBU
Adolf Münch, Tirschenreuth
Michael Nagenrauff, Apotheker, AOK Schwaben, DLZ Ärzte
Anna Nieß, Dialog Textil-Bekleidung, Heimstetten bei München
Dr. med. Peter Ohnsorge, DBU
Robert Ort, BBV
Michael Pausder, VdK Landesverband Bayern
Hans Ulrich-Raithel, Dipl.-Ing. (FH), Umweltinstitut München
Herr Ruf, Landratsamt Günzburg

Andreas Schmid, LVÖ
Martina Schmid, Dipl.-Chem., StMGEV
Thomas Schmid, VdK Oberpfalz
Bernd Schneider, IVN
Peter Schultz-Sembten, IVN
Herr Schwatke, Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat
Günther Schweiger, VdK Mittelfranken
Dr. Christine Schweikl, Kreisjugendring Dingolfing
Claus Strothmann, Kommunikationsberater
Hedwig Telkamp, Verbraucherzentrale Bayern e. V.
Christoph Trütken, Dipl.-Ing. agr., LVÖ
Hans Unger
Andreas Wojtysiak, Dipl.-Biol., Universität Witten/Herdecke
Dr. habil. Rainer Wolf, Bayer. Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Biozentrum
Sonja Wunder, AOK Bayern, DLZ Ärzte Mittelfranken
Herr Zangenberg, VdK Günzburg-Krumbach
Christian Zech, BBV
Siegfried Zwerenz, Bürgerwelle e. V.
Thomas Zwiener, Stadt Erlangen, Verbraucherschutz
Walter Zwingel

Politiker

In der Arbeitseinheit 12, der Politikeranhörung, stellten folgende Vertreter der drei Landtagsfraktionen ihre Politik vor und standen Rede und Antwort:

Dr. Dorle Baumann, MdL, SPD
Udo Egleder, MdL, SPD
Hermann Geiger, MdL, SPD
Dr. Klaus Gröber, MdL, CSU
Joachim Herrmann, MdL, CSU
Alois Hofer, Gemeindrat Kaltental, für die Fraktion B90/Grüne
Emma Kellner, MdL, B90/Grüne
Christa Matschl, MdL, CSU
Herbert Rubenbauer, MdL, CSU
Dr. Martin Runge, MdL, B90/Grüne
Maria Scharfenberg, MdL, B90/Grüne
Werner Schieder, MdL, SPD
Berta Schmid, MdL, CSU
Adi Sprinkart, MdL, B90/Grüne
Karl-Heinz Stammberger, MdL, B90/Grüne
Max Straubinger, MdB, CSU
Joachim Unterländer, MdL, CSU

Danksagung

An diesem Bürgergutachten haben nicht nur Bürgerinnen und Bürger mitgewirkt, und auch nicht nur Referenten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Durchführungsträgerin. Ihre Arbeit ist erst ermöglicht worden durch die freundliche und großzügige Unterstützung und Mitarbeit vieler Menschen, Behörden und Verbände. Wir bedanken uns herzlich bei:

Landratsamt Tirschenreuth:

Herrn Landrat Karl Haberkorn
Herrn Werner Keisinger
Frau Dipl. oec. troph. Hedwig Jacobey, staatliche Ernährungsberatung

Landwirtschaftsamt Tirschenreuth:

Herrn Ltd. Landwirtschaftsdirektor Franz Kraus
Frau Char

Landratsamt Dingolfing-Landau:

Herrn Landrat Heinrich Trapp
Herrn Johann Kerscher

Landeshauptstadt München:

Herrn Ltd. Verwaltungsdirektor Peter Lueg, Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung III
Herrn Hermann Ettinger, Amt für Statistik und Datenverarbeitung
Herrn Albert Dietrich, Stadtinformation im Rathaus, und seine Mitarbeiter(innen)

Stadt Krumbach (Schwaben):

Herrn 1. Bürgermeister (jetzt a. D.) Georg Winkler
Herrn Fridolin Kerler

Landwirtschaftsamt Krumbach-Weißenhorn:

Herrn Ltd. Landwirtschaftsdirektor Ludwig Brunnhuber
Herrn Peter Miller
Herrn Rudolf Stegmüller

Landratsamt Erlangen-Höchstadt:

Herrn Landrat (jetzt a. D.) Franz Krug
Herrn Ltd. Medizinaldirektor Dr. med. P. Lederer, Gesundheitsamt
Frau Dipl. oec. troph. Lydia Schmidt-Wagon, Gesundheitsamt

Stadt Erlangen:

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis
Frau Marlene Wüstner, berufsmäßige Stadträtin, Referentin für Recht, Ordnung und Umweltschutz
Herrn Helmut Schmitt, Leiter des Bürgermeister- und Presseamt
Volkshochschule der Stadt Erlangen:
Herrn Harry Holzmann

Für die große Hilfe bei der teilweise sehr kurzfristigen Suche nach Referenten und Politikern danken wir folgenden Personen und Institutionen:

Bayerischer Landtag:

Herrn Helmut Haran, Fraktion der CSU
Frau Johanna Werner-Muggendorfer, Fraktion der SPD
Frau Jutta Wilking, Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Bayerischer Bauernverband:

Herrn Markus Seemüller
Herrn Matthias Borst

Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e. V.:

Herrn Dr. Klaus Wiesinger
Frau Waldau

Internationaler Verband der Naturtextilwirtschaft:

Frau Gabriele Kolompar

und vielen anderen, die uns Ratschläge und Hinweise gegeben haben.

Projektmitarbeiter

Prozessbegleiter

Susanne Achterberg, Dipl.-Soz.-wiss.
Wolfgang Bauer
Renate Börger
Ilse Burgass, Soziologin M. A.
Katrín Dubiel, Dipl.-Ing.
Ferry Franz, Dipl.-Ök.
Ragna Franz
Heidi Gegenfurtner, Dipl. oec. troph.
Bea Hungerland, Dipl.-Soz.-wiss.
Sven Leistikow, Rechtsanwalt
Marc Petschke
Lea Pistorius, Dipl.-Soz.-wiss.
Karin Roßkopf, Dipl.-Hdl.
Katrín Sachs, Dipl.-Ing., M. Sc.
Dr. Siegfried Schneider
Prof. Dr. Akinori Shinoto
Dr. Hilmar Sturm
Benno Trütken, Dipl.-Geogr.
Enno Uhl, Dipl.-Forstw.
Christian Weilmeier, M. A.
Martin-Christoph Ziethe, Dipl.-Ing.
Arch.

Tagungsassistenten

Andre Appel, stud. iur.
Simone Benda, stud. oec.
Angela Dostler
Nina Gansler, stud. rer. nat.
Bastian Goßner, stud. rer. nat.
Hüseyin Kiremitci, Betriebswirt
Sarah Lorenz, stud. iur.
Claire O'Neill, M. A.
Ingrid Prade, M. A.
Peter Zorn, M. A.
Henrike Gosemann, stud. oec.

Beratung bei der Entwicklung des Arbeitsprogramms:

Ilse Burgass, Soziologin M. A.
Bea Hungerland, Dipl.-Soz.-wiss.
Benno Trütken, Dipl.-Geogr.

Organisation und Vorbereitung:

Ragna Franz
Bastian Goßner, stud. rer. nat.
Kai-Matthias Kelch
Ingrid Prade, M. A.
Martin-Christoph Ziethe, Dipl.-Ing.
Arch.

Datenerfassung und Auswertung:

Bastian Goßner, stud. rer. nat.
Eva-Maria Kees, Dipl.-Hdl.
Hüseyin Kiremitci, Betriebswirt
Marc Petschke
Karin Roßkopf, Dipl.-Hdl.
Tuba Salinger
Sabine Stillger, StR
Benno Trütken, Dipl.-Geogr.
Martin-Christoph Ziethe, Dipl.-Ing.
Arch.

Projektleitung

Dr. Hilmar Sturm
Christian Weilmeier, M. A.

Wissenschaftliche Begleitung

Prof. Dr. Peter C. Dienel
Prof. Dr. Dieter Witt

Auftrag und
Auftraggeber

Kapitel 1



1

Auftrag und Auftraggeber

Am 16. August 2001 hat Staatsminister Sinner den Vertrag über das Bürgergutachten zum Verbraucherschutz unterzeichnet. Zu dieser Zeit waren bereits intensive Vorbereitungen im Gange: Schon am 24. September nahmen die ersten beiden Planungszellen ihre Arbeit auf.

Im Januar war der Landtagsabgeordnete Eberhard Sinner zum Staatsminister ernannt und damit beauftragt worden, ein neues Ministerium aufzubauen und zu führen: das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz. Schon kurz nach der Amtsübernahme wurde Kontakt zur Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren in Wuppertal aufgenommen. Erste Gespräche steckten den Rahmen für ein Bürgerbeteiligungsverfahren ab, in dem die Verbraucher selbst gefragt werden sollten, auf welchen Gebieten und in welcher Weise sie geschützt, aufgeklärt und unterstützt werden wollen.

In zahlreichen Gesprächen und anhand vieler Entwürfe schälte sich allmählich das Arbeitsprogramm genauer heraus; es ist im Kapitel 4 dargestellt.

Der Auftrag, wie er im Vertrag niedergelegt wurde, war: „... die Erarbeitung eines Bürgergutachtens zum Verbraucherschutz in Bayern. Die nach der Methode der Planungszelle (...) ausgewählten ca. 450 Einwohnerinnen und Einwohner (...) sollen in einem viertägigen moderierten Arbeitsverfahren (...) Zielvorstellungen und Lösungsvorschläge für ein Bayerisches Verbraucherschutzprogramm entwickeln.“ Außerdem wurden weitere wesentliche Merkmale des Verfahrens sowie ein genauer Zeitplan festgelegt.

Auszug aus der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung

(StRGW)

in der vom 30. Januar 2001 an geltenden Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 2001 auf Grund der Verordnung zur
Änderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 6. März 2001
(GVBl. S. 71, BayRS 1102-2-S)

Auf Grund des Art. 53 der Verfassung erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

(...)

§ 9

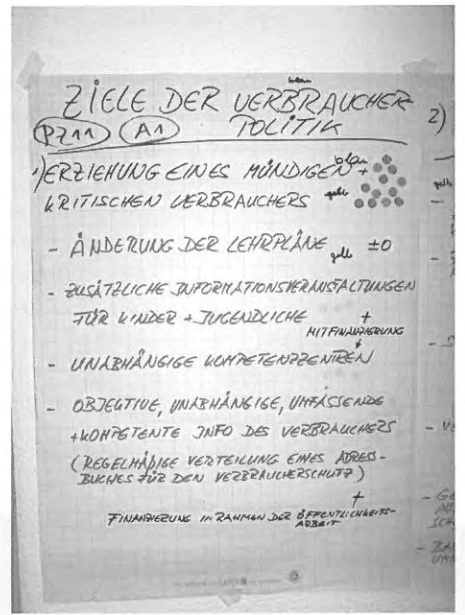
Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz umfasst die Angelegenheiten der Gesundheit, der Ernährung und des Verbraucherschutzes, insbesondere:

1. das Gesundheitswesen und das Veterinärwesen einschließlich der Umweltmedizin, des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, des Arzneimittelwesens, des Berufsrechts und Ausbildungs- und Prüfungswesens für die Berufe des Gesundheits- und Veterinärwesens, auch – unbeschadet § 5 Nr. 1, § 6 Nr. 1 – wenn sie eine Schul- oder Hochschulausbildung erfordern, der Gesundheitsvor- und Gesundheitsfürsorge, der sport- und bädermedizinischen Fragen sowie der Geschäftsführung des Landesgesundheitsrats,
2. die medizinischen Fragen der Krankenhausversorgung einschließlich der psychiatrischen Versorgung sowie die Konzessionierung von Privatkrankenanstalten,
3. – unbeschadet § 11 Nr. 12a – die Mitwirkung an der Aufsicht über die Verwaltungsschule im Bildungszentrum Sozialverwaltung im Aufgabenbereich Gesundheit und Verbraucherschutz,
4. – unbeschadet § 6 Nr. 1, § 10 Nr. 6 und § 11 Nr. 4 – die Mitwirkung an ernährungsbezogenen Ausbildungsinhalten in der ländlichen und städtischen Hauswirtschaft,
5. die Angelegenheiten der Ernährung, insbesondere die Ernährungsberatung, die Festsetzung von Standards für Qualitäts- und Herkunftsprogramme sowie die Bestimmung der Lehrgangsinhalte der Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bereich Ernährung,
6. die Angelegenheiten des Futtermittelrechts,
7. – unbeschadet § 10 Nr. 14 – die Mitwirkung bei der Qualitätssicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Hinblick auf Gesundheit und Ernährung,
8. die Kontrolle der landwirtschaftlichen Erzeugung und der sonstigen Urproduktion im Hinblick auf Gesundheit und Ernährung,
9. – unbeschadet § 5 Nr. 2 – die Mitentscheidung über die strukturelle Ausrichtung der wissenschaftlichen Entwicklung in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz,
10. – unbeschadet § 5 Nr. 2 – die Forschung und Forschungsförderung in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz,
11. die Qualitätssicherungssysteme bei Lebensmitteln im Hinblick auf Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz,
12. den Arbeitsschutz einschließlich des technischen und stofflichen Verbraucherschutzes, des Betriebsschutzes, des Arbeitszeitschutzes, des Sonderarbeiterschutzes für Jugendliche und Frauen, der Arbeitsmedizin mit den Berufskrankheiten, der Gewerbeaufsicht und der Gewerbehygiene sowie die Überwachung überwachungsbedürftiger Anlagen jeweils, soweit nicht die Zuständigkeit der Staatsministerien des Innern, für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen oder für Landesentwicklung und Umweltfragen gegeben ist,
13. die Förderung der Verbraucherberatung.

()

(Quelle: <http://www.bayern.de/Politik/Staatsregierung/geschaeftsverteilung.html>)



Die
Planungszelle

Kapitel 2



2

Die Planungszelle

Was ist eine Planungszelle?

Die Planungszelle wurde Anfang der 1970-er-Jahre von Prof. Dr. Peter C. Dienel in Wuppertal entwickelt. In die Idee flossen seine Erfahrungen aus der Zeit als Leiter einer Akademie und als Mitarbeiter des Planungsstabs einer Staatskanzlei ein. Der Grundgedanke war, dass der Bürger selbst, der Souverän im demokratischen Gemeinwesen, Lösungen für politische Fragen erarbeiten soll, und dass es dabei auch besonders auf die Art der Auswahl der Mitarbeitenden ankommt.

Eine Planungszelle besteht aus ca. 25 zufällig ausgewählten Bürgern, die sich vier ganze Arbeitstage lang der Lösung eines vorgegebenen Problems widmen. Zur Einführung in den Themenbereich und um hilfreiche Informationen zu erhalten, hören die Teilnehmer Referate kompetenter Fachleute aus Wissenschaft und Verbänden. Wo es zweckmäßig erscheint, werden mehrere Referenten eingesetzt, so dass kontrovers informiert wird.

Der organisatorische Ablauf der Planungszellen ist vorher genau strukturiert. Zentral ist die Kleingruppe. In ihr erarbeiten jeweils fünf Teilnehmer ihre Empfehlungen und Lösungsvorschläge, die dann im Plenum vorgestellt werden. Auch die Zusammensetzung der

Kleingruppen wechselt ständig, damit möglichst viele Begegnungen möglich sind und die Herausbildung von Meinungsführern vermieden wird. Die Kleingruppen arbeiten völlig frei; die Diskussionsleitung im Plenum und die Koordination übernehmen je zwei Prozessbegleiter, die zu strikter Neutralität verpflichtet sind.

Die Arbeit der Planungszelle dauert vier Tage zu acht Stunden. Langjährige Erfahrung belegt, dass dieser Zeitraum ausreicht. Trotzdem fordert dies den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern eine sehr konzentrierte Arbeitsweise ab. In Planungszellen daher ernsthaft, angestrengt und sachorientiert gearbeitet.

Das Verfahren Planungszelle ist ein Bürgerbeteiligungsverfahren, das davon ausgeht, dass jeder Bürger an der Lösung eines Problems mitarbeiten kann. Dazu werden ihm Informationen, Zeit und eine Struktur bereitgestellt. Jeder Bürger bringt zudem die Erfahrungen und Kenntnisse aus seinen Arbeits- und Lebensbereichen mit. Dadurch kommt eine Vielfalt der Anschauungen zusammen, die anders als durch Zufallsauswahl kaum zu erreichen ist.



Wer kann in einer Planungszelle mitarbeiten?

Zufallsauswahl bedeutet: die Teilnehmer werden nach einem Zufallsverfahren aus den Einwohnerregistern der betroffenen Gemeinden gezogen. Jeder Einwohner ab 16 Jahre kann ausgewählt werden. Auf diese Weise ist ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung in den Planungszellen vertreten. Die Teilnehmenden erhalten eine Aufwandsentschädigung.

Was geschieht mit den Ergebnissen der Planungszellen-Arbeit?

2

Sämtliche Einzel- und Endergebnisse aller Planungszellen werden dokumentiert, gesammelt und zusammengeführt sowie verdichtet. Sie werden in einem Bürgergutachten wie dem vorliegenden zusammengefasst und veröffentlicht. Vorher bestimmen die Teilnehmer der Planungszellen aus ihren Reihen Beauftragte, die Gelegenheit erhalten, zu prüfen, ob das Gutachten ihre Absichten richtig wiedergibt.

Da es sich um ein Gutachten handelt, ist der Auftraggeber an die Empfehlungen natürlich nicht in juristischer Form gebunden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass der Bürgerwille große Beachtung findet. Entscheidungsträger, die ein Bürgergutachten in Auftrag geben, wissen um die öffentliche Unterstützung, die es für die Forderungen der Bürgergutachter gibt.

Kernelemente des Verfahrens Planungszelle®

- Zufallsauswahl der Teilnehmer
- Arbeitscharakter (Vergütung, mehrere ganze Tage)
- Feste Fragestellung und Arbeitsprogramme
- Information durch Experten
- Dokumentation (Bürgergutachten)



Vorteile und Effekte der Planungszelle

2

Bei Umfragen sind die Alternativen meist vorgegeben. In der Planungszelle können und sollen auch völlig neue Ideen entstehen und zur Sprache kommen. Wahlen und Abstimmungen sind selten und damit auch reine Ja/Nein-Entscheidungen; in der Regel führen diese zur Polarisierung. In Bürgerinitiativen finden sich stets bestimmte Interessen zusammen, die nicht beanspruchen können, mit dem Gemeinwohl identisch zu sein. Die Planungszelle bringt viele Interessen zusammen; durch ihren spezifischen Arbeitsablauf führt sie zu Lösungsvorschlägen, die sich am Interesse des Ganzen orientieren. Daher sind sie auch in aller Regel konsensfähig. Gegenüber offenen Verfahren der Bürgerbeteiligung hat die Planungszelle den Vorteil, dass nicht nur die ohnehin gesellschaftlich Aktiven (ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung) sich engagieren, sondern auch und vor allem Menschen, die von sich aus nicht gekommen wären. Partikularinteressen gehen in den Gruppen erfahrungsgemäß schnell unter; die Teilnehmenden brauchen sich nicht um Organisations- oder Parteiinteressen, Wiederwahlen oder ähnliches zu sorgen.

Die Bürger werden in diesem Verfahren ernst genommen. Das stärkt ihr Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen. Sie lernen nicht nur den Sachverhalt, sondern auch andere Anschauungen und Haltungen kennen und akzeptieren; sie lernen aber auch, dass ihr Beitrag zum Gemeinwesen zählt.

Literatur:

Peter C. Dienel: Die Planungszelle. Der Bürger als Chance. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 5. Auflage 2002 (mit Statusreport 2002)

Horst Bongardt: Die Planungszelle in Theorie und Anwendung. Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart, 1999

Die Projektleitung bedankt sich beim Staatsministerium für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit, insbesondere bei Herrn Ministerialrat Josef Seidl, Herrn Ministerialdirigent Wolfgang Klug, Herrn Regierungsdirektor Richard Zacharski, Frau Dr. Elisabeth Baade, Frau Andrea Kinateter und Herrn Christoph Spindler sowie Frau Michaela Hoch. Ein besonderer Dank gilt Herrn Staatsminister Eberhard Sinner, der den Anstoß gegeben hat und durch sein fortdauerndes Interesse, seine Besuche bei den Planungszellen und seine Offenheit das Projekt stark unterstützt hat. Der Auftraggeber hat die Unabhängigkeit des Durchführungsträgers und der Bürgergutachter stets anerkannt.

Projektorganisation
und -ablauf

Kapitel 3

3



3

Projekt- organisation und -ablauf

Beteiligte Institutionen und deren Zusammenarbeit

Unabhängige Durchführungsträgerin des Planungszellen-Verfahrens war die Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal unter der Leitung von Prof. Dr. Peter C. Dienel. Sie hat ihrerseits Dr. Hilmar Sturm und Christian Weilmeier, M. A., als Projektleiter verpflichtet; die wissenschaftliche Begleitung und die Finanzorganisation verblieben in Wuppertal. Als Kooperationspartner vor Ort konnte außerdem das Fachgebiet Haushaltswissenschaft der Technischen Universität München in Freising-Weihenstephan unter Leitung von Prof. Dr. Dieter Witt gewonnen werden. Diese Einrichtung stellte teilweise die nötige technische und personelle Ausstattung zur Verfügung und beriet wissenschaftlich bei der Erstellung des Arbeitsprogramms.

Beratend war beteiligt die Gruppe „ForumB“ mit Ilse Burgass, M. A., Bonn, und — auch bei der Auswertung der Ergebnisse — Dipl.-Geograph Benno Trütken, Fürstenau.

Neben Prof. Dr. Dienel war in der Forschungsstelle insbesondere für Organisations- und Finanzfragen Ragna Franz zuständig.

Die CitCon Citizen Consult Institut für Bürgergutachten GmbH, Wuppertal, als Inhaberin der Markenrechte am Begriff Planungszelle hat für das Projekt eine Lizenz erteilt und vor allem in der Vorbereitungsphase durch ihren Geschäftsführer Dipl.-Soz.-wiss. Andreas Faust Beratung und Unterstützung geleistet.

Orte und Zeiten

Von Anfang an war klar, dass man die Auswahl der Bürgergutachter auf einzelne Gebietskörperschaften beschränken musste; eine Auswahl aus allen Einwohnern Bayerns hätte einen unverhältnismäßig großen Aufwand bedeutet. Angestrebt wurde eine angemessene Vertretung von eher städtischen und eher ländlichen Gebieten und von Nord- und Südbayern. In Gesprächen mit dem Auftraggeber wurden schließlich sechs Gebietskörperschaften für fünf Teilprojekte ausgewählt (siehe Tabelle).

Der Zeitplan für das ganze Projekt war außerordentlich straff, da das Ministerium die Ergebnisse relativ rasch für seine weitere Konzeption zur Verfügung haben wollte. Schon fünf Wochen nach Unterzeichnung des Vertrags nahmen die ersten Planungszellen ihre Arbeit auf.

Gebietskörperschaften (Teilprojekte)	Zeiträume der Planungszellen
Landkreis Tirschenreuth (Oberpfalz)	PZ 01 und 02: 24.-27. September 2001
Landkreis Dingolfing-Landau (Niederbayern)	PZ 03 und 04: 15.-18. Oktober 2001 PZ 05 und 06: 22.-25. Oktober 2001
Landeshauptstadt München (Oberbayern)	PZ 07 und 08: 23.-26. Januar 2002 PZ 09 und 10: 28.-31. Januar 2002
Stadt Krumbach (Schwaben)	PZ 11 und 12: 4.-7. Februar 2002 PZ 13 und 14: 18.-21. Februar 2002
Stadt Erlangen und Landkreis Erlangen-Höchstadt (Mittelfranken)	PZ 15 und 16: 25.-28. Februar 2002 PZ 17 und 18: 4.-7. März 2002



Landkreis Tirschenreuth

Der **Landkreis Tirschenreuth** liegt in Nordostbayern an der Grenze zu Franken und zur Tschechischen Republik. Seine 26 Gemeinden haben meist eine reiche Geschichte, einige davon haben, obwohl sie relativ klein sind, seit langem Stadtrecht. Tirschenreuth und Waldsassen sind die Mittelzentren dieses Gebiets. Auch die Öffnung der Grenzen nach Osten hat das Gebiet am ehemaligen „Eisernen Vorhang“ nicht von seinen wirtschaftlichen Problemen befreien können; es wird sogar eher geklagt, dass Betriebe und Arbeitsplätze nach Tschechien übersiedeln oder aufgrund der sehr nahen tschechischen Konkurrenz verloren gehen. Das betrifft beispielsweise die traditionsreiche Porzellanindustrie. Obwohl landschaftlich von großem Reiz, ist auch der Tourismus noch kein wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden, befindet sich jedoch im Aufschwung. Weitere Daten können der vergleichenden Tabelle entnommen werden.

Landkreis Dingolfing- Landau

Der **Landkreis Dingolfing-Landau** liegt beiderseits der unteren Isar, an der die beiden namengebenden Städte (Mittelzentren) liegen. Er lässt sich auch dem ländlichen Raum zuordnen, wenn man die Siedlungsstruktur ansieht. Die Wirtschaft im Landkreis dagegen ist industriell geprägt. In Dingolfing gibt es ein großes Kraftfahrzeugwerk. Die Landwirtschaft kann hier auf sehr fruchtbaren Böden arbeiten.

Landeshauptstadt München

Die **Landeshauptstadt München** ist international bekannt und braucht hier kaum vorgestellt zu werden. Sie ist Bayerns größte und Deutschlands drittgrößte Stadt, der politische Mittelpunkt Bayerns. Zahlreiche Hochschulen, Museen und Schulen, Behörden und Wirtschaftsunternehmen prägen die wohlhabende Stadt. Vor allem der Dienstleistungs- und hier wieder der Mediensektor sind sehr stark und global bedeutend.

3



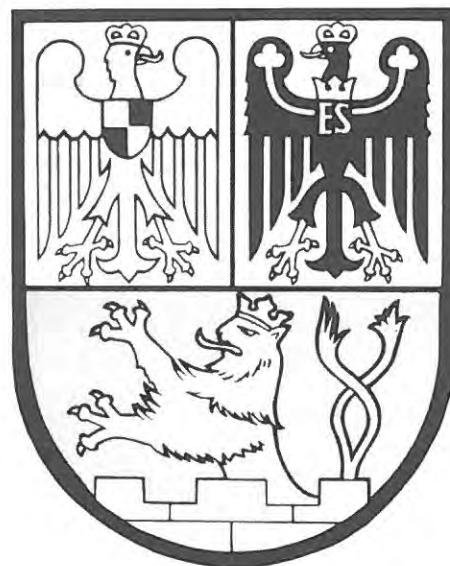
Stadt Krumbach (Schwaben)

3 Die **Stadt Krumbach (Schwaben)** liegt in der Mitte des bayerischen Regierungsbezirks Schwaben im Tal der Kammel zwischen grünen Hügeln. Sie ist die kleinste der ausgewählten Gebietskörperschaften. Zur Stadt gehören einige Ortschaften, die noch ihren eigenen Charakter bewahrt haben. Krumbach ist Mittelzentrum für ein ländliches Gebiet und gehört dem Landkreis Günzburg an; bis 1972 war Krumbach Kreisstadt. Zahlreiche Behörden und Schulen sind in der Stadt. Wirtschaftlich ist die Industrie noch führend gegenüber dem Dienstleistungsgewerbe. Die nächste Großstadt ist das 40 km entfernte Ulm, auch Augsburg ist nicht weit.



Stadt Erlangen

Die kreisfreie **Stadt Erlangen** liegt im Ballungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen in Mittelfranken an der Regnitz. Im Jahr 2002 werden 1000 Jahre Erlangen gefeiert. Heute ist sie Sitz der Kreisverwaltung des Landkreises Erlangen-Höchstadt. In der traditionsreichen Universitätsstadt arbeiten große Industriebetriebe, insbesondere Forschung und Entwicklung sind stark vertreten. Erlangen bezeichnet sich als Gesundheitshauptstadt. Im Jahr 2002 werden 1000 Jahre Erlangen gefeiert.



Landkreis Erlangen-Höchstadt

Der **Landkreis Erlangen-Höchstadt** liegt im Westen, Norden und Osten der Stadt Erlangen. Beide gehören zur Planungsregion „Industrieregion Mittelfranken“, die als Verdichtungsraum gekennzeichnet wird. Neben Erlangen übernimmt die Stadt Höchstadt als Unterzentrum Funktionen. In der Landwirtschaft überwiegt der Gemüseanbau.



Zufallsauswahl der Teilnehmer

In Bayern werden die Einwohnerregister von den Gemeinden geführt. Daher war es nötig, in den Landkreisen alle Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften einzeln um die Auswahl und Übersendung der Daten zu bitten. Diese Aufgabe haben dankenswerterweise die Landratsämter beziehungsweise in Erlangen-Höchstadt das Gesundheitsamt übernommen, die engen, ständigen Kontakt zu den Gemeindeverwaltungen haben. In den Städten wurden das Einwohnermeldeamt beziehungsweise die statistischen Ämter um eine Zufallsziehung gebeten. In den Großstädten wurden diese von Statistikern nach computerisierten Verfahren vorgenommen. In den kleineren Gemeinden wurden der Einfachheit halber je nach Landkreisgröße jeder x-te Einwohner ab 16 Jahren aus der ungeordneten Einwohnerliste gezogen (Verfahren des „Ziehens jeder n-ten Karte“). Komplexere Zufallsverfahren kamen aus organisatorischen Gründen bei den kleineren Gemeinden nicht in Betracht und erschienen nicht notwendig. Beantragt wurden folgende Angaben zu jeder zufällig gezogenen Person: akademische Grade, Vorname(n), Name, gegebenenfalls Gemeindeteil, Straße und Hausnummer (mit Zusätzen), Postleitzahl und Ort. Hauptamtliche Politiker sollten nicht ausgewählt werden.

Die Staatsangehörigkeit spielte keine Rolle, das heißt auch Ausländer wurden gezogen. Die Daten wurden dann auf Datenträgern, teilweise auch auf Papier, an die Projektleitung übermittelt und von dieser zu einer einheitlichen Liste zusammengeführt.

Es war vorher nicht bekannt, wie viele angeschriebene Personen ihre Mitarbeit zusagen würden. Daher wurden weit mehr Datensätze angefordert und geliefert, als dann letztendlich gebraucht wurden. Aus diesen Datensätzen wurden wiederum durch Ziehen jedes n-ten Datensatzes (zum Beispiel jedes zweiten oder Auslassung jedes dritten) soviel Adressen gefiltert, dass zirka zwölfmal so viele Personen angeschrieben werden konnten, wie aus dem jeweiligen Raum Planungszellen-Teilnehmer benötigt wurden (beispielsweise bei 100 geplanten Teilnehmern ca. 1.200 Adressen). Angaben zu den Bürgergutachtern, die tatsächlich in den Planungszellen gearbeitet haben, finden sich in Kapitel 5 (Teilnehmerdaten).

Daten der Teilprojekt-Orte und Bayerns

	Landkreis Tirschenreuth	Landkreis Dingolfing-Landau	Landeshauptstadt München	Stadt Krumbach (Schwabau)	Stadt Erlangen	Landkreis Erlangen-Höchstadt	Freistaat Bayern
Einwohnerzahl	79993	90562	1210223	12447	100778	128939	12230255
Fläche (qkm)	1048	878	310	45	77	564	47614
Einwohner pro qkm	76	103	3904	277	1309	229	173
Zahl der Gemeinden	26	15				25	2056
Regierungsbezirk	Oberpfalz	Niederbayern	Oberbayern	Schwaben	Mittelfranken	Mittelfranken	
Kreisstadt	Tirschenreuth	Dingolfing	kreisfreie Stadt		kreisfreie Stadt	Erlangen	

Quellen: Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Angaben der Gebietskörperschaften

Einladung

3 Die ausgewählten Personen wurden von der Projektleitung angeschrieben. Das Einladungsschreiben bestand aus dem Schreiben der Projektleitung, einem Brief des Staatsministers und einer Antwortkarte.

An allen Orten wurden Projektbüros eingerichtet, die die Zu- und Absagen entgegennahmen und den interessierten Bürgern mit Informationen und Hilfestellungen zur Verfügung standen. Die Büros konnten jeweils in Räumen zentral gelegener Behörden eingerichtet werden, die freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden.

Betreut wurden die Bürger hier von Beauftragten der Durchführungsträgerin. Sie kümmerten sich auch um die Bildung von Fahrgemeinschaften, um die Organisation von Kinderbetreuung für Elternteile, die an einer Planungszelle teilnehmen wollten, und viele weitere organisatorische Fragen vor Ort. Damit konnte die Teilnahme für einige Personen erleichtert werden. In einzelnen Fällen verhandelte die Projektleitung mit Arbeitgebern und Schulleitungen über eine Freistellung.

Insgesamt erklärten sich mehr Personen zur Mitarbeit bereit als erwartet. Durch kurzfristige Absagen ergab sich jedoch im Durchschnitt eine Besetzung der Planungszellen von unter 25 Personen, was der Arbeit nicht schadete.

Die Planungszellen selbst

Es tagten immer zwei Planungszellen parallel im Abstand von einer Stunde. Das Arbeitsprogramm ist im nächsten Kapitel dargestellt. Die Planungszellen konnten in Räumen stattfinden, die von Behörden zur Verfügung gestellt wurden, alle Gebäude liegen relativ zentral und sind gut erreichbar. Im Einzelnen waren dies:

- Landwirtschaftsamt Tirschenreuth (Schulsäle der Landwirtschaftsschule)
- Landratsamt Dingolfing-Landau, Dingolfing (Kreistags-Sitzungssäle)
- Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München (Seminarräume im Neubau)
- Landwirtschaftsamt Krumbach-Weißenhorn, Krumbach (Schulsaal und Festsaal)
- Volkshochschule der Stadt Erlangen (historische Säle im Wildensteinschen und im Egloffsteinschen Palais)

Die Teilnehmer wurden von der Durchführungsträgerin mit dem nötigen Arbeitsmaterial ausgestattet. In je einer Pause vor- und nachmittags wurde ein Imbiss angeboten. Das Mittagessen wurde jeweils gemeinsam in nahegelegenen Gaststätten eingenommen. Die Teilnehmer waren während ihrer Arbeit im Staatsauftrag bei der Landesunfallkasse Bayern gesetzlich unfallversichert. Jeder Teil-

nehmer erhielt vom Staatsministerium eine Aufwandsentschädigung; zusätzlich wurden in Einzelfällen besondere Kosten, etwa für die Betreuung von Angehörigen, übernommen. In Tirschenreuth, Dingolfing und Krumbach wurde von der Durchführungsträgerin eine Kinderbetreuung organisiert, um es Eltern zu erleichtern, in Planungszellen mitzuarbeiten.

Landkreis/Stadt	Projektbüro (Anlaufstelle)	Ansprechpartner
Tirschenreuth	im Landratsamt, Tirschenreuth	Kai-Matthias Kelch
Dingolfing-Landau	im Landratsamt, Dingolfing	Ingrid Prade, M. A.
München	in der Stadtinformation im Rathaus	Martin-Christoph Ziethe, Dipl.-Ing., und Bastian Goßner
Krumbach (Schwabern)	im Landwirtschaftsamt	Bastian Goßner
Erlangen und Erlangen-Höchstadt	im Rathaus der Stadt Erlangen	Kai-Matthias Kelch

Verfahrensbewertung durch die Teilnehmer

Noten für die Planungszelle

Die Planungszelle und die Durchführungsträgerin sowie ihre Mitarbeiter stellen sich jeweils am Ende der vier Tage der Kritik der Teilnehmer. In einem Fragebogen, der offene und geschlossene Fragen („Ankreuzfragen“) enthält, kann jeder Mitwirkende anonym verschiedene Aspekte bewerten. Außerdem gibt es in der Regel eine Schlussrunde, bei der sich die Bürger direkt äußern können.

Die Auswertung der „Ankreuzfragen“ im Fragebogen ergab (siehe auch nebenstehende Tabelle): 99,5 % der Bürgergutachter würden Anderen empfehlen, an Verfahren wie der Planungszelle teilzunehmen; das heißt nur zwei (von 418) Personen würden das nicht tun. Der Ablauf an den vier Tagen wurde im Durchschnitt mit der Schulnote 1,5 (also „gut“ mit Tendenz zu „sehr gut“) beurteilt. Die Qualität der Mittagsverpflegung, die in Gaststätten geboten wurde, war schwankend, auch innerhalb der Teilprojekte, was sich in recht unterschiedlichen Noten dafür ausdrückte, von 4,2 (ausreichend, PZ 04) bis 1,1 (sehr gut, PZ 14) reichte hier das Spektrum – Gesamtdurchschnitt 2,4 (gut). Was in den Pausen zum Essen und zum Trinken gereicht wurde, erschien im Durchschnitt als sehr gut (1,4). Das Arbeitsprogramm, eine wesentliche Grundlage der Arbeit, wurde durchgehend als gut bewertet (1,8). Die Arbeitsbögen, das heißt die konkreten Aufgabenstellungen erhielten ebenfalls die Durchschnittsnote 1,8 (gut), ohne nennenswerte Unterschiede zwischen den Planungszellen. Was von Planungszelle zu Planungszelle wechselte, war das Personal, bestehend aus einem weiblichen und einem männlichen Prozessbegleiter, einem Tagungsassistenten und gegebenenfalls weiteren Kräften für die Zwischenverpflegung und besondere Aufgaben sowie zeitweise der Pro-

jektleitung. Diese Teams zusammen erhielten die beste Durchschnittsnote der ganzen Verfahrensbewertung, eine Eins – sehr gut (1,3), ohne große Unterschiede.

3

Was hat Ihnen besonders gut gefallen?	Anzahl der Nennungen
Zusammenarbeit in den Gruppen	154
Wissensgewinn durch Austausch und Information	102
Information durch Referenten	82
straffe, gute Organisation	63
Moderatorenteam	62
Arbeitsklima, Atmosphäre	48
Arbeitsprogramm	38

Aussagen der Bürger zum Verfahren: Lob und Tadel

3 In den offenen Fragen wurden die Teilnehmer um Stellungnahmen gebeten, was ihnen besonders gefallen hat, was sie gestört hat, welche Themen sie überflüssig fanden und welche gefehlt haben. Außerdem war Raum für weitere Bemerkungen.

Besonders **positiv** angemerkt wurde (siehe Tabelle S. 31) von vielen Teilnehmenden die gute Zusammenarbeit zwischen den Gutachtern selbst, die quer durch alle Alters-, Berufs-, Bildungs- und sonstige Gruppen unbefangen und offen miteinander sprachen und arbeiteten. Eine gute Arbeits-Atmosphäre herrschte offensichtlich auch im Erleben der Teilnehmer. Das lag wohl an der ebenfalls oft genannten Gruppenarbeit und der guten Mischung. Ebenfalls positiv bemerkten Viele die Möglichkeit, kompetent informiert zu werden. Einzelne Referenten wurden manchmal positiv, manchmal negativ beurteilt. Dieses Ergebnis zeigte sich mit nur marginalen Unterschieden in allen Orten. Es bestätigt das Ergebnis des Fragebogens, dass die Organisation und Moderation als sehr angenehm empfunden wurden.

Als positiv erwähnenswert war weiterhin für einige Bürgergutachter: Kontakte zu vielen Personen, wechselnde

Gruppen und die Möglichkeit, eigene Vorstellungen einzubringen.

Ein wesentlich differenzierteres Bild, auch mit größeren Unterschieden hinsichtlich der Teilprojekte, ergab sich bei der Frage, was die Teilnehmer **gestört** hat.

Viele Gutachter störte der Zeitdruck, der zumindest an den ersten Tagen deutlich spürbar war und mehr Diskussionen sowie ausführlichere Referate verhindert hat. Diese Kritik entspricht früheren Erfahrungen und wurde deshalb erwartet. Ernsthafte Arbeit steht meistens unter Zeitdruck, das große Arbeitsgebiet verstärkte ihn. Nicht selten findet man bei der Frage „was hat sie gestört?“ auch als Antwort: „nichts“. Fasst man die beiden häufigsten Nennungen unter „Zeitmangel“ zusammen (138 Nennungen) und vergleicht die Teilprojekte, so zeigen sich regionale Unterschiede: In Krumbach wurde der Zeitdruck nur von 14 Personen empfunden, in Dingolfing jedoch von 39 und in München von 40 Teilnehmern. Die Hälfte der Nennungen, die sich auf die Qualität einzelner Referate bezog, kam von den Krumbachern, die einen Referenten kritisierten, ein Drittel der Nennungen aus Dingolfing, der Rest teilte sich auf die restlichen Orte auf.

Eine wichtige Information für den Auftraggeber ist, wie die **Themenauswahl** für das Bürgergutachten von den Teilnehmern empfunden wurde. Einige Teilnehmer fanden folgende Themen überflüssig: Politikeranhörung (28 Nennungen), Werbung (27), Produktsicherheit am Beispiel Kleidung (24) und die Mobilfunkthematik (4). Dagegen hätten sich manche Teilnehmer gewünscht, über Versicherungen und Finanzdienstleistungen (44), Dienstleistungen allgemein (19), Umweltschutz (12), Verkehrspolitik (12), Gesundheit und Ernährung (11) und Kosmetika (11) mehr zu erfahren.

Mehr Planungszellen – und längere

Die **weiteren Anmerkungen** und Vorschläge bezogen sich insgesamt auf alle Aspekte des Bürgergutachtens. Am häufigsten wurde der Vorschlag gemacht, weitere Bürgergutachten zu diesem und anderen Themen in Auftrag zu geben. 36 mal wurde angeregt, die Dauer der Planungszellen auf fünf Tage zu verlängern.

Insgesamt schneidet das Verfahren in den Augen der Planungszellen-Teilnehmer recht gut ab.

Was hat Sie gestört?	Anzahl der Nennungen
zu wenig Zeit für Referenten, Diskussionen und Gruppenarbeit	71
Zeitdruck allgemein	67
Einzelne Referate und deren Vorstellung	44
Politiker-Anhörung	23
Zwischengerede anderer Teilnehmer	14
zu viele Themen	10
Platzmangel/Raum	10
Sonstige (jeweils unter 10 Nennungen)	111
Summe aller Einträge (bei 423 Teilnehmern)	350

Das
Arbeitsprogramm

Kapitel 4



4

Das Arbeitsprogramm

Entwicklung des Arbeitsprogramms

Die Arbeit in den Planungszellen ist durch ein genaues Arbeitsprogramm vorstrukturiert. Damit gelingt es, in vier Tagen ein Thema in Breite und Tiefe gründlich zu behandeln. Das Ziel, Empfehlungen der Verbraucher selbst für die bayerische Verbraucherpolitik zu erhalten, war daher in ein solches Arbeitsprogramm umzusetzen. Dabei konnte auf der Erfahrung aus dreißig Jahren Planungszellen aufgebaut werden, in denen die verschiedensten Themen bearbeitet worden waren.



Verbraucherschutz: Abgrenzung des Arbeitsgebiets

Das Thema Verbraucherschutz ist an sich nahezu grenzenlos, denn Verbraucher ist jeder Mensch. Verbraucher ist er aber – nach unserer Definition – nur dann, wenn er ein Gut nutzt, das er gegen Entgelt erworben, also etwa gekauft, gemietet oder bestellt hat. Ein Gut kann ein Sachgut oder eine Dienstleistung sein. Jedoch sind für die meisten Arten von Dienstleistungen andere Ministerien zuständig; sie wurden daher weitgehend ausgeklammert, zum Beispiel Bank- und Versicherungsleistungen. Es blieb den Bürgergutachtern aber freigestellt, auch Forderungen zu Dienstleistungen zu stellen – vor allem in der Arbeitseinheit 16 (siehe dort). *Nicht* zum Verbraucherschutz gehören Bereiche, in denen *alle* Menschen betroffen sind, etwa durch radioaktive Niederschläge oder Klimaveränderungen. Diese Bereiche gehören zum Schutz der menschlichen Umwelt oder kurz: zum Umweltschutz. Der Verbraucherschutz hat außerdem Grenzen zu den Gebieten der inneren Sicherheit und der Rechtspflege, um nur Beispiele zu nennen.

Als Grundlagen für die Auswahl von Themen wurden vor allem diese sieben übergeordnete Gesichtspunkte herangezogen:

- der Zuständigkeitsbereich des neuen Ministeriums (siehe Kapitel 2)
- fachwissenschaftliche Systematiken,
- die Aktualität einzelner Themen,
- der innere Zusammenhang von Teilbereichen des Verbraucherschutzes,
- die zur Verfügung stehende Zeit,
- zur Verfügung stehende Referenten und
- die Möglichkeiten, Themen in Arbeitsaufgaben umzusetzen und deren Ergebnisse zu erfassen und zu verarbeiten (methodische Kriterien).

4



Musterhaftes Vorgehen Arbeitsbereiche

4 Angesichts der Fülle von möglichen und auch wichtigen Einzelthemen entschied sich die Projektleitung in Absprache mit dem Auftraggeber für ein teilweise exemplarisches Vorgehen. An einer Warenart sollten Forderungen für ganze Warengattungen erarbeitet werden. Schrittweise wurde so vom konkreten Problem (zum Beispiel dem Mobiltelefon) zu einer Produktgruppe gegangen (zum Beispiel der Sicherheit technischer Geräte), und von dieser zu einer verbraucherpolitischen Konzeption oder Schwerpunktsetzung: Der letzte, wichtigste und zusammenfassende Schritt war die Arbeitseinheit 16, in der die wichtigsten Forderungen aus allen vorangehenden Themenbereichen wiederholt, zusätzliche Themen eingebracht und alle Themenbereiche zueinander gewichtet wurden.

Das auftraggebende Ministerium ist für so vieles zuständig, dass auch aus seinen Aufgaben ausgewählt werden musste. Selbst wenn an Beispielen gearbeitet wurde, ersparte das nicht eine Vorauswahl. Schon der Titel „Bürgergutachten zum Verbraucherschutz in Bayern“ legte den Schwerpunkt auf den Verbraucherschutz; das weite Feld der Gesundheitspolitik musste deshalb weitgehend ausgeschlossen werden. Auch der Bereich Arbeitsschutz, der im ersten Entwurf noch enthalten war, konnte aufgrund der beschränkten Zeit und des ohnehin großen Aufgabengebiets nicht in das endgültige Arbeitsprogramm aufgenommen werden.

Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz wurde nach den politischen Erschütterungen gegründet, die die Zunahme von BSE-Fällen („Rinderwahnsinn“) in Deutschland und auch in Bayern ausgelöst hatte. Aktuellste Aufgabe war daher von Anfang an, die Sicherheit der Lebensmittel zu gewährleisten, zunächst vor allem die Ungefährlichkeit tierischer Erzeugnisse für den Verbraucher. Die Nahrungsmittel gehören zu den Gütern, die die lebensnotwendigsten Bedürfnisse der Menschen decken müssen, die sogenannten Existenzbedürfnisse. Lebens- oder Nahrungsmittel sind dem Verbraucher schon allein deshalb am nächsten, weil er sie in sich aufnimmt und seinen Körper daraus aufbaut. Es war deshalb klar, dass der Themenbereich „Ernährung“ einen Schwerpunkt bilden musste.

Nachdem ein auch methodisch durchdachter Entwurf vorlag, wurden die einschlägigen Verbände zu einem „Runden Tisch“ eingeladen. Dabei wurde das Vorhaben vorgestellt, und die Vertreter der Interessenorganisationen wurden um Kritik und Vorschläge gebeten. Dabei wurde auch über mögliche Referenten zu den einzelnen Themen gesprochen.

Arbeitsweisen

Die zwei jeweils parallel tagenden Planungszellen arbeiteten von 8 bis 16 beziehungsweise von 9 bis 17 Uhr. Im Allgemeinen dauerte eine Arbeitseinheit anderthalb Stunden. Vor- und nachmittags lagen dazwischen Pausen von üblicherweise einer halben Stunde, die Mittagspause dauerte eine Stunde.

Grundsätzlich wurde in folgenden Formen gearbeitet:

- allein (Einzelfragebögen; Bewertung von Ergebnissen),
- im Plenum (Anhören von Referenten, sachliche Nachfragen) und
- in der Kleingruppe (Diskussion, Erarbeitung von Empfehlungen).

Das Zentrum der Planungszelle ist die Kleingruppe. Die meiste Arbeit fand in ihr statt. Im Plenum gab es keine Diskussion, möglichst wurden nur sachliche Nachfragen an die Referenten zugelassen. Die von den Kleingruppen erarbeiteten Empfehlungen wurden im Plenum gesammelt, auf Plakaten notiert und konnten dann in der Regel von jedem Einzelnen mit Klebepunkten bewertet werden, die zu den jeweiligen Forderungen auf die Plakate geklebt wurden.

Das Arbeitsprogramm

Die vier Tage teilten sich auf in 16 Arbeitseinheiten (AE) zu je durchschnittlich 90 Minuten. Die Struktur des Arbeitsprogramms ist in der unten stehenden Tabelle dargestellt. Diese Übersicht erhielten die Bürgergutachter bei der Begrüßung zusammen mit dem nötigen Arbeitsmaterial.

Die 16 Arbeitseinheiten bildeten zusammen vier Blöcke: Gesundheit, Ernährung, Produktsicherheit und Kommunikation/Verbrauchersouveränität. Ergänzend gab es drei Arbeitseinheiten, die keinem Block zugeordnet werden können, nämlich eine über die Schutzbedürfnisse von Verbrauchergruppen, die wahrscheinlich in den Planungszellen unterrepräsentiert waren, eine Politikeranhörung und eine sehr kurze, in der das Thema Verbrauch ins Verhältnis zu anderen Lebensbereichen gesetzt wurde.

Eröffnung

Die Planungszelle arbeitet sachlich und unter Zeitdruck. Nach einer Begrüßung und kurzen Einführung in Ziel und Zweck, Thema, Ablauf und Zeitplan und der Vorstellung der Mitarbeiter folgte eine Darstellung der Planungszelle und des Bürgergutachtens.

Zur Eröffnung sprachen bei fast allen Planungszellen Vertreter des Auftraggebers. Mehrere Planungszellen wurden auch von Staatsminister Eberhard Sinner selbst besucht, einmal kam Staatssekretärin Erika Görlitz. Auch die Hausherrn (Landräte und Bürgermeister sowie Amtschefs) wünschten den Planungszellen erfolgreiche Arbeit.

Schon nach einer halben Stunde begann die eigentliche Arbeit.

4

Tag Themenschwerpunkt	1 (Montag) GESUNDHEIT und ERNÄHRUNG	2 (Dienstag) ERNÄHRUNG und PRODUKTSICHERHEIT	3 (Mittwoch) PRODUKTSICHERHEIT, WERBUNG und POLITIKERANHÖRUNG	4 (Donnerstag) DIALOG MIT DEM VERBRAUCHER (Verbraucherarbeit)
8 bis 9.30 Uhr	AE 1 Einführung Verbraucherpolitik Prävention	AE 5 und 6 Inhaltsstoffe und Verarbeitung von Nahrungsmitteln	AE 9 Sicherheit technischer Geräte am Beispiel des Mobilfunks	AE 13 Selbstverantwortung des Verbrauchers
Kaffeepause (30 Min.)		Kaffeepause variabel	abweichende Kaffeepause	
10 bis 11.30 Uhr	AE 2 Umwelt und Gesundheit		AE 10 Schutzbedürfnisse bestimmter Verbrauchergruppen	AE 14 Verbraucherarbeit
Mittagspause (60 Min.)			abweichende Mittagspause	
12.30 bis 14 Uhr	AE 3 Verbraucherschutz im Gesundheitswesen am Beispiel der Arzneimittel	AE 7 Lebensmittelüberwachung und-hygiene	AE 11 Werbung (Wirkungen, Gegensteuerung)	AE 15 Zur Bedeutung des Konsums für die Lebensgestaltung AE 16 ABSCHLUSSARBEIT
Kaffeepause (30 Min.)			abweichende Kaffeepause	evtl. abweichende Pause
14.30 bis 16 Uhr	AE 4 Ernährung und Landwirtschaft	AE 8 Produktsicherheit am Beispiel der Kleidung	AE 12 POLITIKERANHÖRUNG mit Vertretern der Landtagsfraktionen "Prioritäten der Verbraucherpolitik"	AE 16 ABSCHLUSSARBEIT Zusammenfassung und Gewichtung der Teilergebnisse (Prioritätenliste, Konzepte)
Ende	16 Uhr	16 Uhr	Ende ca. 16.30 Uhr	Ende ca. 17 Uhr

Gesundheit (AE 01–03)

AE 01: Verbraucherpolitik und Gesundheit

4

Die Teilnehmenden erhielten jeweils einen Fragebogen mit der Bitte, ihn auszufüllen (Einzelfragebogen). Als Einstieg wurde damit zum einen die Zufriedenheit mit einigen Bereichen der Verbraucherpolitik erfragt. Der zweite Teil des Fragebogens eröffnete den Themenbereich Gesundheit.

Im zweiten Teil des ersten Einzelfragebogens gaben die Teilnehmenden ihre Einschätzung ab, welche Einflüsse ihre Gesundheit stärken und schwächen. Damit wurde zugleich deutlich, dass die weitere Arbeit ebenfalls stark vom individuellen Erleben der Bürgergutachter ausgehen sollte.

Die erste Gruppenaufgabe schloss sich unmittelbar an. Es ging dabei um die Vorbeugung von Erkrankungen, oder anders ausgedrückt um Gesundheitspflege. Ziel war es festzustellen, wie die Verantwortung für die Gesundheit zwischen dem Einzelnen und dem Staat verteilt und was für die Gesunderhaltung getan werden soll.



AE 02: Umwelt und Gesundheit

Die zweite Arbeitseinheit griff einen Aspekt davon auf: die Umwelt. Nicht nur wenn er etwas konsumiert, ist der Verbraucher – vor allem in seiner Gesundheit – gefährdet; auch die weitere Umwelt wirkt auf ihn ein. Zur Umwelt, in der ein Mensch lebt, gehören auch viele Konsumgüter, etwa in der Wohnung. Umgekehrt belastet der Verbrauch die Umwelt, wodurch sich der Kreis schließt.

Umweltmediziner informierten die Bürgergutachter über wesentliche Gefährdungen durch Schadstoffe und andere Umweltfaktoren. Aufgabe der Bürger war es dann, die wichtigsten Gefahren zu benennen und Vorschläge zu machen, wie sie vermindert oder beseitigt werden sollten.

AE 03: Verbraucherschutz im Gesundheitswesen

Der „gesundheitliche Verbraucherschutz“ verbindet die Gesundheits- mit der Verbraucherpolitik. Die dritte Arbeitseinheit behandelte dieses Thema am Beispiel der Arzneimittelsicherheit. Apotheker (selbständige und bei der AOK tätige) referierten über Zulassungsverfahren, Kosten, Nebenwirkungen und andere Aspekte des Pharma-Marktes.

Anschließend erarbeiteten die Kleingruppen ihre Anforderungen an die Information über Arzneimittel und Therapien sowie Empfehlungen dazu, was der Staat zur Verbesserung der Arzneimittelsicherheit tun sollte.



Ernährung (AE 04-07)

AE 04: Landwirtschaft und Ernährung

Mit der Arbeitseinheit 04 begann der große Block „Ernährung“. Entsprechend den Stufen der Nahrungsmittelproduktion wurde er zunächst aufgegliedert in Landwirtschaft, Ver- und Bearbeitung und Inhaltsstoffe; es folgte das Thema Lebensmittelüberwachung, das auch Aspekte der Zubereitung (etwa in der Gastronomie) umfasste.

Vertreter der „konventionellen“ und der ökologischen Landwirtschaft referierten über die jeweiligen Vorzüge und Probleme verschiedener Wege des Landbaus und der Tierhaltung für Lebensmittel. Adressat des Bürgergutachtens ist der Staat. Daher wurden die Bürger nur nach ihren wichtigsten Forderungen an den Staat gefragt: Was soll der Staat tun, damit die Landwirtschaft Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt? Ausdrücklich war damit auch die gesundheitsbezogene Qualität gemeint.

Am Nachmittag des ersten Tages wurden die Bürgergutachter in den meisten Planungszellen gebeten, am nächsten Tag Produkte mitzubringen, die aus ihrer Sicht als positive oder negative Beispiele dienen konnten. Auch Beipackzettel, Werbematerial und Verbraucherinformationen waren zu dieser „Musterschau“ willkommen. Mit ihr wurde das sehr abstrakte Thema ein wenig sinnlicher erfahrbar.

4



AE 05/06: Verarbeitung von Lebensmitteln, Zusatzstoffe, Kennzeichnung

Die Arbeitseinheiten 05 und 06 wurden fast als eine Einheit konzipiert. In einem Einzelfragebogen wurde erfragt, wie und wo sich die Teilnehmenden selbst ernährten und wie hoch ihr Vertrauen in verschiedene Lebensmittelbetriebe war. Erst nach dieser spontanen Erhebung referierten Ernährungswissenschaftlerinnen (Ökotrophologinnen) über Vor- und Nachteile verschiedener Formen der Lebensmittelverarbeitung und von Inhaltsstoffen; insbesondere Zusatzstoffe (beispielsweise Farb-, Konservierungs- und Aromastoffe) wurden behandelt, dabei auch, wie Inhaltsstoffe derzeit auf den Verpackungen angegeben werden müssen.

In zwei Gruppenarbeiten gingen die Teilnehmer die Sache an: In der ersten identifizierten sie jene Herstellungs- und Behandlungsverfahren und Zusatzstoffe, die ihnen bedenklich erschienen. In der zweiten stellten sie Forderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln und Forderungen an die Lebensmittelproduktion allgemein auf.

AE 07: Lebensmittelüberwachung und –sicherheit

In Arbeitseinheit 07 wurden die Gutachter von Mitarbeitern der amtlichen Lebensmittelüberwachung darüber informiert, wie, worauf und welche Lebensmittel und Lebensmittelbetriebe kontrolliert werden. Sie konnten aus der Praxis berichten und stellten rechtliche Aspekte dar. Angesprochen wurden auch Handel und Gastronomie sowie Hygienevorschriften für Wald- und Stadelfeste und dergleichen.

Auf die eigenen Erfahrungen der Teilnehmer bezog sich die erste Arbeitsaufgabe, die von den Kleingruppen angegangen wurde: Die gravierendsten Mängel der Lebensmittelhygiene und –qualität, die man selbst als Verbraucher erlebt hatte, wurden gesammelt. Der zweite Teil der Kleingruppenarbeit war, die wesentlichen Verbesserungen zu sammeln, die man von der amtlichen Lebensmittelüberwachung erwartete. Damit war der Themenblock „Ernährung“ abgeschlossen.

Produktsicherheit

AE 08: Produktsicherheit am Beispiel der Kleidungstextilien

4

Die zwei folgenden Arbeitseinheiten erweiterten den Blick auf andere Produktgruppen. Aus der Überfülle von Warengruppen, die angeboten werden, wurden zwei Produkte stellvertretend herausgegriffen: Für den „Non-Food“-Bereich stand die Kleidung und für den Bereich der technischen Geräte das Mobiltelefon.

Die Kleidung umgibt uns fast ständig; nach den Lebensmitteln kommt uns kein anderes Produkt so dauerhaft nahe wie dieses. Dennoch wird in der Öffentlichkeit relativ wenig über mögliche Belastungen und Sicherheitsaspekte gesprochen. Das waren zwei der Gründe, die zur Auswahl der Kleidungstextilien als Beispielprodukte geführt hatten.

Im Regelfall gab es zwei Referate: Eine Referentin kam von der Organisation „Dialog Textil-Bekleidung“, die von Unternehmen der Textilindustrie getragen wird; andere Referenten kamen von Forschungsinstituten oder vom Internationalen Verband der Naturtextilwirtschaft. Dargestellt wurden die Bemühungen, die von der Textilindustrie jetzt schon unternommen werden, einerseits, und die Kriterien, die die

Naturtextilwirtschaft an ihre Produkte anlegt, andererseits, und die jeweiligen Gründe dafür.

In zwei Stufen bearbeiteten die Kleingruppen den Problembereich: Zuerst stellten sie ihre Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Kleidungstextilien auf. Die Teilnehmer wurden darauf hingewiesen, dass die Textilien hier als Beispiel stehen. Andere Produktgruppen sollten auch berücksichtigt werden, wie etwa Reinigungs- und Waschmittel oder Körperpflegeprodukte, Heimtextilien oder Möbel. Generelle Forderungen an alle Produkte, mit denen häufiger Kontakt besteht, an ihre Sicherheit und Qualität, wurden im zweiten Teil aufgestellt.



AE 09: Sicherheit technischer Geräte am Beispiel des Mobilfunks

Aus aktuellem Anlass wurde als Modell für technische Geräte überhaupt das Mobiltelefon herausgegriffen. Auch hier wurde aus zwei Sichtweisen informiert: Dem Vertreter der Mobilfunkkritiker-Vereinigung „Bürgerwelle e. V.“ standen Wissenschaftler gegenüber; auch Mobilfunkbetreiber waren eingeladen. Das Augenmerk sollte auf das Handtelefongerät gerichtet werden. (Die Sendemasten sind primär kein Problem des Verbraucher-, sondern des Umweltschutzes.)

Nachdem sie die wichtigsten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Mobiltelefongeräten ausgewählt hatten, begaben die Bürgergutachter sich wieder auf eine abstraktere, allgemeinere Ebene und stellten Empfehlungen für technische Geräte aller Art auf, mit denen der Verbraucher im täglichen Leben zu tun hat.

AE 10: Bedürfnisse bestimmter Verbrauchergruppen

Es ist üblich, dass eine Arbeitseinheit bei Planungszellenprojekten Minderheiten oder Randgruppen gewidmet wird, die üblicherweise unter den Planungszellenteilnehmern wenig vertreten sind. Auch in der Rolle des Verbrauchers haben Kinder, Jugendliche, alte und behinderte Menschen sowie Ausländer und weitere Gruppen teilweise andere Bedürfnisse und sind anderen Gefährdungen ausgesetzt. Es wird daher versucht, Vertreter dieser Gruppen oder ihrer Verbände zu einer Anhörung zu gewinnen. Bei diesem Verfahren war dies vor allem durch Referenten des Sozialverbandes VdK gegeben.

Zudem konnten die Gutachter aus dem eigenen Umfeld und eigenen Überlegungen heraus Empfehlungen an die Verbraucherpolitik formulieren, wie diese den besonderen Bedürfnissen der genannten Gruppen gerecht werden kann.

Kommunikation

4

Der erste Teil des Arbeitsprogramms war sachbezogen, auf bestimmte Produkte; gefragt wurde danach, was getan werden soll. Der zweite Teil fragte nach dem „Wie“ der Verbraucheransprache und Verbraucherarbeit oder Kommunikation. Hier waren die Fragen: welche Informationen braucht der Verbraucher, muss er vor Beeinflussung geschützt werden, wie kann er sich selbst schützen, was braucht er dazu?

AE 11: Werbung

Die Werbung ist eine große Branche unserer Wirtschaft. Informationen über Produkte erhalten wir hauptsächlich durch sie. Wir sind auch Werbe-„Verbraucher“. Beeinflusst sie uns? Wollen die Verbraucher vor ihr geschützt werden?

Auch zur Einstimmung auf das Thema füllten die Teilnehmer einen Einzelfragebogen aus, die Antworten auf dessen erste beiden Fragen wurden von den Prozessbegleitern sofort ausgewertet, das Ergebnis wurde nach dem Referat und den sachlichen Nachfragen den Bürgern mitgeteilt (siehe Ergebnis zu AE 11 im Kapitel 6).

Ein Kommunikations- und Werbefachmann referierte über verschiedene Sichtweisen der Werbung und stellte dar, wieviel Werbung heute betrieben und vom Einzelnen durchschnittlich aufgenommen wird. Anschließend wurden Forderungen zum Schutz von Verbrauchern vor möglichen negativen Wirkungen der Konsumgüterwerbung zusammengetragen und bewertet.

AE 12: Politikeranhörung

Ziel der Planungszellen war die Formulierung von verbraucherpolitischen Konzepten. Die Politikeranhörung, die nahezu ein fester Bestandteil von Planungszellen ist, war deshalb als Informationsquelle wichtig – sie gab Informationen zu den verbraucherpolitischen Konzepten der drei Fraktionen im Bayerischen Landtag und ermöglichte einen Dialog mit Landtagsabgeordneten. Zur Politikeranhörung wurden die zwei parallel tagenden Planungszellen zusammengeführt. Die Politiker stellten kurz das Wesentliche ihrer Verbraucherpolitik dar. Dann erarbeiteten die Teilnehmer in Kleingruppen ihre wichtigsten Fragen, die von den Politikern beantwortet wurden. Diese Arbeitseinheit wurde wie üblich nicht dokumentiert.



AE 13: Selbstverantwortung des Verbrauchers

„Was sollen die Verbraucher selbst tun?“ Das war nach drei Tagen voller Forderungen an den Staat die Frage, die zu einer Besinnung auf die Aufgaben des Staates und der Verbraucher selbst führen sollte. Auch Unternehmen und Verbände können für die Verbraucher tätig werden, nicht nur der Staat. Ein Referat war hier nicht vorgesehen.

AE 14: Verbraucherarbeit

Die Verbraucherzentrale Bayern stellte die Referentin, die den Teilnehmern aufzeigte, welche Angebote von den Verbraucherzentralen und anderen Institutionen derzeit gemacht werden. Vorher jedoch wurde in einem Einzelfragebogen erhoben, wo die Bürger gutachter Informationen, Rat und Hilfe suchten – welche Informationsquellen sie also nutzten.

In der Kleingruppenarbeit konnten sie dann äußern, wie und von wem sie beraten und informiert werden wollen. Damit können Methoden der Verbraucherarbeit am Wunsch der Bürger selbst orientiert werden.

AE 15: Konsum und Leben

Die Arbeitseinheit 15 sollte den Blick kurz vor der abschließenden Konzeption noch einmal auf die Frage lenken, wie wichtig der Verbrauch im Vergleich zu anderen Lebensbereichen ist. Damit war nicht beabsichtigt, die Wichtigkeit der Verbraucherpolitik im Verhältnis zu anderen Politikfeldern zu erheben. Schließlich ist Konsum in vielen Fällen nicht Selbstzweck, sondern dient dazu, andere Dinge tun und erleben zu können, wie man beispielsweise einen Sportschuh zum Sport braucht.



Konzepte für die Verbraucherpolitik

AE 16: Abschluss- arbeit

Der größte Teil des letzten Nachmittags war der abschließenden Arbeit gewidmet. Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit berücksichtigend, aber auch darüber hinausgehend, sollten die Kleingruppen hier jeweils die wichtigsten drei Ziele für die Verbraucherpolitik auswählen und formulieren. Dazu waren konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, und dabei war die Finanzierung zu bedenken (das diente vor allem dazu, solche praktischen Fragen nicht aus den Augen zu verlieren). Jede Kleingruppe erarbeitete ein kleines verbraucherpolitisches Konzept, das zur Darstellung in Form eines Plakates gestaltet wurde. Angestrebt war eine Prioritätenliste für die bayerische Verbraucherpolitik, damit auch eine Gewichtung der vorangegangenen Arbeitsergebnisse untereinander.

Das Arbeitsprogramm wurde während und nach den ersten beiden Planungszellen leicht überarbeitet, wobei die Vergleichbarkeit aller Planungszellen aufrechterhalten werden konnte. Es erwies sich als durchführbar, wenn es auch hohe Anforderungen an die Teilnehmer stellte. Gravierende Probleme sind bei keiner Planungszelle aufgetreten.

Die
Teilnehmerinnen
und Teilnehmer

Kapitel 5

4



Alter

5

An diesem Bürgergutachten haben Menschen von 16 bis 86 Jahren mitgearbeitet. Die Teilnehmer an den Planungszellen wurden zu sieben Altersgruppen zusammengefasst, entsprechend der Einteilung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung. Die Verteilung ist in den Abbildungen rechts dargestellt. Im Anhang ist eine Tabelle dazu abgedruckt (S. 136).

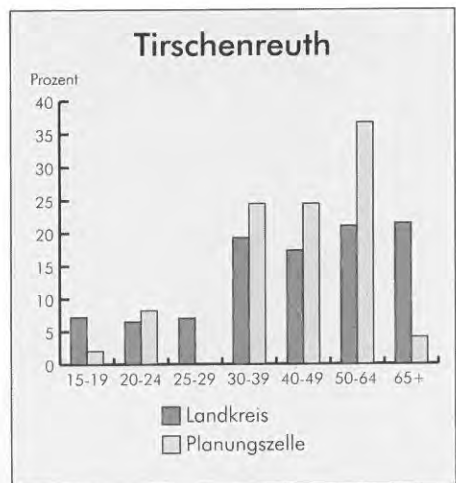
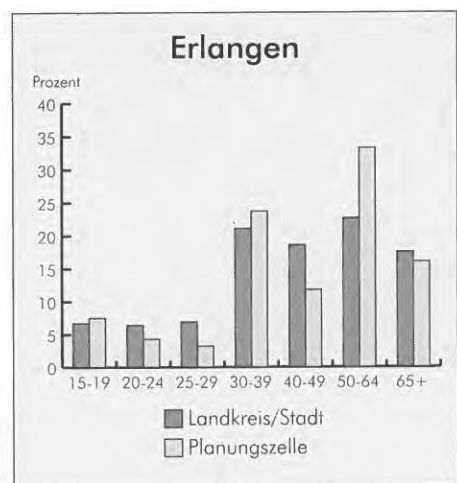
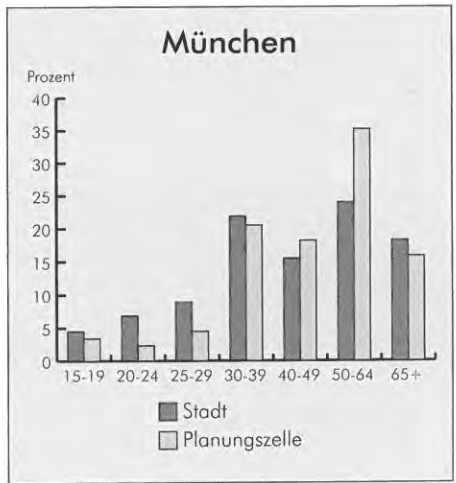
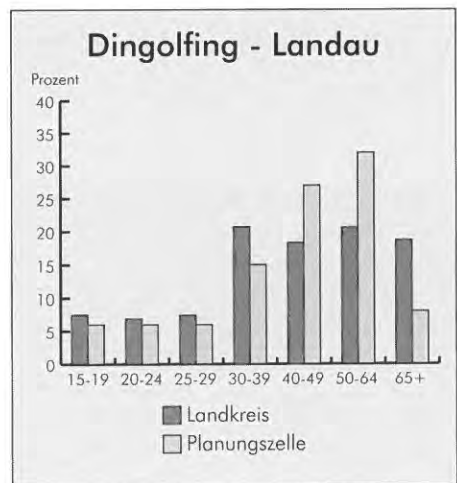
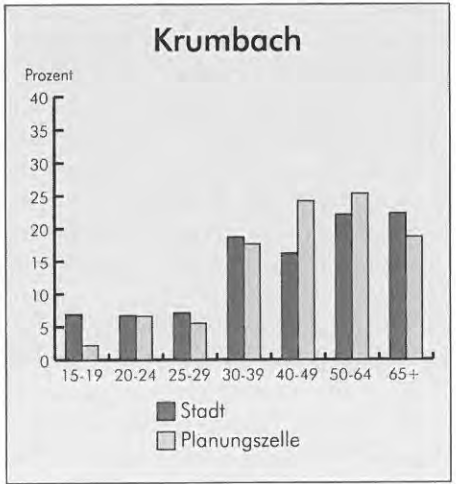
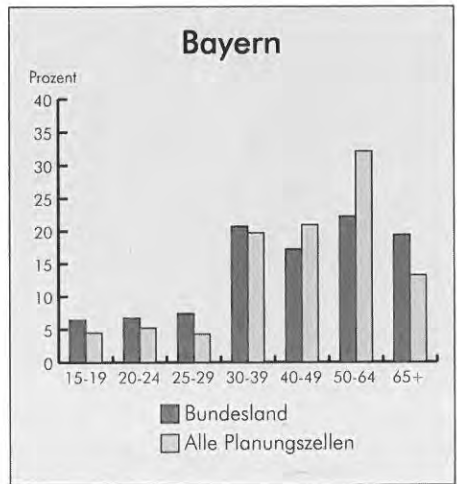
Auffällig ist, dass in den Planungszellen die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen schwächer vertreten war. Hier ergaben sich Abweichungen sowohl vom Durchschnittswert der jeweiligen Gebietskörperschaften als auch vom bayerischen Landesdurchschnitt.

Zur Teilnahme an den Planungszellen wurden Einwohner erst ab 16 Jahren eingeladen. Einer von fünf Jahrgängen in dieser Altersklasse konnte daher nicht vertreten sein. Insofern ist die Abweichung teilweise verfahrensbedingt. Über weitere Gründe (Schulpflicht, Eltern, mangelndes Interesse) kann nur spekuliert werden. Die jüngste Teilnehmerin hatte das Mindestalter für die Zufallsauswahl von 16 Jahren.

Lediglich in Erlangen wurde der Kreisdurchschnitt der unter 20-Jährigen um einen Punkt überschritten, in München (ein Punkt Abweichung nach unten) und Dingolfing (zwei Punkte Abweichung nach unten) wurden ebenfalls gute Werte erzielt.

Der Anteil der männlichen 25- bis 29-Jährigen an der Bevölkerung der Stadt wurde bei den Planungszellen in München sogar genau erreicht. Insgesamt waren Bürgergutachter zwischen 25 und 29 Jahren jedoch leicht unterrepräsentiert.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Altersgruppe der über 65-Jährigen. Bei einem bayernweiten Anteil von 19 Prozent an der Bevölkerung waren nur 13 Prozent der Planungszellenteilnehmer dieser Gruppe zuzuordnen. Die geringsten Abweichungen wurden dabei



Berufe

in Erlangen (zwei Punkte) festgestellt, auch in München und Krumbach nahmen etwa dem Durchschnitt entsprechend viele „Senioren“ teil. Größere Abweichungen vom Kreisdurchschnitt gab es dagegen in Tirschenreuth und in Dingolfing.

Zu dieser Altersgruppe gehören auch hochbetagte und deshalb bisweilen – gerade auf dem Land – wenig mobile Personen ohne eigenes Kraftfahrzeug; die Abweichung in den beiden genannten Landkreisen erscheint damit teilweise erklärlich.

Werte, die insgesamt nahe am Durchschnitt liegen, wurden in der Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren erreicht; die 40- bis 49-Jährigen sowie die 50- bis 64-Jährigen waren in den Planungszellen leicht überrepräsentiert.

Insgesamt wurden von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern 200 verschiedene Berufe angegeben. Bei der Berufsangabe waren Mehrfachnennungen möglich; manche Teilnehmer machten keine Angaben zu ihrer beruflichen Tätigkeit.

Die von den Teilnehmenden angegebenen Berufe sind in der nebenstehenden Liste aufgeführt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den verschiedensten Berufen nachgehen und damit aus vielen verschiedenen Wirtschaftssektoren und unterschiedlichsten sozialen Gruppen stammen.

Folgende Berufe wurden von unseren Teilnehmern angegeben (Mehrfachnennungen möglich):

Agrarbetriebswirt
Agraringenieur
Altenpflegerin
Angestellte
Anwendungsentwickler
Anwendungsentwicklerin
Apothekerin
Arbeiter
Arbeiterin
Arbeitslose
Arbeitsloser
Architekt
Architektin
Archivarin
Arzt
Arzthelferin
Ärztin
Assistentin
Augenoptikerin
Auszubildende
Auszubildender
Bäckereifachverkäuferin
Bäcker
Bankangestellte
Bankkaufmann
Bauingenieur
Beamter
Beamtin
Berater
Berufsschullehrer
Betriebsinspektor
Bezirkskaminkehrermeister
Bibliothekarin
Buchhalterin
Bundesbahnbeamter i. R.
Büroangestellter
Bürokauffrau
Busglaser
Chemielaborantin
Chemisch-technische Assistentin
Chemotechnikerin
Christbaumhändler
Dachdecker
Damenschneidermeisterin
Dipl.-Betriebswirtin
Dipl.-Braumeister
Dipl.-Designerin
Dipl.-Geologe
Dipl.-Informatikerin
Dipl.-Ingenieur
Dipl.-Kaufmann
Dipl.-Ökotrophologin
Dipl.-Pflegepädagogin
Dipl.-Physiker
Dipl.-Soziologin
Dipl.-Verwaltungswirt
Dozent



- EDV-Sachbearbeiterin
- Einzelhandelskauffrau
- Elektroingenieur
- Elektromechaniker
- Elektrotechniker
- Energieelektroniker
- Erzieherin
- Fachinformatiker
- Fachkrankenpflegekraft für Anästhesie
- Fachkrankenschwester für Rehabilitation
- Fachlehrerin
- Fachverkäuferin
- Forstwirt
- Fräser
- Fremdsprachenkorrespondentin
- Friseurmeisterin
- Gärtnerin
- Gastronomiemitarbeiter
- Gastwirt
- Geschäftsführer
- Grafikerin
- Großhandelskauffrau
- Handelsvertreter
- Hausfrau
- Hausmeisterin
- Hausverwalter
- Hauswirtschaftsleiterin
- Hauswirtschaftsmeisterin
- Heilerziehungspflegehelferin
- Heilerziehungspflegerin
- Heilpraktiker
- Hochschulabsolvent
- Hotelkauffrau
- Industriekauffrau
- Industriekaufmann
- Industrietechnologin
- Ingenieur
- Instandhaltungselektroniker
- Journalist
- Journalistin
- Juristin
- Justizvollzugsbeamter
- Kauffrau
- Kaufmännische Angestellte
- Kaufmännischer Angestellter
- Kaufmännischer Berater
- Kinderkrankenschwester
- Kinderpflegerin
- Koch
- Kochbuchautorin
- Konrektor
- Kraftfahrzeugelektriker
- Kraftfahrzeugmeister
- Krankenpflegehelferin
- Landw.-Direktor i. R.
- Landwirt
- Landwirtin
- Landwirtschaftsgehilfe
- Lehrer
- Lehrerin
- Logistiker
- Lohn- und Finanzbuchhalterin
- Maler und Lackierer
- Maschinenbauer
- Maschinenbaumechanikermeister
- Maschinenführer
- Maschinist
- Mathematikerin
- Maurer
- Medizinaldirektor
- Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft
- Mesnerin
- Metallbauer, Fachrichtung Konstruktionstechnik
- Metzgereifachverkäuferin
- Mitarbeiter im Einzelhandel
- Montagearbeiter
- Musikdozentin
- Mutter
- Nachrichtentechniker
- Nebenerwerbslandwirt
- Ökonom
- Packerin
- Pastor
- Patentsachbearbeiterin
- Personalsachbearbeiterin
- Pflegerin
- Pharmazeutisch-technische Assistentin
- Photograph
- Physikalisch-technische Assistentin
- Polierin
- Politologin
- Polizeibeamter
- Produktentwickler
- Produktionsleiter
- Produktionsmechaniker
- Projektleiter
- Prozesstechniker
- Prüffeldmonteur
- Psychotherapeutin
- Rechtsanwältin
- Redakteur
- Referentin
- Reiseverkehrskauffrau
- Rentner
- Rentnerin
- Restaurantfachfrau
- Rettungsassistent
- Sachbearbeiter
- Schauspielerin
- Scheidermeister
- Schneiderin
- Schreinermeister
- Schuhmacher
- Schüler
- Schülerin
- Sekretärin
- Selbständige
- Sozialpädagoge
- Sozialpädagogin
- Sozialversicherungsfachangestellte
- Sparkassenangestellte
- Spengler
- Stadtbauamtsrat i. R.
- Stahlformenbauer
- Stauerfachangestellter
- Steuerberater
- Steuerfachangestellter
- Steuerfachgehilfin
- Student
- Studentin
- Studiendirektor i. R.
- Techniker für Landbau
- Techniker für ländlicher Entwicklung
- Technikerin für ländliche Entwicklung
- Technischer Zeichner
- Textiltechniker
- Tierarzt
- Übersetzerin
- Vater
- Verkäuferin
- Vermessungsingenieur
- Versicherungskaufmann
- Vertriebsassistentin
- Vertriebskaufmann
- Verwaltungsangestellte
- Verwaltungsangestellter
- Wassermeister
- Weberin
- Werbeassistentin
- Werkarbeiter
- Werkarbeiterin
- Werkmeisterin
- Werkzeugmacher
- Wertpapierspezialist
- Wirtschaftsinformatiker
- Wirtschaftskorrespondentin
- Zahnarzthelferin
- Zimmerer
- Zollbeamter

Bürgerschaftliches Engagement

Für die Beurteilung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens ist es ebenfalls interessant, wie viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich auch außerhalb der Erstellung des Gutachtens gesellschaftlich engagierten und ob tatsächlich auch Personen mitwirkten, die auf diesem Gebiet bislang nicht aktiv waren.

Es wurde die Zugehörigkeit zu Vereinen, Bürgerinitiativen und Parteien abgefragt. Von insgesamt 423 Bürgern, die diese Frage beantwortet haben, waren 235 (56 Prozent) Mitglied eines Vereins, 16 (4 Prozent) einer Bürgerinitiative und 28 (7 Prozent) einer politischen Partei.

Auffällig ist, dass vor allem im ländlichen Raum viele Teilnehmer Mitglied in einem Verein sind; insbesondere in Tirschenreuth und Krumbach wurden hier Spitzenwerte erzielt. Dagegen war der Anteil von Vereinsmitgliedern an den Münchner Bürgergutachtern vergleichsweise gering. Die im weitesten Sinne bereits politisch aktiven Teilnehmenden bildeten eine Minderheit.

Haushaltsgrößen

Die Teilnehmer wurden auch danach gefragt, wie viele Personen in ihrem Haushalt leben. Im Folgenden werden die während der Planungszellen ermittelten Daten den amtlichen statistischen Daten gegenübergestellt.

Es zeigt sich, dass 1-Personen-Haushalte bei den Planungszellen unterrepräsentiert waren, bei 2- und 3-Personen-Haushalten dem Landesdurchschnitt sehr nahe Werte erreicht wurden und Teilnehmer überdurchschnittlich oft aus 4- sowie 5- und mehr Personen-Haushalten kamen. Zu bedenken ist, dass Singles nicht nur junge, allein lebende Personen sind, sondern auch viele Alleinstehende älter und beispielsweise verwitwet sind. Es kann angenommen werden, dass ein Teil dieser Personen wegen gesundheitlicher Probleme nicht teilnehmen konnte.

Haushaltsgrößen

Vergleich Mikrozensus Freistaat Bayern - Planungszelle Bayern

Haushaltsgröße in Personen	Land total*	Land Prozent	Planungszelle total	Planungszelle Prozent
1	1971	35,5	70	16,2
2	1808	32,4	142	32,9
3	806	14,4	76	17,6
4	705	12,6	78	18,1
5 und mehr	292	5,2	51	11,8
keine Angabe			14	3,2

*in tausend

An einhundert Prozent fehlende: Rundungsfehler

Datengrundlagen: Bayern Privathaushalte nach Haushaltsgröße, Ergebnis des Mikrozensus 2001; Eigene Erhebungen.

Teilnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder Herkunft

5

Nicht abgefragt wurde die Staatsangehörigkeit der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter. Dennoch haben auch Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder Herkunft augenscheinlich in größerer Zahl mitgearbeitet. In anderen Planungszellen-Projekten waren Dolmetscher eingesetzt worden; das war für die Erstellung dieses Gutachtens nicht erforderlich, da alle Teilnehmer deutsch sprachen.

Ergebnis

Betrachtet man die Ergebnisse der statistischen Befragung der Teilnehmer zusammenfassend, so zeigt sich, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ein gutes Abbild der Bevölkerung Bayerns darstellen; Menschen der verschiedenen Geschlechter, gesellschaftlichen Gruppierungen, Schichten und Berufszweige sowie Haushaltstypen waren in ausreichendem Maße an der Erstellung dieses Gutachtens beteiligt. Sie können daher beanspruchen, stellvertretend für die Bevölkerung Bayerns zu sprechen.



Ergebnisse
der Arbeitseinheiten

Kapitel 6



6



6 Ergebnisse der Arbeitseinheiten

6

Arbeitseinheit 01 Einführung, Verbraucherschutz Gesundheit

Im Rahmen der ersten Arbeitseinheit wurden die Teilnehmer offiziell begrüßt. Sie erhielten Informationen über den zeitlichen Ablauf der vier Tage. Es erfolgte eine kurze Einführung zum grundsätzlichen Ablauf einer Planungszelle, das heißt in Arbeitsformen, Kleingruppen, Anonymisierung der Teilnehmerdaten usw.

Ziel dieser Arbeitseinheit war es, den Bürgergutachtern die Möglichkeit zu geben, sich zunächst grundsätzlich zum Thema „Verbraucherpolitik“ und dann schon zum ersten Themenbereich „Gesundheitspflege (Prävention)“ zu äußern. Damit wurde der erste von vier größeren Themenblöcken, der Block „Gesundheit“ eröffnet.

Zu diesem Zweck wurden der Gruppenarbeit zwei Einzelfragebögen vorgeschaltet. Jeder Bürger konnte somit bei der Bearbeitung des ersten Einzelfragebogens für sich allein darüber nachdenken, wie zufrieden er mit dem Verbraucherschutz ist und wo Möglichkeiten einer Verbesserung bestehen („Wie zufrieden sind Sie mit dem Verbraucherschutz in folgenden Bereichen?“).

Was den Verbraucherschutz anbelangt, so waren die Bürgergutachter mit keinem Bereich wirklich zufrieden. Eine mittlere Bewertung erhielten die Sicherheit von Arzneimitteln, die Lebensmittelsicherheit allgemein, die Verbraucherberatung und die Fleischqualität.

Eher unzufrieden äußerten sich die Bürger mit dem Schutz vor irreführender Werbung und vor möglichen Mobilfunkgefahren.

Beim zweiten Einzelfragebogen ging es um die Gesundheit. Aus der eigenen Erfahrung und dem eigenen Erleben sollten die Bürger beurteilen, was ihre Gesundheit stärkt und was sie krank macht („Was stärkt Ihre Gesundheit?“ und „Was macht Sie krank, was beeinträchtigt Ihre Gesundheit?“).

Wie zufrieden sind Sie mit dem Verbraucherschutz in folgenden Bereichen?	Mittelwerte
Sicherung der Fleischqualität (BSE usw.)	2,3
Lebensmittelsicherheit allgemein	2
Sicherheit von Arzneimitteln	1,9
Schutz vor möglichen Mobilfunk-Gefahren	2,4
Schutz vor irreführender Werbung	2,5
Verbraucherberatung und -information	2,1
Schutz vor schädlicher Chemie im Haushalt	2,2

1=zufrieden, 2=zum Teil, 3=unzufrieden

Was stärkt ihre Gesundheit?	Mittelwerte
Familie, Freunde	1,2
Geselligkeit	1,8
Arbeit	1,9
Sport	1,7
Urlaub, Reisen	1,7
frische Luft, Natur	1,1
Schlafen	1,4
Religion, Glaube	2,2
Liebe	1,3
Hobbies, Freizeit	1,6
Ernährung	1,4

1=stark, 2=mittler, 3=schwach

Die Bürgergutachter sehen ihre **Gesundheit** am meisten **gestärkt** durch den Familien- und Freundeskreis, die richtige Ernährung, Natur und frische Luft und ausreichend Schlaf.

Bei dieser Arbeitseinheit war noch kein Experten-Referat vorgesehen, weil die Bürger unmittelbar aus ihrer Erfahrung und aufgrund ihrer bisher erworbenen Kenntnisse antworten sollten. Auf die Einzelfragebögen folgte deshalb die erste Gruppenarbeit. In zufällig zusammengestellten Kleingruppen machten sich die Bürger Gedanken über die Fragen: „Was kann der Einzelne vorbeugend für seine Gesundheit tun?“ und „wie soll der Staat bei der Gesundheitspflege (Vorbeugung von Krankheiten) helfen?“ Die Kleingruppen sollten sich jeweils auf die bis zu drei ihrer Ansicht nach wichtigsten oder besten Möglichkeiten beschränken.

Die Antworten wurden – wie in Kapitel 5 beschrieben – im Plenum vorgestellt und von den Prozessbegleitern auf Plakaten festgehalten. Schon dabei wurden ähnliche Empfehlungen zusammengefasst; für die Darstellung im Gutachten wurden die Daten nochmals deutlich verdichtet.



Gesundheitspflege durch den Einzelnen

6

Die Bürger sehen in gesunder Lebensweise den besten Weg, Vorsorge für ihre Gesundheit zu treffen. Sie unterscheiden durchgehend zwei Möglichkeiten: richtige Ernährung mit hochwertigen Lebensmitteln und Sport. Gesunde Ernährung besitzt dabei einen leichten Vorsprung vor körperlicher Bewegung. Auch ausreichend Schlaf und Einschränkung bei Genussgiften spielen eine Rolle.

Unter den fünf Orten in Bayern, an denen Planungszellen stattfanden, messen die Teilnehmer in München und Tirschenreuth einer gesunden Lebensweise besondere Bedeutung als Vorsorgemaßnahme zu. Auch bei den anderen Regionen liegt dieser Punkt aber an der Spitze.

Eine positive Lebenseinstellung ist für die Bürger die zweite wichtige Säule der Gesundheitsvorsorge.

Mit weitem Abstand, aber mit noch hoher Punktzahl sehen die Bürgergutachter in ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen und der Suchtprävention, vor allem im Bezug auf die Abhängigkeit von Alkohol und Tabak, ein wichtiges Gebiet. Ergeben sich bei der Suchtprävention kaum regionale Unterschiede, abgesehen davon, dass in München besonders wenig Punkte dafür gegeben wurden, so zeigt sich bei den ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen eine interessante Verteilung. In Erlangen wurden dafür mehr als doppelt so viele Punkte vergeben wie in Krumbach, das an zweiter Stelle liegt.

Ein gesundes Arbeitsklima wurde von den Bürgern nur in Dingolfing angesprochen „gesunde Lebensraumgestaltung“ und „aktiver Umweltschutz“ nur in München und Krumbach.

Was kann der Einzelne vorbeugend für seine Gesundheit tun?

	Punkte
Gesunde Lebensweise	1111
Positive Lebenseinstellung	686
Regelmäßige ärztliche Vorsorgeuntersuchungen	117
Suchtprävention (Alkohol, Tabak etc.)	98
Gesunde Lebensraumgestaltung	42
Aktiver Umweltschutz	31
Richtiger Umgang mit Medikamenten	30
Gesundes Arbeitsklima	10
Summe	2125



Aufgaben des Staates bei der Gesundheitspflege

Bei dieser Frage sehen die Bürgergutachter besonderen Handlungsbedarf, was die Aufklärung und Information des Staates über Gesundheitsrisiken angeht. Dann folgen die Forderungen nach mehr Kontrolle und Transparenz: mehr Kontrolle nicht nur bei Lebensmitteln, sondern auch bei Baumaterialien, die Schadstoffe enthalten könnten, bei Strahlenbelastung durch Mobilfunk oder auch verstärkte Importkontrollen für Lebensmittel, Medikamente und andere Produkte. Unter mehr Transparenz verstehen die Bürger vom Staat angeordnete Information der Produzenten über die Herstellungsverfahren oder genauen Herkunftsorte der Nahrungsmittel. Die dritte Position bildet die gerechte Verteilung von Gesundheitsleistungen. Hierunter fassen die Bürger im Wesentlichen Folgendes zusammen:

- Reform des Gesundheitswesens mit dem Schwerpunkt auf Vorsorge (Schutzimpfungen, Förderung/Verbesserung der Kurmaßnahmen, mehr Vorsorgeuntersuchungen etc.)
- Reduktion unsinniger Kosten bei Aufrechterhaltung sinnvoller Leistungen
- Keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Gesundheitsbereich
- Mehr und besser ausgebildetes Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen
- Einbeziehung der Naturheilkunde in die Kassenleistungen
- Weniger Verwaltung im Gesundheitsbereich
- Durchschaubare Abrechnungen der Ärzte

Beim Blick auf die einzelnen Regionen ergeben sich unterschiedliche Prioritäten. So ist für die Bürger in Erlangen Aufklärung und Information am wichtigsten, für die Dingolfinger die gerechte Versorgung mit Gesundheitsleistungen, für die Münchner, Krumbacher und Tirschenreuther mehr Kontrolle und Transparenz.

An zweiter Stelle steht in Tirschenreuth mehr Aufklärung und Information, gefolgt von der gerechten Verteilung

von Gesundheitsleistungen und, mit der gleichen Punktzahl, der Forderung nach besserer und verständlicherer Deklaration von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln und Medikamenten.

In Dingolfing folgt auf Position zwei der Ruf nach verstärkter Aufklärung und Information. Auch hier an dritter Position die bessere und verständlichere Deklaration von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln und Medikamenten.

Die Münchner Bürgergutachter sehen als zweitwichtigste Forderung „mehr Aufklärung und Information“, an dritter Position steht hier der bessere Schutz vor Umweltbelastungen, dicht gefolgt von der gerechten Verteilung der Gesundheitsleistungen.

Für die Bürgergutachter in Krumbach stehen an zweiter und dritter Stelle „mehr Aufklärung und Information“ beziehungsweise „gerechte Versorgung der Bürger mit Gesundheitsleistungen“.

In Erlangen bildet „mehr Kontrolle und Herstellung von Transparenz“ die zweite und „Gerechte Versorgung der Bürger mit Gesundheitsleistungen“ die dritte Position.

Der bessere Schutz vor Umweltbelastung erhält die höchste Zustimmung in München. Der Ausbau der Sportförderung wird in Krumbach sehr hoch bewertet, gefolgt von Erlangen. Am stärksten befürwortet wird das schärfere Vorgehen des Staates gegen Alkohol, Tabak und andere Drogen von den Dingolfinger Bürgergutachtern, gefolgt von den Krumbachern.

Wie soll der Staat bei der Gesundheitspflege helfen?

	Punkte
Mehr Aufklärung und Information	512
Mehr Kontrolle und Herstellung von Transparenz	464
Gerechte Versorgung der Bürger mit Gesundheitsleistungen	362
Bessere und verständlichere Deklaration von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln und Medikamenten	200
Besserer Schutz vor Umweltbelastungen	199
Ausbau und Verbesserung des Angebots an Vorsorgeuntersuchungen	157
Ausbau der Förderung des Sport (Schule, Vereine etc.)	114
Staat soll schärfer Position beziehen gegen Alkohol, Tabak und andere Drogen (z.B. mehr Nichtraucherzonen)	65
(Weitere Einzelforderungen)	(74)
Summe	2147

Arbeitseinheit 02

Umwelt und Gesundheit

6

Die Arbeitseinheit 02 beschäftigte sich mit der Wirkung vom Menschen verursachter Umwelteinflüsse auf die Gesundheit. Es ging um Themen wie Lärm oder Schadstoffe in der Luft und die Frage, welche umweltmedizinischen Maßnahmen getroffen werden können.

Die Bürgergutachter hörten in diesem Zusammenhang das erste Fachreferat (eines Umweltmediziners), das ihnen Informationen der Wissenschaft zur Verfügung stellen sollte, als Grundlage der Entscheidungsfindung.



Größte umweltbedingte Gesundheitsgefahren

Die erste Aufgabe der Kleingruppen lautete: „Worin sehen Sie die drei größten umweltbedingten Gesundheitsgefahren?“

Die Kleingruppen trafen also schon eine Auswahl der in ihren Augen wichtigsten Gefahren, dann wurde diese Auswahl noch einmal von jedem einzelnen Teilnehmer gewichtet. Die größte Gesundheitsgefahr sind für die Bürgergutachter Schadstoffe in Luft, Wasser, Erde – bis auf Dingolfing, dort lagen die Schadstoffe in Produkten vorn, dann erst kamen Schadstoffe in Luft, Wasser, Erde.

Das Thema „Schadstoffe in Produkten“ wurde sonst immer auf den zweiten Rang eingestuft. Die Strahlenbelastung (Radioaktivität, Elektromog, Mobilfunk usw.) wurde bis auf Erlangen jeweils an dritter Stelle genannt. In Erlangen stand die Lärmbelastung als Gesundheitsgefahr in den Augen der Bürgergutachter an dritter Position, gefolgt von der Strahlenbelastung.

Der Lärm als Belastungsfaktor wurde sonst jeweils an vierter Stelle genannt.

„Zuviel Chemie“, gemeint sind hier unter anderem Putzmittel im Haushalt, wird in allen Planungszellen als Problem genannt.

„Skrupelloses Gewinnstreben“ von Teilen der Nahrungsmittelindustrie und Produzenten als Ursache von Gesundheitsgefahren kritisieren Bürger in Krumbach und München, wobei die Zahl in München besonders hoch liegt.

Die Bürgergutachter in Krumbach und Erlangen nennen auch psychosomatische Beschwerden als Folge von Stress, Leistungsdruck und Mobbing als Quelle von Gesundheitsgefährdung.

Größte Gesundheitsgefahren "Worin sehen Sie die drei größten umweltbedingten Gesundheitsgefahren?"	Punkte
Schadstoffe in Luft, Wasser, Erde	674
Schadstoffe in Produkten	579
Strahlenbelastung (AKW, Mobilfunk etc.)	322
Lärm	139
Zuviel Chemie (im Haushalt etc.)	96
Skrupelloses Gewinnstreben der Marktbeteiligten	58
Psychosomatik (Stress, Leistungsdruck, Mobbing etc.)	50
(Weitere Einzelforderungen)	(240)
Summe	2153

Verminderung von umweltbedingten Gesundheitsgefahren

Als Abhilfe für diese Gesundheitsgefahren schlagen die Bürgergutachter eine Vielzahl von Maßnahmen vor:

Die Forderung nach mehr Kontrolle genießt die meiste Unterstützung in Krumbach

6 An erster Stelle stehen schärfere Auflagen und Verbote, dies gilt für alle Orte, in denen Planungszellen durchgeführt wurden. In Tirschenreuth ist den Teilnehmern hierbei besonders die verstärkte Kontrolle von Chemikalien zum Beispiel im Haushalt wichtig. Darunter verstehen die Bürger die konsequente Anwendung bestehender Gesetze und deren effiziente Überwachung. Der Staat solle schneller auf Missstände reagieren und stark umweltgefährdende Stoffe verbieten. Auch Probleme wie Gesundheitsgefahren durch Baumaterialien oder Elektrosmog und Mobilfunk sollten ernster genommen werden.

Die weiteren Ergebnisse sind nicht einheitlich verteilt.

In Tirschenreuth sehen die Bürger als zweitwichtigste Maßnahme die schnellere Umsetzung von technischen Verbesserungen, an dritter Stelle die Notwendigkeit, das eigene Verbraucherverhalten zu ändern. Die selbe Reihenfolge findet sich in Krumbach.

Für die Dingolfinger Bürgergutachter folgt auf die Forderung nach schärferen Kontrollen die nach einer Förderung alternativer Energien und des Umweltschutzes. Das Verlangen nach einer Stärkung des Umweltschutzes wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich nur in Dingolfing geäußert.

In München steht an zweiter Position die Verbesserung der Verkehrspolitik. (Dieser Punkt wurde nur in München genannt). Drittens die Förderung der Bio-Erzeuger (Die höchste Nennung unter allen Regionen, vor Krumbach).

Bei den Erlanger Bürgern folgt an zweiter Stelle die schnellere Umsetzung technischer Verbesserungen, dann die Forderung nach mehr Informationen über Risiken.



Abhilfe für Gesundheitsgefahren "Wie sollen diese Gefahren Ihrer Ansicht nach vermindert oder beseitigt werden?"	Punkte
Schärfere Auflagen und Verbote	755
Technische Verbesserungen (schneller umsetzen)	278
Mehr Information über Risiken	239
Eigenes Verbraucherverhalten ändern	191
Förderung alternativer Energien	165
Importkontrolle - Stopp für ausländische Billigprodukte - mehr Regionales	113
Bessere Förderung der Bio-Erzeuger	104
Bessere Verkehrspolitik	83
Umweltschutz fördern	60
(Weitere Einzelforderungen)	(78)
Summe	2096

Arbeitseinheit 03

Arzneimittel und Verbraucherschutz

Die Bürgergutachter nahmen in dieser Arbeitseinheit den „gesundheitlichen Verbraucherschutz“, das heißt den Schutz desjenigen, der Leistungen des Gesundheitswesens in Anspruch nimmt, unter die Lupe, und zwar am Beispiel der Arzneimittel. Sie wurden dabei durch Fachreferate von Apothekern in ihrer Meinungsbildung unterstützt.

In der Gruppenarbeit galt es zwei Fragen zu beantworten: „Wie wollen Sie als Verbraucher über Arzneimittel und Behandlungsformen informiert werden?“ und „was sollte der Staat tun, um die Sicherheit von Arzneimitteln allgemein zu verbessern?“

6



Informationen über Behandlung und Arzneimittel

6

Im Zentrum aller Forderungen steht durchgängig ein persönliches und ehrliches Gespräch mit dem Arzt über die zu verschreibenden Medikamente. Dieser Wunsch bekommt in allen Regionen, in denen Planungszellen stattfanden, ungefähr die Hälfte der abgegebenen Punkte.

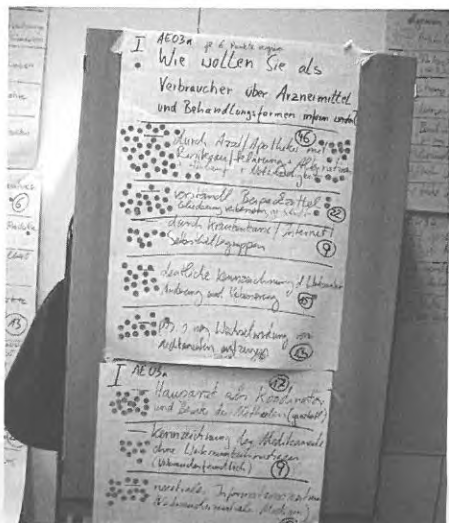
Der Arzt solle sich mehr Zeit nehmen und regelmäßig auch Alternativtherapien anbieten. Notwendig sei auch mehr Beratung, wenn es um Vorsorge zur Vermeidung von Krankheiten geht. Insbesondere wünschen sich die Bürger mehr Informationen vom Arzt über Naturheilmittel, eine bessere Aufklärung vor Operationen und mehr Informationen über die Nebenwirkungen von Arzneimitteln. Der Hausarzt soll zu einem gesundheitlichen Berater werden und alle Behandlungsmethoden koordinieren und im Blick behalten.

An zweiter Stelle steht der Wunsch nach verständlichen Beipackzetteln. Es geht den Bürgergutachtern hierbei um eine gut lesbare Schrift, nicht zu klein, und eine bessere Gliederung des Textes (eine Seite allgemeinverständlich für den Patienten, eine Seite Fachinformation für den Arzt oder Apotheker). Die Häufigkeit der aufgetretenen Nebenwirkungen sollte mit Prozentangabe erfolgen, um deren Wahrscheinlichkeit besser einschätzen zu können. Nur in Tirschenreuth liegt dieser Punkt an dritter Stelle. Der zweitwichtigste Vorschlag ist in Tirschenreuth, dass Altarzneimittel ohne Zulassung sofort vom Markt genommen werden müssten. Diese Forderung wird allerdings nur dort erhoben.

Viel Zustimmung in den Planungszellen findet das Verlangen nach mehr Informationen in den Medien über Arzneimittel und deren Wirkungen. Hier denken die Bürgergutachter an Medizinsendungen im Fernsehen, die über die Zusammenhänge aufklären sollen, aber auch an Informationsbroschüren und Internetangebote von öffentlichen Stellen, die entsprechende Informationen zur Verfügung stellen könnten. Vorstellbar ist für die Bürger die

Wie wollen Sie als Verbraucher über Arzneimittel und Behandlungsformen informiert werden?	Punkte
Persönliches, ehrliches Gespräch mit Arzt/Hausarzt über Medikamente	1095
Verständliche Beipackzettel	346
Mehr Aufklärung über die Medien	224
Gute Beratung durch Apotheker (evtl. als Pflicht)	124
Unabhängige medizinische Verbraucherberatung einrichten	52
Vergleichsmöglichkeiten und Kostentransparenz bei Medikamenten	51
Altarzneimittel ohne Zulassung sofort vom Markt nehmen	39
Information durch die Krankenkassen auch über Alternativmedizin	33
Mehr Entscheidungsfreiheit für die Patienten bei Alternativmedizin	29
(Weitere Einzelforderungen)	(107)
Summe	2100

Einrichtung einer unabhängigen medizinischen Verbraucherberatung, die beispielsweise bei den Gesundheitsämtern installiert werden könnte. Wichtig finden die Gutachter eine kompetente Beratung durch den Apotheker, dies sollte unter Umständen sogar zur Pflicht gemacht werden. Die Teilnehmer der Planungszellen fordern insgesamt mehr Auswahlmöglichkeiten bei medizinischen Therapien. So sollten alternative Behandlungsmethoden stärker ins Blickfeld kommen. Auch die Krankenkassen müssten sich dabei stärker beteiligen und ihre Mitglieder informieren.



Arzneimittelsicherheit

6

Die Sicherheit von Arzneimitteln soll nach der überwiegenden Meinung aller Bürgergutachter verbessert werden durch eine verstärkte neutrale Prüfung und Kontrolle von Medikamenten. Medikamente ohne nachgewiesene Wirkung müssten schneller vom Markt genommen werden.

Es wird die Einführung eines Patientenpasses gefordert. Darin sollten alle Informationen enthalten sein, die es erlauben unnötige Doppelverschreibungen und Doppelbehandlungen zu vermeiden. Besonders wichtig sei dies für chronisch kranke Patienten. Die Gutachter fordern des Weiteren eine bessere Kontrolle der Arzneimittelindustrie und eine möglicherweise verpflichtende Weiterbildung von Ärzten und Apothekern. Diese müsse unabhängig von entsprechenden Angeboten der Pharmaindustrie erfolgen. Die Bürger wünschen sich mehr Unterstützung für eine unabhängige Forschung und die Förderung der Naturheilkunde. Der Arzt sollte nicht einfach nur ein Medikament verschreiben, sondern er müsse sich auch im Rahmen einer Nachuntersuchung darum kümmern, ob durch das Medikament Nebenwirkungen oder Wechselwirkungen mit anderen Mitteln aufgetreten sind. Der Arzt soll also nicht nur verschreiben, sondern auch die Wirksamkeit des Medikaments überprüfen. Neben der Einführung einer Positivliste ist es vielen Bürgergutachtern ein Anliegen, dass die Regressmöglichkeiten gegenüber Ärzten und Krankenhäusern verbessert werden. Einige Bürger wünschen sich im Fall einer Schädigung eine Umkehr der Beweislast, das heißt der Hersteller des Medikaments soll beweisen müssen, dass sein Medikament nicht an der Schädigung Schuld ist und nicht der betroffene Patient.

Was sollte der Staat tun, um die Sicherheit von Arzneimitteln allgemein zu verbessern?	Punkte
Bessere neutrale Prüfung und Kontrolle von Medikamenten	819
Patientenpass einführen	209
Politik soll Pharmaindustrie besser kontrollieren	135
Unabhängige und möglicherweise verpflichtende Weiterbildung von Ärzten und Apothekern	121
Mehr Gelder für eine unabhängige Forschung	117
Unabhängige medizinische Verbraucherberatung einrichten	94
Förderung der Naturheilkunde	73
Positivliste einführen	70
Beweislastumkehr einführen	65
Regelmäßige ärztliche Nachuntersuchung auf Neben- und Wechselwirkungen nach einer Verschreibung	49
Regressmöglichkeiten gegen Ärzte und Krankenhäuser verbessern	43
Striktere Importkontrolle für Arzneimittel	37
Werbeverbot für Arzneimittel	32
Geregelte Zusammenarbeit zwischen Schulmedizin und Homöopathie	30
Höheres Arzthonorar bei Beratung als Motivation	30
Naturheilmittel anerkennen	29
(Weitere Einzelforderungen)	(121)
Summe	2074

Arbeitseinheit 04

Landwirtschaft und Ernährung

Die Landwirtschaft ist das erste Glied in der Kette, die vom Boden bis in die Menschen hinein reicht. Sie steht daher im Mittelpunkt dieser ersten Arbeitseinheit im Themenblock „Ernährung“. Dabei steht die Landwirtschaft auch stellvertretend für Gartenbau und Fischerei. Durch Referenten wurden die Teilnehmer über die jeweiligen Vor- und Nachteile von „konventionellem“ und „ökologischem“ Landbau informiert. In der anschließenden Kleingruppenarbeit beantworteten die Bürgergutachter die Frage „Was soll der Staat machen, damit die Landwirtschaft Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt?“

Die Bürger fordern in ihrer Mehrheit verstärkte Kontrollen nicht nur im landwirtschaftlichen Betrieb, sondern auch bei Tierärzten und Futtermittelherstellern. Zudem verlangen sie mehr Informationen über das, was in der Landwirtschaft passiert, denn als Verbraucher ist es ihnen wichtig die Produktionswege von Nahrungsmitteln nachvollziehen zu können. Dazu gehören ein vollständiger Herkunftsnachweis und eine — allerdings begrenzte und damit noch überschaubare — Zahl von Gütesiegeln. In diesen Hauptforderungen waren sich die Teilnehmer der Planungszellen an allen fünf Orten einig.

Als Grundlage einer Versorgung mit gesunden Lebensmitteln soll nach dem Willen einiger Bürgergutachter zudem der ökologische Landbau zusammen mit artgerechter Tierhaltung eine größere Bedeutung erhalten. Die Forderung nach artgerechter Tierhaltung wurde überproportional stark in München erhoben, das vollständige Verbot der Massentierhaltung besonders in Tirschenreuth. In diesem Zusammenhang wird in Tirschenreuth auch vor allem der vorbeugende Einsatz von Medikamenten bei Tieren kritisiert. Die Produkte sollten nach der Meinung einer bedeutenden Zahl der Gutachter in der Region, in der sie erzeugt wurden auch vermarktet werden. Das bedeutet mehr Transparenz, kurze Transportwege und Frische der Produkte.

Was soll der Staat machen, damit die Landwirtschaft Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt?

	Punkte
Mehr unabhängige Kontrollen in der Landwirtschaft, bei Tierärzten, bei Erzeugern und Futtermittelherstellern	599
Mehr Verbraucherinformationen über Landwirtschaft	404
Nachvollziehbare Wege in der Produktion von Lebensmitteln	399
Förderung des ökologischen Landbaus	378
Regionalisierung von Landwirtschaft und Vermarktung	319
Artgerechte Tierhaltung	213
Bestehende Fördersysteme überdenken	168
Bessere Importkontrollen für Lebensmittel	141
Angemessene Erzeugerpreise	130
Tiermehlfütterung verbieten/soll verboten bleiben	126
Verbot von Tiertransporten	115
Umstellungshilfen für Qualitätssteigerung	109
Verbot der Massentierhaltung	101
(Weitere Einzelforderungen)	(913)
Summe	4115

Die bestehenden Fördersysteme für landwirtschaftliche Betriebe sollen überdacht werden. Darunter verstehen die Bürger unter anderem eine allgemeine Verringerung der Ausgaben für die Landwirtschaft. Der Rest soll dann gezielter verteilt werden. Insbesondere die Massentierhaltung dürfe nicht mehr subventioniert werden.

Zu den Erwartungen an den Staat gehören weiter eine Verstärkung der Importkontrollen (Kennzeichnung, Beschränkungen, Qualitätsprüfungen), dies wurde mit höchstem Prozentsatz in Dingolfing gefordert, und das Eintreten für angemessene Erzeugerpreise.

Das Vertrauen in die Landwirtschaft scheint also derzeit nicht sehr groß zu sein, sonst würde nicht die unabhängige Kontrolle an erster Stelle der Empfehlungen stehen. Zählt man die Forderung nach nachvollziehbaren Wegen der Produktion von Lebensmitteln hinzu, dann ergibt sich ein deutlicher Schwerpunkt auf einer wirklich „offenen Stalltür“. Der modernen industrialisierten Agrarwirtschaft steht ein sehr großer Teil der Gutachter recht kritisch gegenüber.

PZ 09 Was sollte Staat tun?

	GA 03	P 01	Ges
- Nicht geprüfte Arzneimittel vom Markt nehmen - sofort "inacc." (keine Feststellung) Naturheilmittel	24		Strahlungs
- Umfassende Info über Arzneimittel - zentrale Stelle	5		Mehrfach Bö. Stoffe
- bessere Anwesenheit von Arzt, Hörschönheit bei Erstbesuch (Arzt)	12		Ernährungs system
- Unabhängige Kommission f. Arzneimittel-forschung	7		Luftwa
- Staatl. Fortbildung f. Ärzte u. Apotheker als Pflicht	10		Wasser
- Bewerklasse beim Herstellen v. Arznei.	5		Erde
- Staat mehr Geld in die Arzneimittel-forschung investieren	7		Lebens mittel Wohn
- Kontrollstelle für Geirunddenkmalver-änderung	4		Lä
	11		grü

Arbeitseinheit 05

Bedenkliche Lebensmittelverarbeitung und Zusatzstoffe

In dieser Arbeitseinheit nahmen die Bürgergutachter die Verarbeitung von Lebensmitteln und die darin enthaltenen Zusatzstoffe unter die Lupe. Informationen erhielten sie durch das Referat einer Ökotrophologin (Ernährungs- und Haushaltswissenschaftlerin). Die Arbeitseinheiten 05 und 06 bilden zusammen ein Ganzes. Der erste Teil in 05 beschäftigt sich mit den Vor- und Nachteilen von Formen und Stufen der Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung, außerdem mit den Zusatzstoffen in Lebensmitteln und deren Arten, Wirkungen und der Kennzeichnung. Im zweiten Teil 06 sollten die Gutachter dann Forderungen stellen sowohl an die Kennzeichnung von Lebensmitteln als auch an die Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung.

Am Anfang – vor dem Referat – stand allerdings ein Einzelfragebogen, der in das Thema einführte. Die erste Frage, nach Art und Ort des Essens der Teilnehmer, gab ihnen Gelegenheit, ihre eigenen Gewohnheiten bewusstmachen. Aus den Ergebnissen wird deutlich, dass die meisten Teilnehmer der Planungszelle zu Hause

gegessen haben und ihre Mahlzeit aus den Grundzutaten zubereiteten. Relativ wenige aßen am Arbeitsplatz beziehungsweise in der Kantine und nur eine verschwindend geringe Zahl besuchte ein Schnellrestaurant oder eine Imbissbude.

Die zweite Frage lautete: „Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie Ihre Lebensmittel essen? Haben Sie Vertrauen zu Ihrer Nahrung und deren Hersteller oder Händler?“ Dabei konnten verschiedene Betriebstypen des Lebensmitteleinzelhandels bewertet werden. Vorgegeben waren Supermarkt, Discounter, örtlicher Metzger, örtlicher Bäcker und Bioladen (Vollständigkeit war nicht angestrebt). Andere Betriebstypen konnten ergänzt werden.

Das höchste Vertrauen genießen Lebensmittel aus Eigenproduktion. Am häufigsten und in den unterschiedlichsten Varianten wurde – ebenfalls zusätzlich – der Direktbezug ab Hersteller genannt, dem ein sehr großes Vertrauen entgegengebracht wird. Allein die beiden ersten Münchner Planungszellen (07 und 08) erwähnen diese Bezugsquelle nicht.

Der Fast-Food-Bereich schneidet im Vertrauensdurchschnitt derjenigen, die ihn zusätzlich erwähnt haben, absolut am schlechtesten ab. Besonders Teilnehmer aus München, Krumbach und Erlangen scheinen gegenüber dem Fast-Food-Bereich kritisch eingestellt zu sein. Allgemein ist das Vertrauen mittelgroß, das in Lebensmittelbetriebe gesetzt wird.

Nach dem Referat und den Fragen dazu bearbeiteten die Kleingruppen das Thema in zwei Arbeitseinheiten. In der Arbeitseinheit 05 ging es um die Beurteilung von Produktionsarten und Inhalts- und Zusatzstoffe, die als bedenklich eingestuft werden. (In der Arbeitseinheit 06 folgten Anforderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln und schließlich weitere und allgemeine Empfehlungen für die Lebensmittelproduktion).

Wie oft haben Sie in der letzten Woche (vor den Planungszellen) ungefähr:

	Durchschnitt
in einer Gaststätte gegessen?	0,9
ein Gericht aus den Grundzutaten (keine Fertigwaren) selbst zubereitet und gegessen?	5,8
in einem Fast-Food-Restaurant gegessen?	0,2
Lebensmittel aus kontrolliert ökologischen Anbau verzehrt?	1,9
daheim gegessen?	7,8
an einer Imbissbude oder dergleichen gegessen?	0,2
in einer Kantine oder am Arbeitsplatz gegessen?	1,1
ein Fertiggericht zuhause zubereitet	0,7

**Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie Ihre Lebensmittel essen?
Haben Sie Vertrauen zu Ihrer Nahrung und deren
Hersteller oder Händler?**

	Tirschenreuth	Dingolfing	München	Krumbach	Erlangen	Gesamt
allgemein	1,9	1,9	2,1	2,0	2,0	2,0
bei Lebensmitteln vom Supermarkt	2,1	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2
bei Lebensmitteln vom Discounter (Aldi, Lidl usw.)	2,0	2,0	2,3	2,2	2,2	2,1
bei Lebensmitteln vom örtlichen Metzger	1,3	1,3	1,6	1,6	1,5	1,5
bei Lebensmitteln vom örtlichen Bäcker	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,4
bei Lebensmitteln vom Bioladen	1,6	1,8	1,5	1,5	1,6	1,6
bei Lebensmitteln direkt vom Hersteller	1,1	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2
bei Lebensmitteln vom Wochenmarkt	k.A.	k.A.	1,0	1,0	1,4	1,1
bei Lebensmitteln aus Eigenproduktion	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
bei Lebensmitteln vom spezialisierten Laden	k.A.	k.A.	1,4	1,2	k.A.	1,3
bei Lebensmitteln aus dem Fast-Food-Bereich	k.A.	1,5	k.A.	3,0	k.A.	2,3
bei sonstigen Lebensmitteln (Kantine, Versand, Wasser)	k.A.	k.A.	k.A.	1,8	1,0	1,4

1 = großes Vertrauen, 2 = mittleres Vertrauen, 3 = kein Vertrauen, k.A. = keine Angabe



Bedenkliche Herstellungsweisen von Lebensmitteln

Gegen die industrielle Herstellung von Lebensmitteln haben die teilnehmenden Bürger die meisten Bedenken. Diese Sicht der Dinge zieht sich durch alle Planungszellen und wird nur noch in Krumbach und Erlangen übertroffen von der Kritik an der Gentechnik im Zusammenhang mit der Herstellung von Lebensmitteln.

Nimmt man Aussagen zu bestimmten Konservierungsverfahren oder künstlichen Zusatzstoffen hinzu, dann wird daraus ein breites Misstrauen der Bürgergutachter gegenüber der Lebensmittelindustrie deutlich.

"Welche Herstellungsarten von Lebensmitteln erscheinen Ihnen bedenklich?"	Punkte
Industrielle Herstellung	532
Gentechnik	395
Bestimmte Konservierungsverfahren, besonders die Bestrahlung von Lebensmitteln	369
Nicht artgerechte Tierhaltung	209
Nicht nachvollziehbare Herstellung (Importware)	163
Zuviel Einsatz von Chemie (Dünger, Pestizide usw.)	108
Nicht amtlich kontrollierte Herstellungsverfahren	84
Künstliche Zusatzstoffe	62
Immer weitere Entfernung vom Naturprodukt	58
Überlange Transportwege	45
(Weitere Einzelforderungen)	(144)
Summe	2169

Bedenkliche Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln

6

Nach Ansicht der Bürger, das zeigt die lange Liste der bedenklichen Zusatzstoffe, verfälscht die Industrie zunehmend die ursprüngliche Qualität und den Geschmack der Lebensmittel. Die Verbraucher bekommen nicht mehr das Original, sondern nur noch eine aufbereitete Kopie vorgesetzt, die dann durch die Vielzahl der Zusatzstoffe zumindest bei Teilen der Bevölkerung möglicherweise sogar Gesundheitsschäden hervorrufen kann.

In den Blick der Gutachter kommen aber auch manche Produzenten. Durch nicht artgerechte Tierhaltung und den verbotenen Einsatz von Mastbeschleunigern wie Hormonen und Antibiotika tragen sie in den Augen der teilnehmenden Bürger ihren Teil bei zu einer Nahrung, die sich immer weiter vom Naturprodukt entfernt. Dieses naturnahe, ungeschönte Produkt ist offensichtlich für sehr Viele das Ideal eines guten und vertrauenswürdigen Lebensmittels.

"Welche Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln erscheinen Ihnen bedenklich?"	Punkte
Künstliche Zusatzstoffe allgemein (Emulgatoren, Stabilisatoren etc.)	359
Geschmacksverstärker	261
Unnatürliche Konservierungsstoffe	241
Inhaltsstoffe mit E-Nummern	219
Künstliche Farbstoffe	152
Genmanipulierte Zusatzstoffe	133
Künstliche Aromastoffe	115
Medikamente/Hormone	113
Artfremde Stoffe (Horn, Haare, Stroh)	101
Nicht kontrollierte Inhaltsstoffe	85
Zuviel Einsatz von Chemie (Herbizide, Fungizide, Pestizide, Insektizide)	48
(Weitere Einzelforderungen)	(71)
Summe	1898

Arbeitseinheit 06

Die Arbeitseinheiten 05 und 06 bilden fast eine Einheit. Im vorigen Teil ging es darum, welche Arten der Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung und welche verwendeten Zusatzstoffe kritisch gesehen werden. Im Mittelpunkt dieser Gruppenarbeit standen die Forderungen sowohl an die Kennzeichnung von Lebensmitteln als auch an ihre Be- und Verarbeitung. Fragen der Landwirtschaft und der Lebensmittelhygiene und -überwachung sollten nicht behandelt werden, da sie in den Arbeitseinheiten 04 und 07 genauer betrachtet wurden.

Forderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln

"Bitte sammeln Sie Ihre wichtigsten 5 Forderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere im Hinblick auf Zusatzstoffe"

	Punkte
Leicht verständliche, klare und übersichtliche Angabe von Inhaltsstoffen (evtl. auch Prozentangabe)	1119
Angabe von Herkunftsland und Produktionsort der Zutaten	360
Alle Inhaltsstoffe aufführen	333
Auskunft bei offen verkauften Lebensmittel (mündlich oder schriftlich durch Aushang)	270
Gut sichtbares Herstellungs- und Verfallsdatum an einheitlicher Stelle	244
Gen-Food besser kennzeichnen	243
Angabe der Herstellungsart	232
Konsequenterer staatliche Kontrolle über Korrektheit von Inhaltsangaben	151
Keine irreführenden Zeichen und Logos auf Verpackungen	112
Jeweils Bedenklichkeit für Allergiker, Diabetiker, Alkoholiker und Kinder angeben (Gesundheitswarnung)	109
Betonte Kennzeichnung von Geschmacksverstärkern, künstlichen Farb- und Aromastoffen	98
Mehr Aufklärung (auch durch die Hersteller durch Broschüren, Telefon-Hotline etc.)	93
Zuverlässiges und einheitliches Prüfsiegel	78
Bei Fleisch und Fisch: Art der Tierhaltung/Fütterung angeben	70
(Weitere Einzelforderungen)	(416)
Summe	3928

Kennzeichnung von Lebensmitteln

6 Neben der leicht verständlichen, klaren und übersichtlichen Angabe von Inhaltsstoffen — dies nicht nur in absoluter Mengenangabe, sondern unter Umständen auch in Prozent — ist den Teilnehmern der Planungszellen vor allem wichtig, dass Herkunftsland und Produktionsort der Zutaten genannt werden. Zudem sollten wirklich alle Inhaltsstoffe aufgeführt werden. Kritisiert wird von den Bürgern die Verschlüsselung von Zutaten durch E-Nummern auf der Verpackung, die es dem normalen Verbraucher unmöglich machen, die Zusatzstoffe einzuordnen.

Verpackung kein falscher Eindruck erweckt werden soll. Als Beispiel nannten die Bürger die Abbildung einer Kuh auf der Verpackung eines Sojaprodukts.

Wichtig sind den Bürgergutachtern auch Informationen beim offenen Verkauf von Lebensmitteln. Dies könne mündlich erfolgen im Rahmen einer kompetenten Beratung durch das Verkaufspersonal oder durch einen Aushang im Geschäft, der ausführlich und verständlich über alle Zutaten und Zusatzstoffe informiert.

Stark vertreten wurde in den Planungszellen zudem die Forderung, neben dem Mindesthaltbarkeitsdatum auch das Herstellungsdatum gut sichtbar und an einheitlicher Stelle auf der Verpackung zu vermerken. Außerdem sollten die Herstellungsart genannt und Gen-Food besser gekennzeichnet werden.

Es ist eine Aufgabe des Staates, die Korrektheit von Inhaltsangaben konsequenter zu kontrollieren. Es müsse ferner daran gedacht werden, die Bedenklichkeit bestimmter Inhaltsstoffe für Allergiker und Diabetiker auf der Verpackung zu vermerken, vielleicht durch einen entsprechenden Warnhinweis. Besonders kritisch wird von einigen Planungszellen gesehen, dass es in bestimmten Produkten versteckten Alkohol gibt. Dies sei gefährlich für Alkoholiker und Kinder, vor allem wenn der Alkohol in Kinderprodukten verwendet wird. Auch hier soll es in den Augen der Bürgergutachter zumindest einen Warnhinweis geben. Die Ablehnung irreführender Zeichen und Logos bedeutet, dass auf der

Lebensmittelbe- und -verarbeitung

Die mit Abstand wichtigsten Forderungen der Gutachter an die Lebensmittelverarbeitung sind die Regionalisierung und verstärkte Kontrollen auch der Importe. Unter Regionalisierung verstehen die Bürger die Nutzung regionaler Produkte. Was in einer bestimmte Region erzeugt wird, sollte auch den Menschen vor Ort angeboten und nicht über lange Strecken quer durch Deutschland und Europa transportiert werden. Dies umfasst zudem eine Stärkung der Direktvermarktung. Bemängelt wird die Hygiene in der Produktion von Lebensmitteln. Hier wird mehr Sorgfalt gefordert. Die Industrie und überhaupt jeder Produzent müsse Wert legen auf eine schonende Verarbeitung und Konservierung der Lebensmittel, damit essentielle Nährstoffe den Produktionsprozess überstehen.

Durchgehend kritisiert wurden die vielen chemischen Zusätze in Lebensmitteln wie Geschmacksverstärker und künstliche Farb- und Aromastoffe. Hier wird ein Verbot oder zumindest eine Reduzierung verlangt. Ziel ist ein möglichst naturnahes Lebensmittel.

Wichtig sind den Bürgern zudem ein klarer Herkunftsnachweis aller Bestandteile und die Reduzierung der Verpackungsmasse. In jedem Fall sollten Verpackungen umweltverträglich sein. Allgemein wünschen die Bürger mehr Transparenz bei Produktion und Transportwegen, so könnte auch verhindert werden, dass bedenkliche Ware verwendet wird, zum Beispiel dass faules Obst bei der Herstellung von Säften nicht vollständig aussortiert wird.

Insgesamt erwarten die Bürger von der Industrie, dass diese mehr unbelastete Lebensmittel herstellt. Bio-Produkte dürfe es nicht nur im Bio-Laden geben, sondern das Bestreben sollte sein, die Qualität der breiten Masse von Nahrungsmitteln anzuheben.

Forderungen an die Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung

"Bitte formulieren Sie weitere 5 Forderungen an die Lebensmittelbe- und -verarbeitung"

	Punkte
Regionalisierung (regionale Produkte, kurze Transportwege, Direktvermarktung)	608
Mehr Kontrollen (unangemeldet, auch der Importe)	574
Schonende Verarbeitung und Konservierung	344
Mehr Hygiene bei der Verarbeitung	317
Verbot oder zumindest Begrenzung nicht unbedingt notwendiger chemischer Zusätze (Geschmacksverstärker, künstliche Farb- und Aromastoffe)	279
Klarer Herkunftsnachweis für alle Bestandteile	278
Verpackungen reduzieren und mehr umweltverträgliche Verpackungen	220
Transparenz bei Produktion und Transportwegen	216
Industrie soll mehr unbelastete Lebensmittel herstellen (Bio nicht nur im Bioladen)	202
Verbot gentechnisch veränderter Lebensmittel	167
Artgerechte Tierhaltung	167
Keine bedenkliche Ware verwenden (z. B. faules Obst für Säfte)	133
(Weitere Einzelforderungen)	(610)
Summe	4115

6

Bemängelt wurde von den Bürgergutachtern die mangelnde Frische vieler Produkte in Handel und Gastronomie, hier gebe es für die Beteiligten noch viel zu tun. Durch ehrliche Werbung und Information und den Verzicht auf Bestrahlung von Lebensmitteln könnten Industrie und Produzenten ihre Glaubwürdigkeit erhöhen und Vertrauen gewinnen.

In dieser Arbeitseinheit ergaben sich bei den Forderungen kaum wesentliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen, in denen Planungszellen stattfanden.

Intensivere Kontrollen wurden dabei besonders von den Teilnehmern in München und Erlangen gefordert, während die Gutachter in Krumbach die Transparenz von Produktion und Transportwegen hervorhoben. In Dingolfing und Tirschenreuth wurde die Regionalisierung des Lebensmittelmarkts stärker gefordert. Insgesamt ist bei diesen Fragen eine ziemliche Gleichverteilung der Forderungen zu erkennen.



Arbeitseinheit 07

Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelhygiene

In der Arbeitseinheit 07 beschäftigten sich die Bürgergutachter mit der Frage der Lebensmittelüberwachung und -sicherheit. Mitarbeiter der örtlichen Lebensmittelüberwachungsbehörden hatten sich bereit erklärt, die Bürger in einem Vortrag über die wesentlichsten Probleme und Vorgehensweisen zu unterrichten. Zudem ist jeder Planungszellenteilnehmer selbst in der Lage, aus seiner Lebenserfahrung heraus zu beurteilen, welche Mängel in bestimmten Bereichen von Handel und Gastronomie bestehen.

Mängel der Lebensmittelhygiene und -qualität

Das aus eigener Erfahrung als Konsument festgestellte Hauptproblem bei der Lebensmittelhygiene sehen die Bürgergutachter darin, dass das Personal sich nicht an die entsprechenden Vorschriften und Empfehlungen hält. Gemeint ist dabei vor allem die Beobachtung, dass zum Beispiel in Bäckereien die Waren mit der Hand anstatt mit einer Zange angefasst werden und dass auf den Boden gefallene Backwaren wieder aufgehoben und verkauft werden. Ein großes Manko sehen die Gutachter auch in der Tatsache, dass das Personal für Kasse und Bedienung nicht getrennt wird. Zumindest müsste dafür Sorge getragen werden, dass nicht zuerst Geld angefasst wird und dann die Lebensmittel. Die Bürger kritisieren auch das Reinigen und Fegen des Verkaufstraums beziehungsweise der Verkaufstheke während die Waren noch ausliegen, zum Beispiel kurz vor Geschäftsschluss.

Zählt man zu diesem Punkt noch die anderen Mängelrügen hinzu, die mit dem Faktor Mensch zu tun haben (zum Beispiel falsche Lagerung von Lebensmitteln, verdorbene Ware im Regal, mangelnde Sauberkeit von Gläsern und Geschirr, Verwendung von altem Frittierfett, mangelnde Hygiene in der Küche), dann wird die Einhaltung beziehungsweise Nichteinhaltung der Hygienevorschriften durch das Personal in Handel und Gastronomie zum entscheidenden Kritikpunkt. In diesem Bereich muss also in den Augen der Bürger noch verstärkt gearbeitet werden.

Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in Bayern gibt es dabei kaum. So wird zwar in Erlangen etwas deutlicher die falsche Lagerung von Lebensmitteln kritisiert. Bei der Kritik am Verbleib verdorbener Lebensmittel im Regal gibt es aber in allen Regionen dieselbe Zustimmung.



Mängel bei der Lebensmittelhygiene in Handel und Gastronomie

"Welche Mängel der Lebensmittelhygiene und -qualität sind Ihnen selbst schon in Handel und Gastronomie aufgefallen?"

Punkte

Verkaufspersonal hält Hygienevorschriften nicht ein	770
Verdorbene oder abgelaufene Ware im Regal	307
Falsche Lagerung von Lebensmitteln (unterbrochene Kühlkette etc.)	248
Mangelnde Sauberkeit von Gläsern und Geschirr	155
Verwendung von Altfett und altem Frittierfett	90
Ungeziefer in Lebensmitteln und Verpackungen	56
Selbstbedienung bei Obst und Gemüse ist nicht hygienisch	52
Allgemein fehlende Sauberkeit in Handel und Gastronomie (Schmutzige Räume, dreckige Kleidung etc.)	52
Mangelnde Frische der angebotenen Produkte	48
(Weitere Einzelforderungen)	(227)
Summe	2005

Genannt wurde von den Teilnehmern der Planungszellen auch die mangelnde Frische vieler Produkte im Handel und in Gaststätten. Hier gebe es Handlungsbedarf.

Auch die Selbstbedienung bei Obst und Gemüse geriet ins Visier von Bürgergutachtern. Diese sei in der gegenwärtigen Weise nicht unbedingt hygienisch.

Aufgefallen ist einigen Bürgern, dass nicht selten, zufällig oder nicht zufällig, das Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein Preisetikett überklebt wird.

Verbesserung der Lebensmittelüberwachung

Da die Bürger im Verhalten des Personals das Hauptproblem sehen, ist es nicht verwunderlich, dass sie die Lebensmittelüberwachung zu verstärkten Kontrollen aufrufen und dafür mehr Überwachungs-Personal fordern. Dafür sollten auch unkonventionelle Wege beschritten werden, wie zum Beispiel neben einem erweiterten Personalstamm in Spitzenzeiten nur für diesen Zeitraum weiteres Personal zu rekrutieren, eventuell sogar ehrenamtliche Hilfskräfte.

Ein wichtiges Anliegen ist den Bürgern eine „öffentlichere Lebensmittelüberwachung“. Die Lebensmittelüberwachungsbehörden sollten mehr auf die Öffentlichkeit zugehen. Die Teilnehmer der Planungszellen schlagen in diesem Zusammenhang beispielsweise vor: mehr Informationsmaterial für die Bürger, eine verstärkte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Einrichtung einer Telefon-Hotline für Fragen und Beschwerden über Missstände. Denkbar ist auch die Vorlage eines Rechenschaftsberichts in regelmäßigen Abständen.

Konsequenz aus der Kritik der Bürger ist auch der Wunsch, dass die Lebensmittelüberwachung präventiver arbeitet, das heißt auf das Personal in Handel und Gastronomie zugeht und dazu beiträgt, mehr Sensibilität in puncto Hygiene wachzurufen. Die Bürgergutachter halten es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass es für alle Beschäftigten in Handel und Gastronomie, die mit Lebensmitteln umgehen, ein Gesundheitszeugnis gibt mit ärztlichem Attest. Dieses müsse regelmäßig kontrolliert werden.

Zur Sicherstellung der Objektivität der Kontrollen halten die Gutachter eine Rotation des Personals bei der Lebensmittelüberwachung für angebracht, nicht nur innerhalb des Tätigkeitsbereichs einer Behörde, sondern auch über die Stadt oder den Landkreis hinaus.

Des Weiteren werden verständliche und praktikable Gesetze gefordert, die keine Ausnahmen und Schlupflöcher mehr zulassen. Gegen Wiederholungstäter, die immer wieder im Bereich der Lebensmittelüberwachung auffällig werden, sollen härtere Strafen verhängt werden.

Verbesserungsvorschläge für die amtliche Lebensmittelüberwachung "Welche Verbesserungen wünschen Sie sich von der amtlichen Lebensmittelüberwachung?"

	Punkte
Mehr Kontrollen durchführen	497
"Öffentlichere Lebensmittelüberwachung" (Informationen für Bürger und Presse, Rechenschaftsbericht, Hotline für Fragen und Beschwerden etc.)	389
Mehr Personal in der Lebensmittelüberwachung	283
Personal in Handel und Gastronomie sensibilisieren, amtlich belehren, überwachen (auch die Aushilfen)	236
Rotation des Überwachungspersonals (auch zwischen den Städten und Landkreisen)	148
Gesundheitszeugnis mit ärztlichem Attest (regelmäßig kontrolliert) für das Personal in Handel und Gastronomie	146
Misstände konsequenter verfolgen und härter bestrafen	100
Verständliche und durchführbare Gesetze ohne Ausnahmen und Schlupflöcher	99
Härtere Strafen für Wiederholungstäter	69
(Weitere Einzelforderungen)	(63)
Summe	2086

Arbeitseinheit 08

Produktsicherheit am Beispiel der Kleidung

6

Die Arbeitseinheit 08 beschäftigte sich mit Qualität und Sicherheit von Kleidungstextilien als Beispiel für viele andere Produkte allgemein. Gemeint waren hier prinzipiell alle Erzeugnisse, die nicht zu den Lebensmitteln (siehe AE 04-07) und nicht zu den technischen Geräten zu zählen sind. Um von einem konkreteren Beispiel ausgehen zu können, wurden die Kleidungstextilien zuerst behandelt. Im folgenden werden zuerst die Ergebnisse zu den Forderungen an die Kleidungstextilien, dann an Produkte allgemein dargestellt.

Textilien: Qualität und Sicherheit

Die untenstehende Tabelle zeigt in einem Überblick die am häufigsten bepunkteten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Textilien.

Es zeigt sich deutlich, dass die Produkteigenschaften für die Bürgergutachter vorrangig wichtig sind. Zu den gesundheitsgefährdenden Stoffen zählten die Planungszellenteilnehmer auch Chemikalien, die in ihren Augen reduziert werden sollten. Die Unterschiede in dieser Aussage zwischen den Teilprojekten sind nur minimal und können der ausführlichen Tabelle im Anhang entnommen werden.

Die Verbraucher wünschen sich auch eine hohe Qualität hinsichtlich Formbeständigkeit, Verarbeitungsqualität und langfristigen Gebrauch. Von den 360 Punkten bei dieser Aussage kamen 30% aus Erlangen, der Rest teilte sich auf die anderen Teilprojekte auf. Bereits deutlich weniger Punkte erhielten die Aussagen zur Deklaration von Inhaltsstoffen, umweltverträgliche Produktion, keine Kinderarbeit, gutes Tragegefühl und Qualitätsgarantien. Die

genaue Punkteverteilung ist der Tabelle im Anhang zu entnehmen.

Ihre wichtigsten 3 Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Kleidungstextilien	Punkte
keine allergiefördernden/gesundheitsgefährdenden Stoffe	380
Form, Verarbeitung, Haltbarkeit	360
Deklaration der Inhaltsstoffe, Gebrauchsanleitung	162
umweltverträgliche Produktion	135
keine Kinderarbeit	121
gutes Tragegefühl, bequeme Kleidung	114
Qualitätsgarantien, Gütesiegel	112
(Weitere Einzelforderungen)	(642)
Summe	2026

Allgemeine Produktsicherheit

Im Weiteren werden die Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Produkten allgemein erläutert. Die Maßnahmen wurden gruppiert in Forderungen an die Produkteigenschaften, Kennzeichnung und Service, Gesetzgeber, Hersteller und sonstige Forderungen. Bei den am höchsten bewerteten Einzelnennungen zeigt sich ein ähnliches Bild wie bereits bei den Ergebnissen zur Qualität und Sicherheit von Textilien.

Die Verwendung nicht gesundheitsgefährdender Stoffe war den Gutachtern in Dingolfing, München und Erlangen am wichtigsten, die Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und Pflege den Bürgern in Krumbach. In Tirschenreuth wurden Qualitäts- und Gütesiegel am stärksten bewertet. Die Warenkennzeichnung wurde nur von den Krumbachern Bürgergutachtern niedrig bewertet, ansonsten zeigt sich eine gleichmäßig hohe Gewichtung dieser Empfehlung.

Zusammenfassend ergibt sich als klares Ergebnis, das sich die Teilnehmer an den Planungszellen solche Produkte wünschen, die keine oder nur wenig Chemikalien oder gesundheitsgefährdende Stoffe aufweisen. Den Verbrauchern ist es wichtig, dass sie Informationen nicht nur über den Gebrauch von Produkten, sondern auch über die Inhaltsstoffe und über den Hersteller erhalten, was letztlich eine größere Transparenz und Vergleichbarkeit von Produkten bedeutet. Weiterhin sollten Produkte gute Eigenschaften hinsichtlich Formbeständigkeit und Langlebigkeit aufweisen.

Allgemeine Forderungen an die Sicherheit und Qualität von Produkten	Punkte
keine Chemie, keine gesundheitsgefährdende Stoffe	374
Warenkennzeichnung (z.B. Chemikalien, Hersteller) und Benutzungsanleitung	201
Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit, Pflege	174
Qualitäts- und Gütesiegel	168
gutes Preis-Leistungsverhältnis	126
gute Funktionalität	111
umweltverträgliche Produktion	100
(Weitere Einzelforderungen)	(1254)
Summe	1809

Arbeitseinheit 09

Gerätesicherheit am Beispiel der Mobiltelefone

6

Der Themenbereich Produktsicherheit wurde abgeschlossen durch eine Arbeitseinheit, die sich mit dem Verbraucherschutz gegenüber technischen Geräten befasste. Als Beispielprodukt diente das Mobiltelefon. Es ging schwerpunktmäßig nicht um die Sendemasten, sondern um die „Handys“ (tragbare Funkfernsprechgeräte). Die Fachreferate jeweils eines Wissenschaftlers und eines Vertreters der Mobilfunkkritiker führten teilweise bis in Fragen der Erkenntnistheorie und Wissenschaftslehre hinein; die dargestellten Forschungsergebnisse waren recht verschieden.

Als Aufgaben wurden die Fragen gestellt: „Bitte sammeln Sie Ihre 3 wichtigsten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Mobiltelefongeräten“ und „Forderungen an die Sicherheit und Qualität von technischen Geräten generell (bitte wieder die wichtigsten 3)“.

Mobiltelefongeräte

An erster Stelle der Forderungen zur Mobilfunk-Sicherheit steht die unabhängige Forschung. Ob Handys gefährlich sind oder nicht, ist für viele offensichtlich noch nicht genau genug bekannt; einander widersprechende Forschungsergebnisse können nicht befriedigen. Doch auch über Alternativen zu bisherigen Sendeverfahren soll geforscht werden. Über jetzt schon bekannte Gefahren und über die Forschungsergebnisse wollen die Bürger aufgeklärt werden, um verantwortlich entscheiden zu können: in ihrer Rolle als Konsument darüber, ob sie selbst mit solchen Geräten telefonieren, und in ihrer Rolle als Bürger über die Zulassung von Sendeanlagen. Die Sorge gilt dabei besonders den Jugendlichen, die möglicherweise leichter geschädigt werden können und deshalb mehr informiert werden müssen. Dazu wird vorgeschlagen, die Geräte mit Angaben über Strahlungsleistung und mögliche Gefahren zu versehen (Kennzeichnung).

Doch auch jetzt schon fordern Viele, dass die Strahlung vermindert wird. Die Ingenieure sollen Geräte mit weniger

Strahlung entwickeln; der Staat müsse die Grenzwerte senken und neue einführen für alle Bereiche möglicher Wirkungen (zum Beispiel athermische Wirkungen). Zusammen wurden diese beiden Empfehlungen mit etwa einem Viertel der Punkte gewichtet.

Die Sendeeinrichtungen für den Mobilfunk betreffen jeden Bürger, nicht nur die Benutzer von Mobiltelefonen (die Verbraucher sind); sie sind daher beim Verbraucherschutz eher ein Randgebiet. Die Bürgergutachter fanden jedoch, dieses Thema könne nicht einfach abgetrennt werden, es gehöre dazu, und so forderten Einige die Verminderung der Zahl und Strahlung von Sendemasten, eine Genehmigungspflicht mit Bürgerbeteiligung, Sicherheitsabstände und Kontrolle.

Zu den Forderungen der Bürger gehört aber auch mehr Qualität. Diese zeigt sich unter anderem als leichtere Bedienbarkeit, Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit.

Ihre 3 wichtigsten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Mobiltelefongeräten	Punkte
Forschung	494
Strahlungsminimierung	325
Aufklärung	313
Grenzwertminimierung	196
Qualität	138
Nutzungseinschränkungen	78
Kennzeichnung	64
Sonstiges	168
Sendemasten	289
Summe	2065

Sicherheit und Qualität technischer Geräte

Bei den technischen Geräten allgemein denken die Verbraucher zuerst nicht an sich - sondern an die Umwelt. Doch ist auch dieser größte Block, der sich zusammenfassen ließ, mit etwa 13 Prozent der Punkte nicht das hervorstechende Thema; die Palette der Forderungen ist breit, die Bürger haben sich nicht nur für wenige Aspekte entschieden, sondern für viele.

Unter umweltverträglichen Geräten verstehen die Bürger vor allem Geräte, die wenig Energie verbrauchen, auch schon bei der Produktion und im „Stand-by-Betrieb“. Wesentlich ist auch die umweltschonende Entsorgung, die schon bei der Entwicklung berücksichtigt werden soll. Einigen erscheint hier eine

Rücknahmepflicht der Hersteller am besten.

Auch den jeweiligen Benutzer und seine Umgebung dürften technische Geräte nicht gefährden (etwa durch Strahlung oder Entzündlichkeit). Vor allem aber sollen sie funktionieren, und das gut und lang. Sicherheit und Güte könnten geprüft und durch ein Gütesiegel kenntlich gemacht werden - wie übrigens auch der Stromverbrauch, was ja teilweise schon Pflicht ist. Die Verminderung der Strahlenbelastung durch alle technischen Geräte lässt sich als eigener Schwerpunkt neben anderen Aspekten der Sicherheit und Unschädlichkeit festhalten.

Die Sicherheit der Geräte geht vor Wirtschaftsinteressen, wird festgestellt. Besonders die Sicherheit von Kindern

liegt den Gutachtern am Herzen. Deshalb sollen Langzeitwirkungen erforscht und überhaupt die Sicherheit geprüft werden, bevor ein Gerät auf den Markt gebracht wird. Doch auch dann, wenn es schon im Privathaushalt eingesetzt wird, soll es regelmäßig überprüft werden. Auch Importgeräte müssen strenger geprüft werden.

Da aber Gefahren nie ganz auszuschließen sind, erwarten die Bürgergutachter, dass die Verbraucher über Risiken aufgeklärt werden, zum Beispiel über Emissionen und Elektrosmog. Das geht bis hin zu ausdrücklichen Warnhinweisen, etwa für Kinder.

Insgesamt wird die Information stark betont, ob durch Gütesiegel, staatliche und andere unabhängige Informationen oder Gebrauchsanweisungen. Diese sollen verständlicher, groß gedruckt, klar und übersichtlich sein und auf Risiken hinweisen. Viele halten es aber auch für wichtig, dass die Geräte sich überhaupt leicht bedienen lassen.

Die Umweltverträglichkeit und der Nutzen des Verbrauchers steigen durch Geräte, die langlebig und reparierbar sind. Daher wird gefordert, dass sie auch diese Eigenschaften haben sollen.

Forderungen an die Sicherheit und Qualität von technischen Geräten	Punkte
Umweltverträglichkeit	257
Qualitätsstandards	250
Forschung	233
Unbedenklichkeit	231
Aufklärung	192
Verständliche Gebrauchsanweisungen	155
Strahlungsminimierung	139
Langlebigkeit	98
Kontrollen	73
Reparierbar	68
Kindersicherheit	58
Einfache Bedienung	57
(Weitere Einzelforderungen)	(147)
Summe	1958

Arbeitseinheit 10

Besondere Verbrauchergruppen

6

In dieser Arbeitseinheit beschäftigten sich die Bürgergutachter mit den Interessen bestimmter Verbrauchergruppen, die bisweilen in den Planungszellen schwächer vertreten sind und besondere Bedürfnisse haben, also im Wesentlichen Kinder, Jugendliche unter 16 Jahre, Behinderte, Senioren und Ausländer.

Nach Referaten von Vertretern des Sozialverbandes VdK und anderer Vertreter der genannten Gruppen klärten die Planungszellen-Teilnehmer in der Gruppenarbeit für sich die Frage: „Wie soll der Staat helfen, den besonderen Bedürfnissen von Behinderten, alten Menschen, Kindern und Jugendlichen sowie Ausländern im Verbraucherschutz gerecht zu werden?“

Die große Mehrheit aller Bürgergutachter möchte eine konsequentere Umsetzung des Prinzips „Barrierefreiheit“. Das heißt, die Planungszellen-Teilnehmer fordern konkret, dass technische Geräte und bauliche Einrichtungen in Gebäuden behindertengerecht gestaltet werden. Dies gelte auch für die sanitären Einrichtungen. Formulare, Beipackzettel oder Bedienungsanleitungen müssten besser lesbar (größere Schrift) und in verständlicher Sprache abgefasst werden.

Die Einhaltung der Jugendschutzgesetzes muss der Staat nach Ansicht der Gutachter besser überwachen. Die Abgabe von Alkohol und Tabakprodukten an Jugendliche sollte man strenger kontrollieren. Beim Eintritt in Diskotheken

muss strenger auf Drogen und Waffen kontrolliert werden.

Wichtig ist den Bürgergutachtern auch, dass zum Beispiel in Gaststätten oder Diskotheken zumindest einige alkoholfreie Getränke wesentlich billiger angeboten werden als alkoholische Getränke, und das müsse auch deutlich sichtbar gemacht werden.

Auch die Kreditvergabe an Jugendliche sollte stärker überwacht werden.

Der Staat müsse auch die Integration allgemein besser fördern. Eine bedeutende Zahl von Bürgergutachtern fordert eine Ausweitung des Angebots an Deutschkursen für Ausländer. Die Anreize dafür müssten erhöht oder die

Wie soll der Staat helfen, den besonderen Bedürfnissen von Behinderten, alten Menschen, Kindern und Jugendlichen sowie Ausländern im Verbraucherschutz gerecht zu werden?

Punkte

Barrierefreiheit konsequenter umsetzen	903
Jugendschutz schärfer kontrollieren	484
Integration allgemein fördern	474
Beratungsangebote verbessern	291
Durch Kontrollen den Schutz erhöhen	290
Sensibilisierung der Öffentlichkeit, gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme	198
Sozialdienste fördern	176
Mehr gesellschaftliche Anerkennung für Familien (Steuer, Wohnraum, soziales Ansehen)	159
Bürger an der Planung von Maßnahmen beteiligen	153
Anreize für mehr qualifiziertes Personal im Sozialbereich schaffen	137
Eigeninitiative der Menschen unterstützen	137
(Weitere Einzelforderungen)	(476)
Summe	3878

Teilnahme an den Kursen verpflichtend vorgeschrieben werden. Auch ein verpflichtender Deutschunterricht für Ausländerkinder schon im Vorschulalter wird vorgeschlagen. Insgesamt sollte es mehr Orte der Begegnung geben, zum Beispiel Jugendzentren. Behinderte müssten besser in Schulen und Kindergärten integriert werden.

Das Angebot an Beratung sollte erweitert werden. Das bedeutet für die Jugendlichen in den Schulen eine bessere Aids- und Drogenaufklärung, aber auch mehr Informationen über Versicherungs- und Kreditverträge. Die Beratung müsse allgemein besser an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtet werden. So sollte es in Altenheimen oder bei Seniorentreffs informative Vorträge geben, und es sollten Anlaufstellen für Ausländer existieren, die ihnen zum Beispiel bei der Erstellung der Steuererklärung helfen.

Die Planungszellen wünschen sich auch häufigere unangemeldete Kontrollen von unabhängiger Seite in Seniorenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern.

Bei Angeboten von Werbefahrten und Gewinnspielen soll immer ein juristisch Verantwortlicher mit angegeben sein, und die Bürgergutachter wünschen sich ein verlängertes Widerspruchsrecht bei Vertragsabschlüssen.

Sozialdienste und Beratungsverbände wie der VdK sollten mehr gefördert und unterstützt werden. Es müsse zudem mehr getan werden für die ambulante Pflege.

Um diese Aufgaben wahrzunehmen, fordern die Planungszellen, Anreize zu entwickeln für mehr qualifiziertes Personal im Sozialbereich.

Viele Bürgergutachter wollen darüber hinaus, dass die betroffenen Bürger in die Planung von Maßnahmen mit eingebunden werden. Als mögliche Form dafür wurde die Methode „Planungszelle“ vorgeschlagen.

Als Einzelforderung erhielt der Wunsch nach einer Verpflichtung von Arbeitslosen zum Sozialdienst eine hohe Punktzahl.



Arbeitseinheit 11

Werbung

In der Arbeitseinheit 11 beschäftigten sich die Bürgergutachter mit der Werbung und deren Umfang, Bedeutung und Wirkungen.

6 Nach dem Referat eines Werbeexperten bearbeiteten die Planungszellenteilnehmer in fünf zufällig zusammengesetzten Kleingruppen das Themenfeld Konsumgüterwerbung und Verbraucherschutz.

Die Bürgergutachter fordern insgesamt eine Begrenzung der von ihnen kritisierten Werbeflut. Sie sehen durch eine weiter zunehmende Werbung ihre Entscheidungsfreiheit eingeengt. Deshalb fordern sie verschiedene Begrenzungsmaßnahmen. Eine bedeutende Anzahl ist der Meinung, dass 0190-Nummern verboten werden müssten. Außerdem wurde geäußert, dass Fernsehsendungen nicht durch Werbung unterbrochen werden sollten, zumindest müsste es mehr werbefreie Zeiten geben und Werbebeiträge sollten nicht lauter sein als die Fernseh- oder Radiosendungen, zwischen denen sie gesendet werden. Über E-Mail und SMS dürfe es überhaupt keine Werbung geben. Krankenkassen und Versicherungen sollten in den Augen der Bürgergutachter lieber die Beiträge senken als Werbung zu finanzieren.

Vorgebracht wurde auch noch der Wunsch, dass die sogenannte „Quengelgasse“, bei der für Kinder besonders verführerische Artikel in Augenhöhe angeboten werden, im Handel abgeschafft wird. Werbung dürfe zudem nicht mit Scheingewinnen locken. In

manchen Planungszellen wurde auch ein Verbot der unaufgeforderten Zusendung von Werbung gefordert.

Die Werbung soll des Weiteren nach der überwiegenden Mehrheit der Bürgergutachter das Produkt nicht suggestiv verfälschen, sondern wirklich darüber informieren. Werbung sollte der Meinung der Planungszellenteilnehmer nach nicht den Eindruck erwecken, manipulieren zu wollen. Das beinhaltet, dass bestimmte Produkte in ihrer Problematik nicht verharmlost werden, zum Beispiel bei der Werbung für Medikamente, und dass keine totale Machbarkeit vorgegaukelt wird. Es soll mehr Risikohinweise geben, damit der mögliche Käufer des Produkts wirklich einschätzen kann, was er kauft. Um dies alles sicherzustellen, wurden mehr Kontrollen gefordert.

Die Bürgergutachter wollen mit deutlichem Stimmenanteil keine Kinder als Werbeträger eingesetzt sehen, zudem sollten Kindersendungen werbefrei gehalten werden. Einige Planungszellen wollen jegliche Werbung verbieten, die Kinder als Zielgruppe hat.

Konsumgüterwerbung und Verbraucherschutz	Punkte
Werbung insgesamt begrenzen	1566
Keine irreführende Werbung	638
Besserer Schutz für Kinder	577
Verbot oder zumindest Reduktion von Suchtmittelwerbung (Alkohol, Nikotin etc.)	353
Bessere Aufklärung über die Werbung und deren Methoden	267
Werbung soll nicht unrealistische Idealbilder erzeugen	199
Mehr Kontrolle für die Werbung	129
Verbot der Weitergabe persönlicher Daten der Bürger zu Werbezwecken	96
(Weitere Einzelforderungen)	(276)
Summe	4101

Eine deutliche Mehrheit der Bürgergutachter fordert ein Verbot jeglicher Werbung für Suchtmittel wie Alkohol und Nikotin. Andere wollen zumindest eine Beschränkung.

Die Bürger wünschen sich mehr Aufklärung über die Werbung und ihre Methoden. Schon in der Schule sollten die jungen Menschen zu selbständigem Denken und eigenverantwortlichem Handeln erzogen und befähigt werden. Der richtige Umgang mit Werbung müsse erlernt werden.

Werbung soll nach der Meinung der Planungszellenteilnehmer deutlicher auf Gesundheitsrisiken hinweisen, die durch die Benutzung der Produkte entstehen können. Die Gutachter wollen einen Schutz vor ideologischer Beeinflussung durch Werbung und eine Aufklärung, die den selbstbewussten Verbraucher möglich macht.

Die Bürgergutachter stört, dass in der Werbung immer nur Schönheit und Erfolgsstreben im Vordergrund stehen. Dies wecke unerfüllbare Wünsche und führe auch zu Fehlentwicklungen wie zunehmenden Essstörungen.

Wichtig ist den Bürgern eine Eindämmung der verdeckten Werbung (Schleichwerbung), vor allem solcher für gesundheitsschädliche Produkte wie Alkohol und Nikotin. Des Weiteren herrscht in den Planungszellen Unzufriedenheit mit der Weitergabe persönlicher Daten zu Werbezwecken („Adressenhandel“). Dies müsse unterbunden werden.

In einigen Planungszellen wurde zudem die Forderung erhoben, in der Werbung weniger Anglizismen zu verwenden und auf gutes Deutsch zu achten.

Arbeitseinheit 13

Eigenverantwortung der Verbraucher

6

In dieser Arbeitseinheit gingen die Bürgergutachter der Frage nach, was sie selbst tun wollen, um zu einem besseren Verbraucherschutz beizutragen, jenseits von Forderungen an Staat und Gesellschaft.

Ohne vorher einen Referenten zu hören, beschäftigten sich die Teilnehmer unmittelbar in der Gruppenarbeit mit der Frage „Was sollen die Bürger selbst tun?“

Insgesamt bewusster einzukaufen ist für die Teilnehmer der Planungszellen der wichtigste Baustein für das eigenständige Handeln des Verbrauchers. Es müsste mehr Wert gelegt werden auf eine kritische Auswahl der Lebensmittel und auf mehr Frische. Fertigprodukte sollten gemieden werden. Auf ein gutes Preis-Leistungsverhältnis sei zu achten und ebenso auf eine kompetente Beratung.

Eigeninitiative zu entwickeln ist den Bürgergutachtern wichtig, weil sich zum Beispiel zusammen mit anderen Interessen besser durchsetzen lassen. Man müsste den Mut aufbringen, sich mit Kritik gleich an den Produzenten oder Hersteller zu wenden und auf Politiker einzuwirken. Auch forderten viele Gutachter, den Alltag umweltbewusster zu gestalten, zum Beispiel den Müll konsequenter zu trennen oder besonders auf recyclingfähige Produkte zu achten.

Der Anfang aber sollte schon bei den Kindern gemacht werden, indem man sie zu kritischen und rücksichtsvollen Verbrauchern erzieht. Dabei müssten die Erwachsenen aber mit gutem Beispiel vorangehen und Vorbild sein.

Viele Bürgergutachter messen der Information einen besonderen Stellenwert bei. Beipackzettel sollten genauer gelesen werden. Es wäre gut, die Verbraucherzentralen bei Problemen oder Fragen schneller einzuschalten. Allgemein müssten neutrale und fundierte Informationsangebote besser genutzt und beachtet werden.

Eine Tendenz zeichnete sich ab, auch regionale Produkte stärker zu bevorzugen und regionale Erzeuger mehr zu nutzen (Märkte, Hofläden). Dies selbst dann, wenn es etwas mehr kosten sollte.

Durch ein bewussteres Leben und einen bewussteren Umgang mit Produkten, seien es technische Geräte oder Arzneimittel, wollen viele Gutachter selbst ihren Beitrag zum Verbraucherschutz leisten. Auf eine gesunde Lebensweise zu achten, Sport zu treiben ist für etliche Bürger ein Weg, Eigenverantwortung zu übernehmen. Außerdem sollten gesundheitliche Risiken wie Stress möglichst vermieden werden.

Eine weitere Idee der Planungszellen-Teilnehmer war es, die eigene Verbrauchermacht zu stärken. Dazu bedürfte es zuerst einer Bewusstwerdung der eigenen Möglichkeiten. So ist es für manche nicht unvorstellbar, bedenkliche Produkte schlicht zu boykottieren.

Für viele Bürgergutachter war es bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass es eines Wertewandels bedürfte. Der zunehmende Konsum sollte hinterfragt werden und ursprüngliche Werte müssten mehr gepflegt werden. Auf diese Weise könne die Lebensqualität zunehmen.

Was sollen die Bürger selbst tun?	Punkte
Bewusster einkaufen	716
Eigeninitiative entwickeln	485
Kinder zu kritischen und rücksichtsvollen Verbrauchern erziehen, Vorbild sein	437
Umweltbewußtsein stärken	401
Sich mehr und besser informieren	332
Ursprüngliche Werte bewahren, kritischer werden	292
Regionale Produkte bevorzugen	280
Bewusster leben	260
Auf gesunde Lebensweise achten	222
Sich der eigenen Macht als Verbraucher bewusst werden	221
Qualitätsbewusstsein entwickeln	190
Mehr Reklamieren	188
(Weitere Einzelforderungen)	(105)
Summe	4129

Arbeitseinheit 14

Verbraucherarbeit

In dieser Arbeitseinheit ging es um die Frage, wie der Staat und andere Verantwortliche die Verbraucher schon unterstützen und vielleicht noch mehr unterstützen könnten. Des Weiteren um die Frage, was bereits angeboten wird, ob die Angebote in Anspruch genommen werden, warum nicht und wie sie verbessert werden können.

Anfangs bearbeiteten die Teilnehmer einen Einzelfragebogen mit der Fragestellung „Wo suchen Sie Information, Rat und Hilfe, wenn Sie sie brauchen? Suchen Sie überhaupt?“. Dazu wurden den Bürgern einige Auswahlmöglichkeiten angeboten.

Es wird klar, dass praktisch jeder Bürgergutachter auch nach Informationen sucht. Besonders selten werden von ihm allerdings Telefondienste in Anspruch genommen, in geringem Maße auch die Dienste der Verbraucherzentrale und Informationsangebote des Hörfunks. Besonders intensiv nutzen die befragten Bürger hingegen den Rat von Freunden und Bekannten und die Hilfe von Fachpersonal in den Geschäften.

Eine Vertreterin der Verbraucherzentrale Bayern lieferte dann den Bürgergutachtern notwendige Informationen, damit diese schließlich in der Gruppenarbeit die Frage beantworten

konnten: „Wie wollen Sie als Verbraucher informiert und beraten werden?“ Die wichtigste Forderung der Bürgergutachter ist eine kompetente Beratung durch Fachpersonal in Fachgeschäften/Geschäften/im Einzelhandel. Die Beratung darf nicht aufdringlich sein, sondern soll sich auszeichnen durch Freundlichkeit und Geduld beim Erklären eines Produkts. Fachgeschäfte müssten zudem guten Service bieten und mehr auf den Verbraucher zugehen.

Der Verbraucherschutz muss bürgernah und unabhängig organisiert werden. Die Teilnehmer verstehen darunter unter anderem die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle in unabhängiger Trägerschaft für alle Fragen und Probleme des Verbraucherschutzes. Diese Anlaufstellen müssten tatsächlich vor Ort präsent und leicht erreichbar sein, zum Beispiel in den Landratsämtern. Öffentliche Ämter und Behörden sollten eine Kultur der Bürgernähe entwickeln und sich einfach freundlicher und offener mit den Fragen der Bürger beschäftigen. Vorgeschlagen wurde auch die Einrichtung von „Bürgerhäusern“, in denen die Verbraucher Rat und Hilfe finden können.

Zur Bürgernähe gehört es in den Augen der Gutachter auch, dass die Behörden die Bürger frühzeitig über Missstände und Probleme informieren.

Die Medien sollten nach der überwiegenden Meinung der Planungszellen mehr aktuelle Informationen zum Verbraucherschutz liefern, besonders über negative Entwicklungen müsste schneller berichtet werden. Verbrauchersendungen in Hörfunk und Fernsehen sollten bessere Sendezeiten erhalten und sie müssten auch über gesundheitsgefährdende Produkte noch besser in allgemein verständlicher Sprache aufklären.

Die Bürgergutachter fordern einen Ausbau der Verbraucherzentralen, die finanzielle Ausstattung müsste verbessert werden. Die Verbraucherzentralen ihrerseits sollten für eine bessere

Wo suchen Sie als Verbraucher(in) Informationen, Rat und Hilfe?

	Tirschenreuth	Dingolfing	München	Krumbach	Erlangen	Gesamt
Suche nicht	2	0	2	0	1	1
Freunde und Bekannte	68	85	79	83	90	82
"test"-Hefte, "Ökotest", "DM" o.ä.	54	62	65	61	62	62
andere Zeitungen, Zeitschriften	54	61	70	55	65	62
Fernsehen	40	47	53	40	53	47
Hörfunk	32	28	33	24	27	28
Verbraucherzentrale	24	20	31	23	28	25
Internet	40	35	57	38	48	44
Fachpersonal in Fachgeschäften	84	94	77	84	85	85
Behörden, Ämter, staatliche Beratung	40	34	38	46	35	38
Telefondienste	10	9	5	9	8	8

Angaben in Prozent

persönliche und telefonische Erreichbarkeit ihrer Beratungsstellen sorgen, zum Beispiel durch eine durchgehend besetzte Telefon-Hotline und längere Öffnungszeiten. Dies gelte auch für Internet und E-Mail. Außerdem sollte die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und verbessert werden.

In den Augen der Planungszellen-Teilnehmer wäre es wichtig, dass sich die Tageszeitungen dazu entschließen, eine eigene Rubrik „Verbraucherschutz“ einzurichten. Dort sollte das Informationsangebot gebündelt und berichtet werden über die neuesten Testergebnisse, Krisen des Verbraucherschutzes, aber auch über erfolgreiche Ansätze.

Alle Informationen müssten generell objektiv, knapp und verständlich dem Bürger vermittelt werden. Hier haben nach der Meinung etlicher Teilnehmer einige Verbrauchermagazine und

–zeitschriften noch Nachholbedarf.

Die Hersteller von Produkten sollten dem Verbraucher noch mehr Informationen liefern. Dies könne geleistet werden durch kompetente Telefon-Hotlines, auffällig deklarierte Warnhinweise und besser verständliche Bedienungsanleitungen. Einige Planungszellen wünschen sich den „gläsernen Hersteller“, das heißt, es solle eine generelle Auskunftspflicht für Hersteller geben.

Ein Vorschlag der Bürger war, ein Adressen-Verzeichnis zum Verbraucherschutz von unabhängiger Seite herauszugeben, das als Broschüre an alle Haushalte verteilt werden kann. Darin sollten gebündelt alle bestehenden Anlaufstellen für den Verbraucherschutz aufgelistet werden, damit die Bürger im Ernstfall wüssten, welche Angebote es gibt und wo sie Hilfe finden können.

Wie wollen Sie als Verbraucher informiert und beraten werden?	Punkte
Kompetente Beratung durch Fachpersonal	888
Verbraucherschutz unabhängig und bürgernah organisieren	876
Aktuelle und schnelle Information durch die Medien	572
Verbraucherzentralen fördern und ausbauen	428
Eigene Rubrik "Verbraucherschutz" in den Tageszeitungen	213
Informationen objektiv, knapp und verständlich geben	183
Broschüre mit Kontaktadressen zum Verbraucherschutz an alle Haushalte	120
Mehr Produktinformationen vom Hersteller	93
Erfahrungsaustausch über Produkte im Bekanntenkreis	82
Information und Beratung soll finanziell erschwinglich sein	81
(Weitere Einzelforderungen)	(594)
Summe	4130

Arbeitseinheit 15

Zur Bedeutung des Konsums

Die Arbeitseinheit 15 bestand nur aus einem Einzelfragebogen. Auf ihm sollten verschiedene Lebensbereiche nach ihrer Wichtigkeit unterschieden werden. Damit konnte das Thema Verbrauch und Verbraucherschutz selbst gegenüber anderen politischen und privaten Themen relativiert und bewertet werden.

Vorgegeben waren 13 Bereiche des Lebens, die auf einer Skala von sehr wichtig bis unwichtig eingeordnet werden konnten. Nur 17 % aller Teilnehmenden war der Konsum (Einkaufen, Verbrauchen) sehr wichtig. 48 % war er immerhin wichtig, 30 % weniger wichtig und nur 2 % unwichtig.

Bringt man die Ergebnisse in eine Reihenfolge nach dem Wichtigkeitsgrad, der ihnen im Durchschnitt beigelegt wurde, dann ergibt sich das Bild der nebenstehenden Tabelle.

Die Ergebnisse sind in allen Teilprojekten überraschend ähnlich; es gibt kaum Abweichungen. Die Verteilung der Antworten ist genauer in einer Tabelle im Anhang (S. 141) dargestellt. Darin lässt sich auch sehen, dass die Einordnung individuell verschieden ist.

Über die Bedeutung des Verbraucher-Schutzes sagt diese Erhebung nichts aus. Gefragt war nur nach der Bedeutung des Konsums für das eigene Leben.

Lebensbereich	Wichtigkeitsziffer* Ø
Familie	1,1
Freunde	1,5
Sich unterhalten	1,5
Naturgenuss	1,6
Arbeiten	1,8
Muße, Besinnung	1,8
Sport	1,9
Kunst genießen	2,1
Konsum (Einkaufen, Verbrauchen)	2,2
Verkehr (z. B. Auto fahren, Reisen)	2,3
Religion, Spiritualität	2,5
Künstlerische Tätigkeit, Musizieren	2,6
Unterhaltung konsumieren (z. B. Fernsehen)	2,7

* 1 = sehr wichtig; 2 = wichtig; 3 = weniger wichtig; 4 = unwichtig

Arbeitseinheit 16

Konzepte für die bayerische Verbraucherpolitik

Dreieinhalb Tage hatten die Bürger sich informiert, miteinander diskutiert, sich Gedanken gemacht, diese geordnet und ihre Empfehlungen zu einzelnen Themen formuliert und vorgetragen. Zudem waren sie jeweils aufgefordert, aus allen vorgebrachten Forderungen eine Auswahl zu treffen.

Fast der ganze vierte Nachmittag baute darauf auf. In der letzten Arbeitseinheit konnten und sollten alle bisher bearbeiteten Themen noch einmal überschaut werden. Aus ihnen und gegebenenfalls eigenen weiteren Punkten entwickelten die Bürgergutachter dann eigenständige Konzepte für die bayerische Verbraucherpolitik. Hier war eine realistische Auswahl gefragt. Jeder dieser Entwürfe besteht aus drei Teilen: den wichtigsten Zielen, den Maßnahmen, die geeignet sind, diese Ziele zu erreichen, und Finanzierungsvorschlägen dazu. Jede

(wiederum zufällig zusammengesetzte) Kleingruppe sollte sich auf die höchstens drei ihrer Ansicht nach wichtigsten Ziele einigen.

Bei 18 Planungszellen zu je 5 Kleingruppen kam eine große Menge an Ziel-, Maßnahmen- und Finanzierungsempfehlungen zusammen. Die Bitte, auch Finanzierungsvorschläge zu machen, sollte den Nebengedanken unterstützen, dass Politik auch etwas kostet. Die Finanzierungsvorschläge wurden jedoch nicht ausgewertet: Das Thema Finanzierung war in den vier Tagen nicht behandelt worden, und Kenntnisse des öffentlichen Haushaltswesens konnten nicht vorausgesetzt werden. Ziele und Maßnahmen konnten aufgrund der Datenfülle nur getrennt ausgewertet und gruppiert werden. Im Anhang ab Seite 106 sind sämtliche Gruppenergebnisse vollständig abgedruckt.

6



Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik

So lassen sich als Herzstück der Arbeit die wichtigsten Ziele der Bürgergutachter für die Verbraucherpolitik des Freistaats Bayern (und darüber hinaus) darstellen (siehe nebenstehende Tabelle).

Deutlich ist, dass das Leitbild des mündigen Verbrauchers auch von den Planungszellen-Teilnehmern vertreten und angestrebt wird. Der Verbraucher benötigt dazu Informationen, und schon im Kindesalter sollte mit der Verbraucherverziehung begonnen werden. Fast gleichauf steht der Bereich, der den aktuellen Anlass zur Gründung des Verbraucherschutzministeriums gegeben hatte: die Ernährung. Als untrennbar mit dem Konsum und der Lebensqualität verbunden und daher recht bedeutsam sehen die Bürger den Umweltschutz. Viele wollen ausdrücklich und besonders die Gesundheit geschützt sehen, auch im Rahmen der Verbraucherschutzpolitik. Dass der Verbraucherschutz überhaupt – etwa in der Politik – ein größeres Gewicht erhalten soll, ist eine ebenfalls stark bewertete Forderung. Auf die weiteren gutachterlichen Empfehlungen wird im Folgenden genauer eingegangen, wenn die Ziele detaillierter dargestellt werden. Zu jedem einzelnen Gebiet lassen sich weitere Äußerungen in den vorher behandelten Arbeitseinheiten-Ergebnissen finden.

Wie in der Einführung zu diesem Teil bereits gesagt, ist es teilweise nicht möglich, einzelne Aussagen unter einen Oberbegriff zu bringen, vor allem wenn in einer Forderung verschiedene Bereiche angesprochen sind. Die Rangordnung nach Punkten ist daher mit Vorsicht zu behandeln; erst die Gesamtliste ist das Ergebnis des Bürgergutachtens. Je nach Zweck könnten innerhalb dieser Liste wieder andere Gruppen gebildet werden, zum Beispiel "Landwirtschaft", wozu dann die Forderungen nach artgerechter Tierhaltung und nach gesunder Landwirtschaft zu zählen wären. Gemeinsam hätten diese Empfehlungen $63 + 71 = 134$ Punkte.

Die wichtigsten Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik nach Themenbereichen (Übersicht)	Punkte
Aufklärung, Information, Erziehung der Verbraucher	410
Ernährung, Lebensmittel	406
Umwelt, Umweltschutz	296
Gesundheit, Gesundheitswesen	295
Verbraucherschutz, Verbraucherpolitik (allgemein)	115
Sicherheit (allgemein, Produktsicherheit)	100
besonderer Schutz bestimmter Verbrauchergruppen	82
Mobilfunk, Strahlenschutz, Elektrosmog	61
(Weitere Einzelforderungen)	(312)
Summe aller abgegebenen Punkte	2.077

Verbraucheraufklärung und -erziehung

6

Verbrauchererziehung und Bewusstseinsbildung stehen allerdings auch dann an der ersten Stelle, wenn nach mehr und feineren Oberbegriffen gegliedert wird. An dritter Stelle folgen Information und Aufklärung. Es ist bemerkenswert, dass die Zuordnung von Forderungen zu Gruppen bei diesen Punkten sehr leicht gefallen ist, da immer wieder ähnliche Formulierungen gebraucht wurden.

Verbrauchererziehung beginnt schon im Kindergarten. Die Schule soll ebenfalls in die Verantwortung genommen werden. Die Kinder sollen zu kritischen und umweltbewussten Verbrauchern erzogen werden, zu "aufgeklärten, gesundheitsbewussten, kritischen, glücklichen Menschen", die selbst Verantwortung übernehmen. Die Erziehung eines mündigen und kritischen Verbrauchers als das Einzelziel, das mit 38 Punkten die höchste Einzelwertung erhielt, unterstreicht diese Forderung. Ein notwendig erscheinender "Wertewandel" ergänzt sie. (Siehe hierzu AE 13.)

Die Verbraucher wollen ernst genommen werden und leichten Zugang zur vollen, verständlich dargebotenen Information bekommen; man soll „den Verbrauchern mehr Verständnis zugestehen“: Es wird gefordert, Informationen darüber zu veröffentlichen, wo welche Informationen zu bekommen sind. Die Angaben zu Konsumgütern sollen genau, vollständig, wahr, objektiv, verständlich und deutschsprachig sein. (Mehr dazu bei AE 14.)

Themenbereich	Punkte
AUFKLÄRUNG, INFORMATION, ERZIEHUNG	
Verbrauchererziehung: Bewusstsein schaffen für Verbraucher- und Umweltschutz, Ernährung, Gesundheit, Eigenverantwortung etc.	179
Information verbessern: konsequente, objektive, umfassende, rechtzeitige, ausgewogene und unabhängige Aufklärung	140
Produktinformationen: informativ, deutschsprachig, genau, vollständig, wahr (Kennzeichnung von Inhaltsstoffen in allen Produkten)	60
Umstrukturierung der Verbraucherzentralen	9
Bekanntmachung von Subventionen	8
Information über Informationsquellen und Organisation des Verbraucherschutzes	8
Gewalt in den Medien verbieten (Computer, Kino)	6
Summe Aufklärung, Information, Erziehung	410

Ernährung und Lebensmittel

Lebensmittel sollen gesund und sicher sein, und die Verbraucher sollen zu gesünderem Ernährungsverhalten und gesünderen Lebensmitteln hingeführt werden. Dazu ist eine gesunde Nahrungskette erforderlich. Diese beginnt bei der Landwirtschaft. Von ihr erwarten die Bürger, dass sie ohne schädliche chemische Hilfsmittel arbeitet; der ökologische Landbau soll gefördert werden. Die Massentierhaltung wird besonders kritisch gesehen, nach Ansicht vieler sollte sie verboten oder vermindert werden.

In Lebensmitteln sollen sich vor allem oder ausschließlich gesunde und natürliche Inhaltsstoffe finden lassen. Schadstoffe haben in Lebensmitteln nichts verloren. Alle Inhaltsstoffe und Verarbeitungsschritte wie Bestrahlung, gentechnisch veränderte Zutaten und dergleichen sollen genau, detailliert und verständlich auf den Lebensmitteln angegeben werden (Kennzeichnung). Weitere Forderungen betreffen eine häufige und amtliche Lebensmittelüberwachung.

Themenbereich LEBENSMITTEL, ERNÄHRUNG	Punkte
Gesunde, sichere Lebensmittel, gesunde Ernährung	98
Gesunde Landwirtschaft, ohne schädliche chemische Hilfsmittel, ökologische Landwirtschaft fördern, biologische Vielfalt produzieren - darunter: Ausweitung, Förderung des ökologischen Landbaus (31 Punkte)	71
Artgerechte Tierhaltung, Verbot der Massentierhaltung	63
Kennzeichnung der Lebensmittel (Bestrahlung, gentechnische Veränderung, nahrungsfremde Zusätze, exakt, detailliert, verständlich, lesbar)	40
Schadstofffreie Lebensmittel, keine schädlichen Zusatzstoffe, gesunde und natürliche Inhaltsstoffe	40
Lebensmittel-Überwachung (Qualität, Kennzeichnung, Hygiene): häufig, amtlich, ordentlich	30
Lebensmittelsicherheit und -qualität allgemein	16
Regionale Lebensmittel zur Steigerung der Lebensmittelqualität	13
Preiswerte Lebensmittel mit hohem Qualitätsstandard	8
Qualitativ hochwertige Lebensmittel	7
Gastronomie: Konzession statt 3-1/2-stündiger Gaudiunterrichtung	6
Lebensmittel-Transparenz verbessern	6
Schutz vor gentechnisch manipulierten Lebensmitteln	6
Summe Lebensmittel, Ernährung	404

Umweltschutz

6

Die Verbraucher selbst und den Staat in der Pflicht sehen die Gutachter beim Umweltschutz, der häufig genannt und hoch bewertet wird (siehe AE 02). Offensichtlich erscheint ein gesundes Leben für Viele nur in einer intakten Umwelt möglich. Die Umwelt soll vor allem weniger belastet werden – weniger belastet durch Emissionen, zu denen auch Strahlen und Elektrosmog zu zählen sind. Dazu dient ein bewusster Umgang mit Energie und die Förderung umweltschonender Energiequellen. Die Produktion (von Konsumgütern) soll nach Ansicht der Bürgergutachter umweltschonend sein. Die Verbraucher selbst sollen dazu auch beitragen. In diesem Zusammenhang wurden die Themen Müllvermeidung und Verminderung der Verkehrsbelastung genannt.

Themenbereich	Punkte
UMWELT	
Umwelt schützen, gesunde Umwelt, Emissionen vermindern	169
Energie: bewußter Umgang, Förderung und Erforschung alternativer, umweltfreundlicher und zukunftsweisender Energiequellen	45
Umweltschonende Produktion	23
Verminderung der Strahlenbelastung und des Elektrosmogs (siehe auch Mobilfunk!)	17
Bewusstsein für den Umgang mit der Umwelt bei den Verbrauchern verbessern	16
Müllvermeidung statt Mülltrennung	14
Verkehrsbelastung vermindern (Lärm, Abgase, Menge), v. a. Straßenverkehr, u. a. durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	12
Summe Umwelt	296

Gesundheit

Fast gleichgewichtig steht neben der intakten Umwelt als Ziel für die Verbraucherpolitik die Gesundheit, das heißt die Gesundheitspflege und das Gesundheitswesen (siehe AE 03). Überwiegend wird hier für mehr Vermeidung von Krankheiten und stärkere Gesundheitsvorsorge plädiert. Alternative Heilmethoden wie die naturheilkundlichen sollen gefördert werden. Zusammen mit anderen Maßnahmen erhofft man sich davon eine Begrenzung der Kosten des Gesundheitswesens, und diese wird wiederum für nötig gehalten, weil die Gesundheitsversorgung gerecht und für Alle erschwinglich bleiben soll. Ein Problem sehen nicht wenige Bürger in der Arzneimittelsicherheit, und hier wiederum bei den Nebenwirkungen. Es wird ferner gefordert, unwirksame Medikamente früher vom Markt zu nehmen und die sogenannte Positivliste einzuführen. Ganz allgemein halten Einige die Gesundheitspolitik trotz wiederholter Gesundheitsreformen für verbesserungsbedürftig.

Themenbereich GESUNDHEIT	Punkte
Prävention (Vermeidung von Krankheiten, Gesundheitsvorsorge stärken) - darunter: Drogenprävention (10 Punkte)	64
Gesundheit allgemein	48
Stärkung und Zulassung alternativer Heilmethoden (Naturheilkunde)	30
Kosteneinsparung oder -eindämmung im Gesundheitswesen	29
Arzneimittelsicherheit verbessern (keine Schädigung, strenge Prüfung auf Nebenwirkungen)	25
Gerechte Versorgung im Gesundheitswesen, für Alle erschwinglich	25
Gesundheitspolitik, Gesundheitswesen verbessern	24
Qualität der ärztlichen Notversorgung verbessern	13
Wirkungslose Medikamente vom Markt nehmen, Beschränkung auf ein Minimum (Positivliste)	13
Mehr Forschung in Human- und Veterinärmedizin	10
Reduzierung der chronischen Erkrankungen	9
Patientenkarte auf freiwilliger Basis einführen	4
Summe Gesundheit	295

Weitere Forderungen

6

Das Gewicht des Verbraucherschutzes in der **Politik** sollte nach Ansicht vieler Teilnehmer wachsen. Dazu gehört, dass welt- und EU-weit möglichst harmonisierte hohe Standards gesetzt werden. Die Verbraucherpolitik wünscht man sich mehr vorbeugend und an den Interessen und der Lebensqualität aller Bürger orientiert.

Ein weiterer Bereich, in dem diese Verbraucherpolitik Verantwortung trägt, ist die **Produktsicherheit** (siehe AE 04 bis 09). Diese wird so verstanden: Es sollen nur Produkte eingeführt werden, die sich in Langzeituntersuchungen als unbedenklich erwiesen haben, die die Gesundheit und die Umwelt nicht belasten oder gefährden. Die Sicherheit wurde auch allgemein genannt.

Kinder, Jugendliche, alte Menschen, Behinderte und Ausländer sowie alle **Verbraucher, die** in irgendeiner Weise **besondere Bedürfnisse haben**, sollen besonders geschützt werden – zum Beispiel auch vor sogenannten „Haien“, die gewisse Schwächen auszunutzen versuchen; allgemeine Vorschriften sollten sich an den Schwächeren orientieren (beispielsweise Großdruck bei Packungsaufschriften, weil ältere Menschen oft nicht mehr so gut sehen). Um den genannten Gruppen eine würdige Lebensgestaltung zu ermöglichen, wird unter anderem Barrierefreiheit gefordert (siehe auch AE 10).

Das aktuelle Thema „**Mobilfunk**“ war in der Gesamtkonzeption weniger stark gewichtet, als es in der öffentlichen Debatte erscheint. Wie schon in AE 09 dargelegt, werden neutrale wissenschaftliche Untersuchungen gewünscht. Auf deren Grundlage sollen Strahlenbelastung und Gesundheitsrisiken verringert werden.

Eine Fülle weiterer Einzelforderungen kann den Tabellen entnommen werden, die im Anhang abgedruckt sind. Hier soll davon nur die Art und Weise der Verbraucherpolitik selbst herausgegriffen werden: Der **Dialog der Politik**

Themenbereich WEITERE FORDERUNGEN	Punkte
Verbraucher stärker schützen, größeres Gewicht des Verbraucherschutzes in der Politik - darunter: EU-weite bzw. globale Standards auf hohem Niveau (Harmonisierung) (21 Punkte)	115
Sicherheit allgemein (Produktsicherheit, nur Produkte einführen, die in Langzeituntersuchungen unbedenklich erschienen, keine gesundheitsgefährdenden und umweltbelastenden Produkte)	100
Besonderer Schutz bestimmter Gruppen (Kinder, Jugendliche, Behinderte, Ältere, Ausländer), einschließl. Barrierefreiheit	82
Mobilfunk: Verminderung von Gesundheitsrisiken, Verringerung der Strahlenbelastung, neutrale wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlichen	61
Kontinuierlicher Dialog mit dem Verbraucher und Bürgerbeteiligung (u. a. durch mehr Planungszellen)	32
Unabhängigkeit der Verbraucherpolitik, v. a. von Lobbies	31
Schadstofffreie Produkte (alle Konsumgüter, auch Holz)	30
Qualitätsprodukte, Qualität sichern (allgemein)	29
Regionale Vermarktung fördern	24
Strengere Kontrollen und Richtlinien	23
Abbau von Überbürokratisierung	17
Werbung: wahrheitsgetreu, Haftung für Werbeaussagen, sachlicher, nur mit messbaren Größen	17
Wirtschaft und Industrie zur Präventionsunterstützung verpflichten, harmonisches Zusammenwirken von Produktion, Handel, Kundendienst und Zubereitung	15
Sicherung der Grundbedürfnisse Lebensraum, medizinische Versorgung, Erziehung, Bildung	14
Technische Geräte: ungefährlich, vor Freigabe auf gesundheitliche Nebenwirkungen prüfen	14
Sicherung der Grundelemente Luft, Wasser, Nahrungsmittel	12
Verhinderung von Verharmlosungen und Verheimlichungen	12
Umfangreichere Beratung und mehr Kontrolle	10
Verbraucher vor Nachteilen (von Produkten) schützen	9

Fortsetzung auf der nächsten Seite

mit den Verbrauchern soll durch Bürgerbeteiligung kontinuierlich geführt werden (hier wurde unter anderem die Planungszelle genannt), und die Verbraucherpolitik soll unabhängig sein von Lobbies und Wirtschaft.

Fortsetzung von Vorseite

Vertrauen stärken	7
Dienstleistungen der Versicherungen übersichtlicher und verständlicher gestalten	5
Konsum	5
Haftung von Unternehmen für Gesundheitsschäden (der Verbraucher)	4
Regulierung von Komfortbedürfnissen (Handy, Werbung, Individualverkehr)	2
Staat und Industrie sollen ihren Beitrag leisten	2
(weitere Einzelforderungen)	(672)
Summe aller Punkte	2.077

Gleiche Ziele in ganz Bayern?

6 Welche Unterschiede zwischen den fünf Teilprojekten gibt es, wenn wir uns die verbraucherpolitischen Ziele ansehen? Teilweise zeigen sich recht große Unterschiede in der Gewichtung, und das bei vielen Zielen (siehe Tabelle im Anhang I, S.141). Das "Top-Thema", Erziehung und Aufklärung, insgesamt mit knapp 20 % der Punkte versehen, kam in Tirschenreuth und in Dingolfing jeweils auf nur unter 10 %, in München dagegen auf 27 % (ähnlich in Krumbach und Erlangen); in München setzte man sehr auf Erziehung (weit mehr als überall sonst), während die Erlanger die Information höher gewichteten. Weniger große Unterschiede gab es beim Sachbereich Ernährung und Lebensmittel: In den ländlicheren Gebieten scheint dieses Thema wichtiger genommen zu werden, es ist aber überall vertreten worden. Innerhalb der umweltbezogenen Politikziele, die zwischen 11 und 17 % der Punkte lagen, wurden die Arbeitsschwerpunkte unterschiedlich gesetzt. So wurde in Tirschenreuth speziell der Bereich Energiesparen und umweltschonende Energien betont, während an anderen Orten der Umweltschutz allgemein genannt wurde. Im Sachgebiet Gesundheit haben wir wieder große Schwankungen vor uns: Von 2 % (Erlangen) bis 26 % (Dingolfing) reicht hier die Punkteverteilung (bei insgesamt 14 %).

Fazit

Ein vorsichtiges Fazit: Es gibt kein eines, alle überragendes Ziel; keine Forderung erreichte über 20% der Gesamtpunktzahl. Statt dessen haben wir eine große Bandbreite an Empfehlungen vor uns. Das spricht für eine breit angelegte Verbraucherpolitik, die viele Aspekte des Verbraucherschutzes bearbeitet und sich nicht auf wenige, möglicherweise aktuelle Fragen beschränkt, die neben den Schwerpunkten immer das große Ganze im Blick behält. Für die vielfältigen Lebenslagen, Bedürfnisse und Interessen verschiedener Menschen bedarf es einer vielfältigen, einer differenzierten und differenzierenden Verbraucherpolitik.

Maßnahmen zur Verwirklichung der verbraucherpolitischen Ziele

Was soll die Verbraucherpolitik und was sollen ihre "Verbündeten" tun, um die genannten Ziele verwirklichen zu helfen? Sehr oft wurden von den Bürgern ganze Maßnahmen-Bündel empfohlen, die dann als Bündel bewertet wurden. Die Maßnahmen konnten deshalb nicht so gruppiert werden, wie das sonst für dieses Gutachten getan wurde. Zudem ist es eine individuell unterschiedlich beantwortete Frage, ob eine bestimmte Sache zu den Zielen oder zu den Maßnahmen gerechnet wird. Manche Ziele können gleichzeitig als Maßnahmen gesehen werden, und erwünschte Maßnahmen stellen in gewissem Sinne auch Ziele dar.

Ausgewertet wurde deshalb nach der Zahl der Nennungen. Das ergab zwar im Detail gewisse Verzerrungen, weil die Kleingruppen unterschiedlich viele Maßnahmen vorgeschlagen hatten, führt aber insgesamt zu einer brauchbaren Gewichtung.

Verbraucherpolitische Maßnahmen	% der Nennungen (ca.)
Information im weitesten Sinne darunter: Aufklärung, Erziehung, Information (17) Produktinformationen, Gütesiegel, Kennzeichnung von Gütern (7)	24
Vorschriften (Ge- und Verbote, Grenzwerte, Gesetze usw.)	18
Kontrolle, Überwachung	9
Förderung (vor allem finanzielle)	9
Forschung und Forschungsförderung	9
Verhaltensänderungen von Herstellern und Verbrauchern (darunter: Hersteller 6, Verbraucher 3)	9
Politik-Änderungen (andere Prinzipien, Unabhängigkeit, Bürgerbeteiligung, Dialog)	6
Organisation, Institutionen aufbauen oder reformieren	6
Personal: Aufstockung und Ausbildung	3
Patientenkarte (Patientenpass), Dokumentationen	2
Dienstleistungen von Staat, Verbraucherzentralen u. ä.	2
Umsetzen (Verwirklichen bestehender Pläne und Regelungen)	1
Abbau von Subventionen oder Kostenübernahme	1
Sonstiges	4

(Summe über 100 aufgrund von Rundungen)

Informieren und erziehen

6 Wenn Information und Erziehung schon auf dem ersten Rang der Ziele stehen, ist es schlüssig, dass sie als Maßnahmen ebenfalls die größte vorgeschlagene Gruppe bilden. Zwei Untergruppen können hier unterschieden werden: die Information und Erziehung von Verbrauchern durch Schule, Medien, staatliche Stellen und dergleichen einerseits und die mit dem Produkt verbundene Information andererseits. Zur letzteren gehören Maßnahmen wie eine umfassende Kennzeichnungspflicht (die ebenfalls schon von den Zielen her bekannt ist) sowie die Einführung und Kontrolle von Gütesiegeln. Die Eigenschaften, die diese Produktinformationen aufweisen sollten, sind schon bei den Zielen beschrieben worden. Maßnahmen der Aufklärung der ganzen Bevölkerung sind beispielsweise ein allgemeines *Verbraucherhandbuch* mit Adressen, der Aufschlüsselung und Erläuterung von (Inhalts- und Zusatz-) Stoffen und vielen Angaben, die ein mündiger Verbraucher benötigt. Gefordert wurde auch, dieses Handbuch gratis an alle Haushalte zu verteilen. Die Medien des Alltags, wie Zeitungen und Rundfunk, werden aufgefordert, regelmäßig Themen für Verbraucher zu behandeln. Dabei wird auf neutrale und unabhängige Inhalte Wert gelegt. Auch das Bildungswesen soll mehr vom Thema Verbraucherschutz und -erziehung durchdrungen werden.

Gesetze und ihr Vollzug

Das klassische und ureigene Feld der Politik, nämlich die Gesetzgebung, steht an zweiter Stelle der Maßnahmen. Gebote, zu denen auch gesetzlich definierte Standards gerechnet wurden, Verbote (einschließlich Zulassungspflichten) und Grenzwerte wurden häufig genannt, manchmal in Verbindung mit den notwendigen Sanktionen.

Mit deutlichem Abstand folgen Kontrollmaßnahmen, finanzielle und andere Förderungsmaßnahmen, Forschung und Forschungsförderung sowie (mehr oder weniger freiwillige) Verhaltensänderungen von Produzenten und Verbrauchern. Reformen der Politik selbst, ihrer Ziele (siehe oben), ihrer Maßstäbe, ihre Unabhängigkeit und die stärkere direkte Beteiligung der Bürger an ihr können den Verbraucherschutz nach Ansicht etlicher Gruppen ebenfalls fördern. Nur in 0,5 % der Nennungen wird auf Verteuerung und Besteuerung als Lenkungsmaßnahmen gesetzt. Weitere Maßnahmenvorschläge können der Tabelle entnommen werden. Angesichts der Fülle teilweise sehr detaillierter und origineller, teilweise auch abstrakter Empfehlungen konnten hier leider nur Arten von Maßnahmen und ihre ungefähre Gewichtung dargestellt werden. Sämtliche Vorschläge sind im Anhang II wiedergegeben.

Fazit

Die Verbraucherpolitik sollte sich nicht auf ihre klassische Rolle als Ordnungsmacht beschränken, sondern für umfassende und ehrliche Information, Aufklärung und Erziehung sorgen – nicht nur im Rahmen öffentlicher Bildungseinrichtungen. Doch die Instrumente des ordnenden Staates sollen auch angewandt werden. Erst dann kommt die Lenkung durch finanzielle Förderung, gleichauf mit der häufig schon genannten unabhängigen Forschung. Bei den Maßnahmen, wie schon bei den Zielen für die bayerische Verbraucherpolitik, haben die Bürgergutachter zwar Schwerpunkte gesetzt, aber sich nicht auf sie beschränkt, sondern insgesamt für eine breit angelegte, vielfältige Politik plädiert, an der nicht nur Politiker beteiligt sein sollen, sondern alle gesellschaftlichen Kräfte.

Schlusswort der Projektleiter

Der Verbraucherschutz ist ein weites Feld mit kaum erkennbaren Grenzen; das hat auch dieses Planungszellen-Verfahren gezeigt. Die Aufgaben sind ungemein vielfältig und differenziert. Dennoch haben wir versucht, einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Das sind unsere subjektiven Gedanken, sie bauen auf der Erfahrung in den Planungszellen und bei der Auswertung auf.

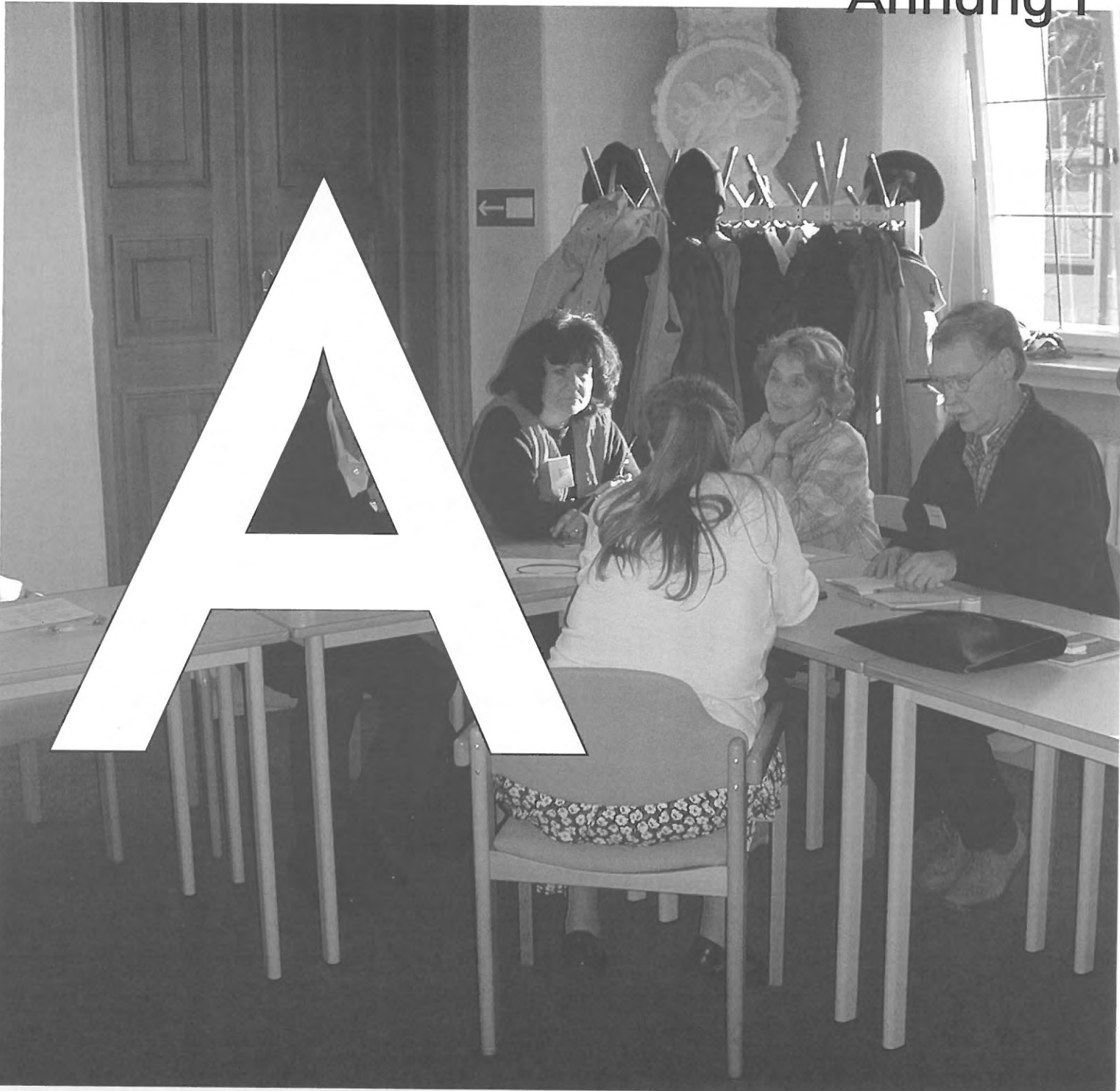
Unser Eindruck ist: Sehr viele Bürger halten die Konsumwelt für immer undurchschaubarer. Sie sind zur Eigenverantwortung bereit, ja sie wünschen sich mehr Wahlfreiheit; sie wollen ernst genommen werden. Von der Politik erwarten sie deshalb zum einen, dass ihnen das notwendige Rüstzeug gegeben wird, damit sie ihre Eigenverantwortung übernehmen können. Dazu gehört vor allem Information. Sie wollen wissen, woraus genau die Waren bestehen, die sie konsumieren, und wie sie hergestellt worden sind – lückenlos und ehrlich. Sie wollen, dass Lebensmittel naturnah, einfach und ehrlich bleiben oder werden. Sie wollen, besonders von unabhängigen Stellen, auch über Alternativen aufgeklärt werden, damit sie selbst entscheiden können, wie sie ihre Bedürfnisse decken. Das gilt auch und gerade für die Medizin. Zum Beispiel soll ein Arzt einem Patienten nicht einfach ein Rezept ausstellen; er soll vielmehr Vor- und Nachteile verschiedener Behandlungsmöglichkeiten erläutern, damit der Patient mitentscheiden kann.

Alle Informationen sollen ehrlich und nachprüfbar sein, auch die Werbung. Produkte und Aussagen sollen keine Scheinqualitäten oder Scheinwelten vorspiegeln, sondern sachlich bei der Wirklichkeit bleiben. Ehrlichkeit und Verständlichkeit gehen Hand in Hand. Gütesiegel werden zu diesem Zweck als geeignet angesehen. Wo sie missbraucht werden und wo die Erkenntnismöglichkeiten des Verbrauchers nicht ausreichen, da muss der Staat regeln und kontrollieren und konsequent strafen.

Ein Patentrezept gibt es nicht, eine Patentpolitik ist nicht vorgeschlagen worden. Vieles muss getan werden, in vielleicht mühsamer Kleinarbeit oder auch in mutigen weit reichenden Schritten. Und immer mit dem Menschen im Blick, vor allem dem Schwächeren, ihn ernst nehmend, ihm ehrlich gegenüberstehend und ihm Freiheit schaffend.

Hilmar Sturm und Christian Weilmeier

Anhang I



PLANUNGSZELLE 01 – TIRSCHENREUTH

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. gerechte Versorgung der Bürger im Gesundheitswesen (keine Zweiklassengesellschaft)	10	<ul style="list-style-type: none"> • Positivliste einführen • Medikamente ohne nachgewiesene Wirkung schneller vom Markt nehmen • Verpflichtung, Generika-Mittel einzusetzen 	2	<ul style="list-style-type: none"> • Kostenreduzierung der Arzneimittel durch Generika • Packungsgrößen dem tatsächlichen Bedarf anpassen
II. Erziehung zum bewussten Umgang mit Energie	13	<ul style="list-style-type: none"> ▪ regenerative Energien stärker nutzen und fördern (Wind, Sonne, Bio) ▪ endlich Einführung des „3-Liter-Autos“ 	18	<ul style="list-style-type: none"> • Eigeninitiative mit staatlichen Zuschüssen und technischen Anregungen fördern
III. Verminderung der Strahlenbelastung (z.B. Mobilfunk)	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufklärungsverpflichtung des Staates hinsichtlich Gesundheitsgefährdung möglichst umfassend (z.B. in Schulen) ▪ generelles Handy-Verbot für Kinder unter 15 Jahren ▪ Grenzwerte herabsetzen 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Handy-Steuer einführen
Summe	28		24	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Bewusstsein schaffen	21	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtsfach (mit Exkursion, Praktikum): Kenntnis des Naturkreislaufs, Umwelt-Gesundheit, gesunde Ernährung, Alternativmedizin... • Schulungsangebot für Erwachsene (z.B. über VHS (Konsumverhalten, Essverhalten) • Aufklärung (neutral, geringe Kosten, wissenschaftlich fundiert, verständlich) in Medien (v.a. Tageszeitung, Radio, Internet) 	16	<ul style="list-style-type: none"> • Steuergelder
II Sicherheit bei Lebensmitteln / Konsumgütern	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ umfassende Kennzeichnung ▪ flächendeckende Kontrollen ▪ Information der Konsumenten über sichere Lebensmittel/Güter ▪ finanzielle Anreize schaffen in Landwirtschaft, Handel, Industrie, für umweltschonendes Produzieren sicherer Güter ▪ Krisenmanagement (Telefone, sichere Infos) 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichten bestehender Subventionen • Bußgelder zweckgebunden verwenden
III. Lobbyunabhängige Verbraucherpolitik	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschungsergebnisse schneller umsetzen (z.B: 3-Liter-Auto) 	3	
Summe	33		30	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. grundsätzlich schadstofffreie Grundnahrungsmittel (Obst, Gemüse, Getreide)	6	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Spritzmitteln, Kunstdünger, Bestrahlung, Gentechnik 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Preiserhöhung für Luxusgüter (Steuern)
II. schadstofffreies Gebrauchsholz (Möbel, Rührlöffel, Türen, Bauholz etc.)	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbot von schädlichen chemischen Behandlungsstoffen 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung erübrigt sich (natürliche Behandlungsstoffe = Nachfrage größer, dadurch billiger)
III. Umwelt <ul style="list-style-type: none"> ▪ saubere Luft ▪ sauberes Wasser ▪ Wassereinsparung 	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschung durch umweltfreundliche KFZ ▪ Kontrollen verschärfen, Sicherheitsmaßnahmen erhöhen ▪ Regenwassernutzung 	0	<ul style="list-style-type: none"> • erübrigt sich
Summe	9		8	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Schutz des Verbrauchers	13	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenverantwortung schon im Kindesalter sensibilisieren – Körper-, Zahnpflege und Ernährung • Forderung an Staat und Wirtschaft: Forschung und Entwicklung stetig zum Nutzen des Verbrauchers betreiben • Kontrollen durch neutrale und transparente Institutionen 	21	<ul style="list-style-type: none"> • Verbrauchssteuer auf Luxuskonsumgüter • Stiftungen • Spenden • Gebühren für gebotene Leistung bei Verbraucherzentralen und Landratsamt
II. Qualität	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherheitsstandards, Handhabung der Produkte, Form, Farbe, Schadstoffe, wiederverwertbar ▪ Gütesiegel ▪ Herkömmlicher Landbau, Bio, Öko 	7	
III. Konsum	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Medien, Werbung ehrlicher, Informationen nicht irreführend ▪ nur notwendige Verpackungen 	7	
Summe	26		35	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Generell sollten Finanzierung, Kontrolle und Forschung voneinander unabhängig sein	10	<ul style="list-style-type: none"> • neutrale Forschungsinstitute und Kontrollstellen 	8	<ul style="list-style-type: none"> • durch prozentuale Abgaben der Hersteller in einen gemeinsamen Fond
II. Gesunde und natürliche Inhaltsstoffe und Verarbeitung von Lebensmitteln	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Kontrolle der Hersteller und Weiterverarbeiter 	0	<ul style="list-style-type: none"> • Gelder zur Finanzierung der Genforschung streichen und gesunde Verbreitung fördern und unterstützen
III. Gewalt in den Medien (Computerspiele, Kinderprogramme) verbieten	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetze verschärfen 	2	<ul style="list-style-type: none"> • vermehrte Stimmen im Bundestag
IV. regionale Vermarktung fördern	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ regionale Anbieter müssen die Möglichkeit haben, ihre Produkte vor Ort zu vermarkten (Supermarkt) 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Transportkosten verringern sich automatisch
V. umweltbewusste Produktionsmaßnahmen	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ recyclefähiges Material verwenden: mehr Mehrwegverpackungen 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Ressourcen und Energie werden eingespart
VI. wirkungslose Arzneimittel so schnell wie möglich vom Markt nehmen	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ dem Druck der Pharmaindustrie nicht nachgeben 	1	<ul style="list-style-type: none"> • Geld wird automatisch eingespart und kann für andere Gesundheitsmaßnahmen verwendet werden
VII. nur mit messbaren Größen werben: wahrheitsgetreu, Gewicht, Größe, Zeit	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetze und Vorschriften ändern, überprüfen und einhalten 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Politikerarbeit
Summe	29		28	

PLANUNGSZELLE 02 – TIRSCHENREUTH

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Konsumgüter (z.B. Textilien) sollten schadstofffrei sein	6	<ul style="list-style-type: none"> • Strengere Kontrollen (vor allem bei Waren aus Billiglohnländern) 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Werbesteuern
II. Verbot der Massentierhaltung	10	<ul style="list-style-type: none"> • Fördermittel für tiergerechte Ställe (Obergrenze für Tierbestand) 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionen umverteilen
III. Optimale Bedingungen für Behinderte einführen	4	<ul style="list-style-type: none"> • Geeigneter Wohnraum mit technischen Erleichterungen • soziale Dienste 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegeversicherung
Summe	20		16	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Sicherstellung der Grundlebensmittel durch die heimische Landwirtschaft. Die Landwirtschaft sollte wieder ohne schädliche chemische Hilfsmittel arbeiten. Tierzucht artgerecht.	3	<ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Förderung entsprechend arbeitender Betriebe 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Steuern nicht zweckentfremden
II. Sicherstellung, dass bei der Weiterverarbeitung aller Lebensmittel keine schädlichen Zusatzstoffe eingesetzt werden (Geschmacksverstärker, Konservierungsstoffe, Farbstoffe)	9	<ul style="list-style-type: none"> • Erlass durchführbarer Vorschriften und verstärkte unabhängige Kontrollen 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Einschränkung der aufwändigen Verpackung • Bußgelder bei Verstoß gegen die erlassenen Vorschriften für die Lebensmittelverarbeitung
III. Neuorganisation des Gesundheitswesens (neugewonnene Erkenntnisse schneller umsetzen) - Ärzte, Krankenhäuser - Arzneimittel	1	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Vorsorgemaßnahmen auf bekannte Volkskrankheiten • verstärkte und sachliche Zusammenarbeit der Schulmediziner mit den Naturmedizinern (objektiver Austausch von Untersuchungsergebnissen) • Einschränkung (dramatisch) der Vielzahl der Arzneimittel, besonders der Mittel mit unverhältnismäßigen Nebenwirkungen 	2	<ul style="list-style-type: none"> • Bei entsprechender Umsetzung könnte dieser Vorschlag kostenneutral sein
IV. Technische Geräte vor Freigabe zum Verkauf auf gesundheitsschädliche Nebenwirkungen (auch Spätfolgen) prüfen.		<ul style="list-style-type: none"> • Erlass entsprechender Vorschriften • Forschung vertiefen 		<ul style="list-style-type: none"> • Verkaufspreis • Produkthaftung
V. Formbeständige Textilien ohne schädliche Zusätze produzieren (Produktsicherheit)		<ul style="list-style-type: none"> • Verwendung von Naturfasern (nachwachsende Rohstoffe) • Verwendung von Naturfarben 		<ul style="list-style-type: none"> • Kaufpreis reduzieren durch sachliche Werbung
Summe	13		9	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Werbung sachlicher gestalten	8	<ul style="list-style-type: none"> • klare, transparentere Gesetzgebung • konsequente Kontrolle (Freigabeklassen für Kinder) 	7	<ul style="list-style-type: none"> • keine Mehrkosten denkbar • Finanziert durch Gebühren der Hersteller
II: Beschränkung der Medikamente auf ein Mindestmaß (-> Positivliste)	10	<ul style="list-style-type: none"> • Positivliste, Überarbeitung der vorhandenen Produkte • Medikamentenpass (Datenschutz mit PIN) • Pflichtfortbildung der Ärzte 	6 7 1	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller stellen Antrag auf Zulassung zahlen Gebühren • Krankenkassen: Kosten werden langfristig wieder eingespart • Getragen durch die Ärztekammer
III. allgemein Information der Bevölkerung verbessern (Forschung)		<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung von Gremien, die den Dialog zwischen Bevölkerung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft herstellen (Runder Tisch) 	1	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines Pools (Wirtschaft, öffentliche Hand)
Summe	18		15	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gewährleisten der gesunden Nahrungskette	23	<ul style="list-style-type: none"> • Anordnung zur Verpflichtung des Aushanges von Listen zur Erklärung von Inhaltsstoffen (Fachchinesisch) • Bessere Erforschung von Zusatzstoffen • bessere Kontrollen und neutrale Gutachten • Verbot von Fremdkörpern • Klare Kennzeichnung von Qualitäten 	11 2 8 1	<ul style="list-style-type: none"> • Alle Hersteller zahlen in einen Pool, um neutrale Forschung und Kontrolle zu gewährleisten
II. Nicht von Medikamenten geschädigt werden	11	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Medikamentenpass einführen ▪ Bessere Erforschung von Medikamenten auf Nebenwirkungen ▪ Nicht zugelassene Arzneien sofort vom Markt nehmen ▪ Positivliste einführen 	8 3 5	<ul style="list-style-type: none"> • Einsparungen durch Positivliste und Medikamentenpass; dadurch mehr Geld zur Erforschung
III. Elektrosmog reduzieren	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kein Handy für Kinder unter 14 Jahren ▪ Alle Elektrogeräte auf Strahlung untersuchen ▪ Grenzwerte senken ▪ Untersuchung und Forschung der Auswirkung auf Kinder ▪ Neutrale Gutachten! 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Aus UMTS-Erlösen
Summe	45		21	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Lebensmittelüberwachung: strenge Qualitätsüberwachung, verständliche Kennzeichnung und deren Nachvollziehbarkeit	12	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung mit klaren Vorgaben der Hersteller • mehr Überwachungspersonal 	14	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung des Herstellers • Vermögensumschichtung
II. Mobilfunkgefährdung: - Neutrale wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlichen und deren Umsetzung - Handyverbot bis 16 Jahre	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Neutrale, unabhängige Wissenschaftler, die beidseitig akzeptiert werden (Bürger – Industrie) sollen aussagekräftige Untersuchungen anfertigen 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung des Herstellers
Summe	24		21	

PLANUNGSZELLE 03– DINGOLFING-LANDAU

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Erforschung und Förderung regenerativer Energiequellen	13	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung • Forschung: Biogasanlagen, Wasserstoff, Windenergie 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse vom Staat für die Forschung • zinsgünstige Darlehen • keine Erhöhung der Mineralölsteuer •
II. Produktsicherheit	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prüfung der Umweltverträglichkeit von Giften und Konservierungsstoffen ▪ Prüfsiegel ▪ Förderung der Verbraucherverbände, Aufstockung des Fachpersonals 	8	<ul style="list-style-type: none"> • über den grünen Punkt
III. Einführung einer Patientenkarte auf freiwilliger Basis	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufklärung von Vorteil und Nutzen über Arzt und Krankenkasse ▪ gebührenfrei 	6	<ul style="list-style-type: none"> • über Krankenkassen: Einsparung von Doppelmedikation
Summe	22		25	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Lebensmittelüberwachung und Hygiene: Lebensmittel produzieren, die vom Bürger ohne gesundheitliche Risiken verbraucht werden können	11	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von ökologischem Landbau und Tierhaltung • Überwachung der Futtermittelhersteller • verschärfte Kennzeichnung von Lebensmitteln 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichtung von Geldern im bayerischen Haushalt von konventioneller in den ökologischen Landbau
II. Gesundheit und Medizin: Die Sicherheit von Arzneimitteln verbessern	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung einer Chipkarte auf freiwilliger Basis ▪ bessere Überwachung der Pharmaindustrie 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichtung von Geldern im Bundeshaushalt zugunsten des Verbraucherministeriums
III. Mobilfunk - Strahlenreduzierung - abgeschlossene Studien von unabhängigen Instituten bezüglich Strahlenbelastung	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ keine Sendemasten in Nähe von Schulen, Krankenhäusern und dicht besiedelten Wohngebieten ▪ Kontrolle vom Staat bei Betreibermessungen 	9	<ul style="list-style-type: none"> • Betreiber trägt die Kosten
Summe	26		25	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Vertrauen stärken	7	<ul style="list-style-type: none"> • unabhängige, neutrale Kontrollen und Informationen 	8	<ul style="list-style-type: none"> • effizientere Auslastung staatlicher Stellen bis hin zur Auslagerung bzw. Schließen von Stellen, deren Aufgabengebiet für die Bevölkerung wenig wirkungsvoll ist
II. Absatzsicherung heimischer, qualitätsgesicherter Produkte	13	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gütesiegel 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Anschubfinanzierung durch den Staat, Gesamtfinanzierung durch Steuererhöhungen, da in Deutschland produziert und verkauft wird (Umsatz- und Mehrwertsteuer)
III. preiswerte Lebensmittel und Produkte mit einem hohen Qualitätsstandard	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Familien mit Kindern stärken ▪ auch für Senioren finanzierbar ▪ unter Umständen Preislimit für Produkte des täglichen Bedarfes 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Steuer zweckgebunden verwenden (Steuer auf Alkohol, Nikotin usw.)
Summe	28		30	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gesunde Lebensmittel	1	<ul style="list-style-type: none"> • frühzeitige Kontrolle aller Faktoren 	1	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern • Einsparung bei Diäten
II. ungefährliche Technik	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zulassung erst bei bewiesener Gefährlosigkeit 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Gewinnabschöpfung aus Industrie
III. ortsnahe Produktion, Veredelung und Vermarktung	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung der Beteiligten 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Einsparungen im Straßenbau
IV. verbesserter Jugendschutz	11	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verstärkte Kontrollen von Ausgehzeiten und Alkoholausschank ▪ Selbstverpflichtung der Discobesitzer 	13	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern • Discobesitzer
Summe	23		25	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Bekanntmachung von Subventionen (Baugeld)	8	<ul style="list-style-type: none"> • Informationspflicht der zuerst kontaktierten Stelle einführen 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionen
II. Qualität der ärztlichen Notversorgung	13	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachmediziner in Allgemeinmedizin nachschulen 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitswesen
III. Dienstleistungen der Versicherungen übersichtlicher und verständlicher gestalten	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Korrigierung und Verbesserung der Verträge durch Verbraucherschutzverbände 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Versicherungsbeiträge
Summe	26		22	

PLANUNGSZELLE 04 – DINGOLFING-LANDAU

Gr. A

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Umwelt <ul style="list-style-type: none"> • Abgase von Industrie und Verkehr reduzieren • besserer Strahlenschutz bei Mobilfunk • Atomkraftwerken • Zwischenlager für Atommüll 	13	<ul style="list-style-type: none"> • strengere Auflagen bzw. Grenzwerte, unabhängig Forschung bei Hochfrequenz- und Mobilfunkgeräten, mehr politische Mitbestimmung der Bürger und Gemeinden 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse vom Staat für die Forschung • Der Verbraucher muss evtl. höhere Preise in Kauf nehmen
II. Sichere Lebensmittel (Qualität) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lebensmittel aus artgerechter Tierhaltung 	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontrolle des erzeugenden und des weiterverarbeitenden Betriebes ▪ Verzicht auf Pflanzenschutzmittel ▪ Förderung des ökologischen Landbaus durch staatliche Zuschüsse ▪ Kennzeichnung der Lebensmittel durch Gütesiegel 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung über höhere Preise für die Produkte • Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes bei der Zuschussbewilligung (Gesetzgeber)
III. Medikamente und chemische Produkte strenger auf Nebenwirkungen und Verträglichkeit überprüfen und testen	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr internationale Forschung ▪ keine Tierversuche bei der Kosmetik ▪ Patientenkarte dringend erforderlich 	6	<ul style="list-style-type: none"> • staatliche Zuschüsse für Industrie und Forschung
Summe	24		25	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. gesunde Lebensmittelversorgung	12	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des ökologischen Landbaus • strenge Kontrollen in allen Bereichen vom Hersteller bis zum Verbrauch 	4	<ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Mittel • Endverbraucher
II. Umwelt <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Qualität von Boden, Luft und Wasser 	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Absenken von bestehenden Schadstoffgrenzwerten ▪ Förderung alternativer Energien 	12	<ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Mittel • Industrie • Endverbraucher
III. medizinische Versorgung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermeidung von Krankheiten einschließlich Spätfolgen 	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorsorgeuntersuchungen ▪ Impfungen ▪ Medikamentenpass 	8	<ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Mittel • Versicherungsträger • Patienten
Summe	33		24	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Qualität und Sicherheit aller Gebrauchsgüter	6	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von schädlichen Stoffen • stärkere Kontrollen durch den Staat 	7	<ul style="list-style-type: none"> • direkt durch den Konsument
II. Tierschutz	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ natürliches Füttern ohne Wachstumshormone und Leistungsförderer ▪ artgerechte Tierhaltung ▪ keine Tiertransporte (nur bis zum nächsten Schlachthof) 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Konsum • Produzent • Staat
Summe	14		15	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Bei der Herstellung und Produktion der Lebensmittel die Umwelt möglichst wenig belasten.	19	<ul style="list-style-type: none"> Landwirtschaft: schärfere Bestimmungen beim Einsatz von Spritzmitteln, nur getestete Spritzmittel zulassen Industrie und Handel: Transportwege minimieren bzw. auf Schiene und Wasserwege verlegen. Unnötige Verpackungen vermeiden und, wenn möglich, auf Mehrwegsystem setzen. Bestimmungen bei Gewässerschutz und Schadstoffemission verschärfen mit Kontrolle durch den Staat 	22	<ul style="list-style-type: none"> Subventionen and die Landwirtschaft gezielter abgeben Sie soll sich an der Umweltverträglichkeit orientieren Kosten für die Tests von Spritzmitteln muss der Produzent dieser Mittel übernehmen Bahntransport sollte staatlich gefördert werden
II. Vermeidung unnötiger Behandlungskosten	4	<ul style="list-style-type: none"> Einführung der Medikamentenkarte, um Medikamentierung auf das Nötigste zu reduzieren 	10	<ul style="list-style-type: none"> Verteilung der Kosten auf Ärzte (Lesegeräte), Krankenkassen und Patienten
III. Mehr Forschung in der Humanmedizin und in der Veterinärmedizin	10	<ul style="list-style-type: none"> mehr Lehrstühle, Universitäten, Institute 	7	<ul style="list-style-type: none"> zum Teil durch Staatsmittel, zum Teil durch mehr Beteiligung der Industrie
Summe	33		39	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Umwelt <ul style="list-style-type: none"> Verminderung von Straßenverkehr, dadurch weniger Abgase 	3	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Schienennetz 	3	<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer Vignette
II. gesunde Lebensmittel	9	<ul style="list-style-type: none"> Dezimierung des Einsatzes von Chemikalien und Medikamenten 	8	<ul style="list-style-type: none"> Verbraucher
III. bessere Einbindung von älteren und behinderten Mitmenschen	9	<ul style="list-style-type: none"> neue Bauverordnungen Mitspracherecht der Betroffenen 	11	<ul style="list-style-type: none"> Steuergelder
Summe	21		22	

PLANUNGSZELLE 05 – DINGOLFING-LANDAU

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gesundheit für alle möglich	7	<ul style="list-style-type: none"> Vorsorgeuntersuchungen kostenlos Lebensmittelkontrolle Förderung und Anerkennung von Naturheilverfahren 	10	<ul style="list-style-type: none">
II. Persönliche Sicherheit	0	<ul style="list-style-type: none"> Verbot von gewaltverherrlichenden Videos Pornos für Kinder- und Computerspiele Aids und Drogenaufklärung 	0	
III. würdige Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens für Alte und Behinderte	7	<ul style="list-style-type: none"> Bereitstellung von Lebensräumen, die für Alte und Behinderte geeignet sind: mehr Personal, Senioren- und Behindertengymnastik, mehr Altentreffs 	20	<ul style="list-style-type: none"> Leute, die Arbeitslosenhilfe u.ä. beziehen, entsprechend anlernen für verschiedene soziale Tätigkeiten Schwarzgelder aus dem Ausland straffrei zurückführen Steuermehreinnahmen für gezielte Rentenpolitik
IV. Umweltschutz	0	<ul style="list-style-type: none"> Müllvermeidung Luftverbesserung Förderung erneuerbarer Energien 	6	
Summe	14		36	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Sicherstellung einer gesunden Ernährung	4	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von genügend Komponenten, neutralem Fachpersonal für Kontrollen bei BE- und Verarbeitung von Lebensmitteln • Verschärfte Kontrollen bei der Einfuhr von Produkten aus dem Ausland • Vereinheitlichung der Vorschriften mindestens EU-weit 	4	
			14	
II. Sicherstellung der medizinischen Versorgung	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für alle erforderlichen Vorsorgeuntersuchungen ▪ Einbeziehung von Naturheilmitteln und alternativen Heilmethoden bei Kostenübernahme von den Krankenkassen 	1	
			2	
III. Verbesserung des Schutzes für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinder zu kritischen und umweltbewussten Verbrauchern erziehen ▪ größere Überwachung und höhere Geldstrafen für Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz im Hinblick auf Suchtmittel ▪ die Unterbringung älterer und pflegebedürftiger Menschen in Heimen finanziell, sozial und menschlich fördern 	5	
			8	
			1	
Summe	20		35	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Kenntlichmachung der Lebensmittel (Bestrahlung, gentechnische Veränderung, nahrungsfremde Zusätze)	21	<ul style="list-style-type: none"> • Kennzeichnungsverordnung ändern 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Kosten trägt Hersteller
II. Kenntlichmachung von Fleisch- und Wurstprodukten: Vom Erzeuger bis zur Ladentheke	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erzeugerland, Schlachtort, Verarbeitungsort ▪ EU-Gesetz 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionen für Tiertransporte entfallen
III. Erforschung alternativer Energiequellen fördern	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Geld für Forschung 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Staat • Stromanbieter
IV. Zulassung alternativer Heilmethoden, Verstärkung der Vorsorge (Kuren, Untersuchungen)	23	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung der Behandlungsliste der Kassen 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstfinanzierung durch Verkürzung der Krankheiten
Summe	63		25	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Drogenprävention	10	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung, Reha, bessere Eingliederung 	1	<ul style="list-style-type: none"> • über Alkohol- und Tabaksteuer
II. Gesundheitsvorsorge stärken	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ turnusmäßige Vorsorgeuntersuchungen (Vorsorgeheft) 	3	<ul style="list-style-type: none"> • über höhere Beiträge
III. Stärkung der Naturheilkunde	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Information durch Arzt/Apotheker 	2	<ul style="list-style-type: none"> • evtl. Krankenkasse
Summe	21		6	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Jugendliche besser schützen und auf ein bewussteres Leben hinführen	5	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendschutzgesetz besser überwachen • bei Verstößen härtere Strafen, auch Eltern/Erziehungsberechtigte stärker zur Verantwortung ziehen • Jugendliche auch auf ihre Pflichten hinweisen 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit vom Jugendamt besser mit einbeziehen • soziale Dienste anstatt Geldbußen
			6	
II. Gesundheitsstand verbessern	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturheilverfahren gleichstellen mit Schulmedizin ▪ Vorsorgeuntersuchungen einheitlich und gesetzlich regeln 	10	<ul style="list-style-type: none"> • kein Finanzierungsprogramm erforderlich, da Kostenumschichtung • bei Nichteinhalten der Untersuchungen muss der Patient die Folgekosten mittragen
Summe	6		23	

PLANUNGSZELLE 06 – DINGOLFING-LANDAU

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Informieren	7	<ul style="list-style-type: none"> • bessere Präsenz der vorhandenen Informationen 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Bund, Länder • Verbraucher
II. Qualität sichern	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ unabhängige Kontrollen 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Staat • Einschränkung der Steuerverschwendung
III. Umwelt schützen	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verantwortliches Profitdenken 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Industrie • Umschichtung der Subventionen
Summe	22		16	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. strengere Richtlinien	7	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetze Strafen • niedrigere Grenzwerte • umweltfreundliche Technologien 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der MdL und MdB • höhere Besteuerung von Umweltsündern • Autobahnmaut
II. verständliche Produktinfo	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ größere Schrift ▪ genauere Angaben über Inhaltsstoffe, Wirksamkeit und Nebenwirkungen 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Industrie
III. Barrierschutz	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung behindertengerechter Bauten und Einrichtungen ▪ Überschuldungsschutz 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz von Arbeitslosen • höhere Steuern auf Suchtmittel • Spendenaufrufe
Summe	24		21	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Mobilfunk	7	<ul style="list-style-type: none"> • keine Sendemasten in Wohngebieten, bei Kindergärten und Schulen • Forschung zu alternativen Möglichkeiten 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller • Staat
II. Lebensmittel und Gesundheit	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ keimarm, möglichst chemiefrei ▪ gezielte Kontrollen 	15	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller • Händler • Verbraucher
III. Schutz der Umwelt	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verringerung der Abgase ▪ Verringerung des Energieverbrauches 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Gewinn für Verbraucher
Summe	21		33	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Sicherheit	7	<ul style="list-style-type: none"> • gesetzliche Verpflichtung zur verständlichen, gut leserlichen Deklaration (Lebensmittel, Medikamente, Kleidung) 	6	<ul style="list-style-type: none"> • jede Firma trägt durch Reduzierung der Werbung die Kosten selbst
II. dem Verbraucher mehr Verständnis zugestehen	13	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verstärkte und rechtzeitige Info (Fernseher, Hörfunk, Plakatwände) 	15	<ul style="list-style-type: none"> • Werbung • Haushaltsgelder vernünftig verwenden
III. Umweltschutz	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ weniger Verpackungsmaterial ▪ kürzere Transportwege 	11	<ul style="list-style-type: none"> • weniger Verpackung: weniger Kosten
Summe	29		32	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gesundheit	14	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsorge 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Verbraucher
II. Sicherheit	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontrolle 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern
III. Umweltschutz	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einschränkung 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaft
Summe	33		28	

PLANUNGSZELLE 07 – MÜNCHEN

Gr. A

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Sicherung der Grundelemente: – Luft – Wasser – Nahrungsmittel	12	<ul style="list-style-type: none"> • Elemente müssen Gemeinschaftseigentum bleiben • Regelwerke schaffen • unabhängige Kontrollen • konsequente Sanktionen • Schaffung von Transparenz durch Rückmeldung an Bürger 	3 1 1 2	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinschaft finanziert (Steuer, Gebühr)
II. Sicherung der Grundbedürfnisse: – Lebensraum (Wohn- und Arbeitswelt) – medizinische Versorgung – Erziehung/Bildung	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ öffentliche Informationsarbeit optimieren ▪ Regelwerke schaffen und kommunizieren ▪ Kontrolle/Sanktionen ▪ Rechte schaffen, die erlauben, Haushaltsmittel umzuschichten (nur für die Grundbedürfnisse) ▪ 	1 1 1 8	Gemeinschaft finanziert
III. Regulierung von Gesellschafts-/Komfortbedürfnissen: – Handy – nicht öffentliche Medien – Werbung – Individualverkehr	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundlagenforschung ▪ Sicherstellung, dass Grundelemente und Grundbedürfnisse durch Gesellschafts-/Komfortbedürfnisse nicht eingeschränkt werden ▪ Jede Diskriminierung (z. B. Werbung) ist einzustellen ▪ Interessen sind zu gewichten ▪ Regelwerk/Kontrolle/Sanktionen 	1 1 1 1	öffentliche Mittel/private Mittel

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Umweltschutz als Grundlage für eine lebenswerte Zukunft: Bewusstseinsbildung für Umweltschutz, Ernährung und Gesundheit von 0-99 Jahren	16	<ul style="list-style-type: none"> • Ernährungsberater • Ärzte • Veranstaltung in Kindergärten, Schulen, VHW 	5	<ul style="list-style-type: none"> • bestehende Ressourcen (Gesundheitsämter)
II. Verminderung der Verkehrsbelastung (Lärm, Abgase, Menge,...)	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ▪ Umleitung: Strasse auf Schiene ▪ Transportkostenverteuerung ▪ Lastverkehr aus Wohngebieten 	10	<ul style="list-style-type: none"> • LKW-/PKW-Maut • Straßenbau privatisieren
III. Belastung durch Umwelteinflüsse minimieren	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschung intensivieren und schneller umsetzen ▪ Grenzwerte niedriger ansetzen als Forschungsergebnisse empfehlen (Prävention) ▪ Wiedereinführung regelmäßiger Lebensmittelinhaltskontrollen 	1 5 2	<ul style="list-style-type: none"> • vorhandene Ressourcen • Stiftung über kurzfristige Abgabe (analog Solidaritätsb.)
IV. Schutz einzelner Bevölkerungsgruppen (Minderheiten)	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ keine Werbung im Kinderprogramm ▪ vereinfachte Bedienbarkeit technischer Geräte ▪ Ethikrat für Auswahl Film- / Werbeangebot 	0	
Summe	23		8	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Kontrollen der Lebensmittel: häufig, amtlich, ordentlich - Hygiene - Tierschutz - Deklaration, Auslobung - Verpackung - vollständige Deklaration der Inhaltsstoffe - Gesundheitsprüfung für Verkaufs- und Küchenpersonal	7	<ul style="list-style-type: none"> • Einstellen von mehr Kontrolleuren • bessere Schulung • Kontrollamt muß dem Ministerium direkt unterstellt sein 	9	<ul style="list-style-type: none"> • normaler Etat • hohe Strafen, gestaffelt nach Umsatz
II. Schutz des Verbrauchers vor Mobilfunk-schäden	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung der unabhängigen Forschung ▪ Förderung des wissenschaftlichen internationalen Austausches (z.B. Kongresse) ▪ Ergebnisse an die Öffentlichkeit ▪ Aufklärung der Bevölkerung über schädliche Auswirkungen ▪ Zusammenschluss von Netzen fördern ▪ Masten genehmigungspflichtig ▪ schnell Grenzwerte für athermische Wirkungen einführen ▪ Grenzwerte regelmäßig kontrollieren 	3 1	<ul style="list-style-type: none"> • Abgabe pro Mast der Mobilfunkbetreiber
III. Interessenvertretung durch das Ministerium auf Bundes- und EU-Ebene, Medien, Öffentlichkeit, andere Ministerien	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forderung nach vollständiger Deklaration aller Lebensmittelinhaltsstoffe ▪ Gründung einer Strahlenschutzorganisation von WHO und EU ▪ Eintreten für Umweltschutz (Luft, Wasser, Klima, Boden, Verkehr, Lärm, Müll) ▪ Fortbildung für Lehrer, Erzieher, Eltern usw. ▪ Förderung alternativer Energien ▪ Förderung Bio-Landwirtschaft ▪ Förderung der Forschung zu Wechselwirkung von verschiedenen Umweltgiften und -belastungen 	5 1	
Summe	13		19	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Eigenverantwortung stärken	9	<ul style="list-style-type: none"> • Erziehung in Kindergarten, Schule, Berufsausbildung und Erwachsene 	2	<ul style="list-style-type: none"> • vorhanden im Bildungsetat • Umwidmung von anderen Ressorts
II. Sorge für sichere und gesundheitsverträgliche Produkte	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reglementierung (z.B. zulässige Stoffe) ▪ unabhängige Kontrollen und ▪ schmerzhaftes Sanktionen 	10	<ul style="list-style-type: none"> • aus Etat • aus Sanktionen • Kontrollkosten an Unternehmen belasten
III. für objektive und umfassende Information über Produkte und Institutionen sorgen	0	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsbereitstellung über Medien (z.B. Internet, Faxabruf, Zeitung) ▪ Infospalte über Verbraucherschutzstellen in Tageszeitung ▪ unabhängige Institutionen fördern (z.B. Stiftung Warentest) 	1	<ul style="list-style-type: none"> • Etat
Summe	9		13	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. ökologische Landwirtschaft	9	<ul style="list-style-type: none"> • langsame Rückkehr zum biologischen Kreislauf 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionen anders verwenden
II. gezielte Gesundheitspolitik	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ erster Besuch beim Hausarzt verpflichtend einführen ▪ Offenlegen der Leistungsabrechnungen bei Kassenpatienten 	1	<ul style="list-style-type: none"> • bringt Einsparungen
III. ÖPNV attraktiver machen	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fahrpreise verbilligen ▪ Streckennetz ausbauen (nicht stilllegen) 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung durch bessere Auslastung
Entmachtung der Lobbys	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rückbesinnung der Politiker auf Wählerauftrag 	6	<ul style="list-style-type: none"> • kostenlos!
Summe	20		18	

PLANUNGSZELLE 08 - MÜNCHEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Kinder zu kritischen und umweltbewussten Verbrauchern erziehen	12	<ul style="list-style-type: none"> • altersgerechter, gezielter Unterricht ab Vorschulalter • bessere Informationspolitik und Unterstützung der Eltern 	15	<ul style="list-style-type: none"> • Ersatz von 1 Religionsstunde durch 1 Stunde Ernährung und Umwelt • Umverteilung öffentlicher Mittel
II. Hinführung zu gesünderen Produkten (Ernährung)	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung dezentraler Produktionsstätten ▪ beschleunigte Reduzierung der Massentierhaltung ▪ transparente Lebensmittelkette 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Umverteilung der Mittel aus der konventionellen Landwirtschaft • Zwangabgabe der Produzenten für Infobroschüren – ohne höhere Preise bei den Produkten
III. drastische Einschränkung aller umweltschädigenden Einflüsse	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwerkraftverkehr auf Schiene verlegen ▪ drastische Reduzierung aller Schadstoffe ▪ Verstärkung der Forschungsgelder für alternative Energien 	14	<ul style="list-style-type: none"> • Ökosteuer zielgerichtet einsetzen • Rüstungsgelder für diesen Zweck einsetzen
Summe	27		35	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Ausweitung des Ökolandbaus	11	<ul style="list-style-type: none"> • Umstellungshilfen • Unterstützung bei der Vermarktung • Förderung von Ausbildung und Forschung in diesem Bereich 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichtung und Einsparung beim konventionellen Landbau (Kürzung von Subventionen, Beihilfen, Vergünstigungen)
II. Reduzierung der chronischen Erkrankungen	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschung ▪ Aufklärung ▪ „Verdachtsprinzip“, d.h. im Zweifel für die Gesundheit, den Verbraucher 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Gegenfinanzierung durch Einsparung im Gesundheitswesen (langfristig)
III. bessere Verbraucherberatung und Aufklärung	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Geld für Verbraucherzentralen ▪ mehr Geld für Stiftung Warentest 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Peanuts!!!, zur Zeit 4 Mio./Jahr: Umschichtung und Einsparung in anderen Bereichen
Summe	27		19	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Produktion von biologischer Vielfalt und Schaffung neuer Absatzmärkte in der Landwirtschaft	13	<ul style="list-style-type: none"> • Anbau alter und regionaler Sorten • Aufzucht alter und regionaler Tierrassen • Schaffung lokaler / dezentraler Produktionsstrukturen • lokale Vermarktung • Verkauf dieser Produkte in Schulen fördern • Förderung von Events wie Apfelmarkt, Landwirtschaftsausstellung, Bio-Wochenmärkte 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Umleitung von Subventionen • Siegel für entsprechende Produkte
II. Schutz vor gentechnisch manipulierten Lebensmitteln	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ generelles Verbot ▪ zumindest Kennzeichnungspflicht 	10	<ul style="list-style-type: none"> • ökonomische Verwendung von Steuergeldern
III. EU-weite abgestimmte Reduzierung von Umweltauswirkungen	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Herabsetzung der Grenzwerte bei Abgasen, Elektromog, Lärm, Grundwasserbelastung ▪ Entchemikalisierung 	11	<ul style="list-style-type: none"> • ökonomisch verwendete Steuergelder • Erhöhung der Strafen für Umweltsünder
Summe	23		31	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Verminderung der Gesundheitsrisiken bei Mobilfunkgeräten	10	<ul style="list-style-type: none"> • verstärkte Unterstützung der unabhängigen Forschung • strikte Vorgaben an die Industrie • Information des Kunden 	9	<ul style="list-style-type: none"> • Handy-Steuer (Zuschlag bei Kauf)
II. allgemeine Schadstoffreduzierung der Produkte des täglichen Lebens	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reduzierung von Schadstoffgrenzen ▪ Kennzeichnungspflicht (alle Produkte) 	4	<ul style="list-style-type: none"> • gesetzliche Maßnahmen
III. Erziehung zu kritischen und gesundheitsbewussten Verbrauchern	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beginn im Vorschulbereich, verstärkt in der Familie und Schule ▪ Lehrer- und Erzieherfortbildung 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Krankenkassen • Sponsoren • Eigenbeteiligung (Eltern)
Summe	23		18	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. kritisches Verbraucherverhalten, Gemeinschaftssinn und Umweltschutz stärken, Eigenverantwortung übernehmen	5	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte an Schulen und Kindergärten einführen und aufwerten 	2	<ul style="list-style-type: none"> • Spenden der Eltern, Ökoläden etc.
II. Gesundheitswesen verbessern	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ menschenwürdige Zustände in Alten- und Pflegeheimen ▪ Einsatz alternativer Heilmethoden fördern 	8	<ul style="list-style-type: none"> • effizientere Verwendung der vorhandenen Gelder
III. Lebensmittel qualitativ verbessern (Nahrung, Kleidung, Kosmetika)	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des Ökosystems ▪ Gütesiegel ▪ mehr Transparenz 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Steuer auf Genussmittel erhöhen (Alkohol, Tabak, ...)
Summe	13		14	

PLANUNGSZELLE 09 - MÜNCHEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Erhöhung der Luft- und Wasserqualität: Verbesserung der Lebensqualität	20	<ul style="list-style-type: none"> • Groß angelegte Werbekampagne mit Ziel: Aufklärung, Umdenken, Bewusstseinsöffnung, Wiederbelebung der Werte • Verschärfung der Abgasnormen • Ausbau von öffentlichem Nahverkehr, Radwege • keine private Wasserwirtschaft 	5 4 6 4	<ul style="list-style-type: none"> • Luft und Wasserfonds: Generelle LKW und PKW Maut, Luxussteuer einführen, Abgassteuer für Industrieanlagen, keine Unterscheidung zwischen industrieller und privater Wasser- und Energienutzung -> Sanktionierung
Summe	20		19	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Eindämmung der Kostenexplosion in der Gesundheitspolitik	7	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsorgebonusheft • „gläserner Mensch“ 	11	<ul style="list-style-type: none"> • weniger Langzeiterkrankte, niedrige Krankenhauskosten • Einsparung unnötiger Mehrfachuntersuchungen • Abbau des Verwaltungsapparates bei Versicherungen und Krankenhäusern
II. Haftbarmachung von Unternehmen bei Umwelt- und Gesundheitsschäden	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ schärfere Gesetze 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Bußgelder
III. 7. Sinn für Verbraucher- und Umweltschutz	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ breitere Förderung von Verbraucher- und Umweltbewusstsein 	2	<ul style="list-style-type: none"> • geringere Umweltschäden
Summe	18		18	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Kosteneinsparung im Gesundheitswesen	22	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung Patientenheft zur Vorlage beim Facharzt zur Vermeidung doppelter Untersuchungen, Erweiterung auf Vorsorgemaßnahmen 	19	<ul style="list-style-type: none"> • Patientenheft finanziert Gesundheitswesen
Summe	22		19	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. konsequente Aufklärung	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ausgewogene Mischung zwischen Medien, staatlichen Einrichtungen und freien Trägern 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Einschaltung der freien Wirtschaft der sachgem. Werbung • Gebührenregelung einführen (Preiskatalog) für die in Anspruch genommenen Leistungen • durch steuerliche Maßnahmen (evtl. Haushalt umschichten); aber kein Eingriff in Rentenkasse!
II. Rechte schützen und auf Interessen eingehen	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbraucherverbände rechtlich und finanziell stärken und fördern 	5	
III. Sicherheit für jeden einzelnen neu gewährleisten	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetze einführen ▪ spezielle Institutionen einrichten 	1	
Summe	16		17	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Trennung von Politik und Wirtschaft	11	<ul style="list-style-type: none"> keine Mehrfachjobs (Berater, eigene Firma), dadurch neue Jobs 	4	<ul style="list-style-type: none"> Kürzung der Bezüge Anpassung der Altersvorsorge und Sozialleistungen an die des Durchschnittsbürgers keine Sondervergünstigungen
II. Verbesserung und Erhaltung der gesunden und natürlichen Umwelt	8	<ul style="list-style-type: none"> Transparenz der Produktion Sensibilisierung des Verbrauchers rationeller Umgang mit Naturressourcen 	5	<ul style="list-style-type: none"> Strom- und Wasserkosten sollen mit Politik und Wirtschaft gleichgestellt werden Haftbarmachung der Umweltsünder
III. gesunde Landwirtschaft	10	<ul style="list-style-type: none"> artgerechte Tierhaltung artgerechte Fütterung artgerechter Pflanzenbau 	21	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierung der Personalkosten durch Steuern des Arbeitgebers in der Landwirtschaft Wiedereinführung der Vermögenssteuer -> Steuergewinn für Landwirte
Summe	20		27	

PLANUNGSZELLE 10 - MÜNCHEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. gesunde Nahrung	18	<ul style="list-style-type: none"> Verbot von Subventionen von Lebewiehtransporten Schärfere EU-Normen Verbot der Verfütterung von Tiermehl in der EU 	8 4 11	
II. Verbesserung der Verbraucherinformation	8	<ul style="list-style-type: none"> Herkunft von Erzeuger bis Verbraucher vermehrter Einsatz und Kontrolle von Gütesiegeln Qualitätswettbewerb 	3 2 4	<ul style="list-style-type: none"> nur Teilnehmergebühr
III. gesunde Umwelt	17	<ul style="list-style-type: none"> Einflussnahme auf Erziehung zu ökologischem Verhalten Maut für LKW 	2 4	
Summe	43		38	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Umfassende Verbraucherinformation, soweit möglich vor Ort	0	<ul style="list-style-type: none"> Zentrales Verbrauchernetz Bayern (Internet) 	10	<ul style="list-style-type: none"> Nutzung bisheriger Ressourcen
Summe	0		10	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Ernährung, Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge, soziales Verhalten, Verbraucherrechte / -pflichten	0	<ul style="list-style-type: none"> Verbraucherkunde als Pflichtfach von Kindergarten bis Abitur Sozialpädagogen, Lehrer, Erzieher, Landwirte, Ärzte, ... mit entsprechender Qualifikation 	10 4	<ul style="list-style-type: none"> relativ geringe Zusatzkosten durch Nutzung vorhandener Fachkompetenz
Summe	0		14	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Information	1	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerhäuser/Infozentren • persönliche Ansprechpartner • mehr Risikobereitschaft • Finanzierung auf Mitgliederbasis • Internethomepage • Medien • Regelmäßige Veröffentlichungen 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung durch Mitgliederbeiträge
II. effektivere Gesundheitspolitik	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bonuskarte ▪ Patientenkarte 	2 13	<ul style="list-style-type: none"> • Einsparpotential durch Vermeidung von Doppeluntersuchungen
III. Verstärkung des Umweltschutzes	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitspracherechte des Bürgers, z.B. bei Aufstellung Mobilfunk ▪ Verbot von Mobilfunkmasten in dichtbesiedeltem Wohngebiet ▪ Herabsetzung der Grenzwerte bei Mobilfunk 	6 2	<ul style="list-style-type: none"> • Anregung des Bürgerengagements
Summe	24		28	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Ernährung	6	<ul style="list-style-type: none"> • Gütesiegel • Schutz vor Krankheiten, ungewollten Inhaltsstoffen, schlechter Qualität • Transparenz: Herkunft, Haltung, Weiterverarbeitung, Produktion, Endprodukt • Umsetzung: Zusammenstellen eines möglichst europaweiten Vorschriftenkatalogs auf dessen Inhalten das Gütesiegel beruht. Der Katalog soll z.B. Angaben zu Zusammensetzung und Herkunft erhalten 	5 1 5	<ul style="list-style-type: none"> • Streichung der Subvention für Tiertransporte und Massentierhaltung
II. Gesundheit	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prävention: ▪ Wiederaufnahme der Vorsorgeuntersuchung in den Kostenkatalog der gesetzlichen Krankenkassen (z.B.: Mammographie, Ultraschall) ▪ Leistungsbezogenes Honorar der Ärzte ▪ Erforschung möglicher Risiken vor Einführung neuer Technologien (z.B. Mobilfunk) ▪ Medikamente: genaue und verständliche Gebrauchsanweisungen ▪ Risikoausschluss durch die Chipkarte 	9 4	<ul style="list-style-type: none"> • Durch Prävention können Kosten für spätere Krankheiten und deren teure Behandlung eingespart werden • Durch die Chipkarte können Kosten für mögliche Doppelbehandlungen eingespart werden
Summe	9		24	

PLANUNGSZELLE 11 - KRUMBACH

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Erziehung eines mündigen und kritischen Verbrauchers	12	<ul style="list-style-type: none"> • Änderung der Lehrpläne • zusätzliche Informationsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche • unabhängige Kompetenzzentren • objektive unabhängige, umfassende & kompetente Info des Verbrauchers (regelmäßige Verteilung eines Adressbuches für den Verbraucherschutz) 	3 3 6	<ul style="list-style-type: none"> • Mitfinanzierung • Finanzierung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
II: Gesunderhaltung der Bevölkerung	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ klare gesetzliche Regelungen zur Produktion von Lebensmitteln & anderen Verbrauchsmitteln ▪ Zulassung nach abgesicherter & unabhängiger Forschung ▪ strenge und unabhängige Kontrollen ▪ Verschärfung von Sanktionen bei Verstößen ▪ gesundheitliche Prävention (körperlicher Ausgleich in Schule und Beruf), verstärkte Einschaltung von Arbeitsmedizinern ▪ Baugenehmigung nur nach Prüfung durch Umweltmediziner 	1 1 1 1	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung durch Zulassungsgebühren • Steuern
III. Anteil umweltfreundlicher und zukunftsweisender Energieerzeugung erhöhen	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung unabhängiger Forschung intensivieren ▪ Forschungsergebnisse konsequent und schnell umsetzen ▪ fossile Energieträger sukzessive ersetzen, Aufklärung der Konsumenten und Förderungen der zuständigen Industrie und Märkte (Solar, Wind, Wasser, Erdwärme) 	4 4	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse • steuerliche Erleichterungen
Summe	30		24	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Prävention	6	<ul style="list-style-type: none"> • unabhängige Spezialisten, z.B. Umweltmediziner bei Planung einbeziehen • ausreichende Forschungen vor Zulassung • allgemein verständlichere Beipackzettel • Patientenausweis, der alle verordneten Medikamente und Diagnosen enthält 	3 2	<ul style="list-style-type: none"> • kein großer Aufwand • staatliche Verwaltung eines Fonds, Einzahlung der Industrie über Zulassungsgebühren • mehr Ersparnis als Anfangskosten
II. Andere Werte schaffen	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Werbung nach ethischen Gesichtspunkten mehr zensieren durch Kontrollen ▪ unabhängige Einrichtung stärken, publik machen und Akzeptanz schaffen durch ein standardisiertes Nachschlagewerk für jeden Haushalt (Adressen, Erklärung von Siegeln, Abkürzungen, Inhalts-, Zusatz-, Konservierungsstoffe) ▪ Familienpolitik stärken mit dem Ziel, verantwortungsbewusste Verbraucher zu erziehen 	5	<ul style="list-style-type: none"> • höhere Geldbußen bei Verstößen • Umschichtung bei Steuern
III. Verbraucher stärker schützen	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheit, Umwelt, Finanzen schützen durch höhere Produkthaftung (gesetzliche Regelung) 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Risiken durch Versicherung abdeckbar
Summe	10		16	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. aufgeklärten, mündigen Verbraucher schaffen	6	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsgrundlage schaffen (Verbraucherschutzfibel für alle Haushalte) • mehr Mitbestimmung durch Volksbegehren, Bürgergutachten • Politiker stärker an Versprechen und Geschehnissen messen 	7 4	<ul style="list-style-type: none"> • Werbeetat des Ministeriums • ehrenamtliche öffentliche Hand
II. Politik zu mehr Fürsorge verpflichten	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ geplante Maßnahmen auch durchführen ▪ keine PR-Gags, leere Versprechungen, Schnellschüsse: Verbraucherschutz ernst nehmen ▪ besonnenere Reaktion, Gutachten genau und objektiv bewerten ▪ kein „wo kein Kläger, da kein Richter“ Prinzip 		<ul style="list-style-type: none"> • Sonderetat

		<ul style="list-style-type: none"> ▪ ehrliche Erfolgsbilanz halbjährlich und jährlich 		
III. Industrie zur Präventionsunterstützung verpflichtet	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ lückenlose Dokumentation des Produktionsablaufs auf allen Ebenen (Beispiel Bau: Transparenz für verbaute Materialien -> PCB, Asbest) und Rückverfolgung im Bedarfsfall zu gewährleisten ▪ Verbraucherschutzabgabegebühr auf alle Produkte zur Finanzierung des Verbraucherschutzes ▪ Einrichten eines gemeinsamen Entschädigungsfonds für Schadens- bzw. Regressfälle 	1 4 3	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller • Verbraucher • Industrie
Summe	17		19	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Stärkung der Eigenkompetenz der Bürger	17	<ul style="list-style-type: none"> • Informationspolitik • Bildungswesen • Bürgerentscheide /-beteiligung 	19	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichtung (z.B. weniger Waffen) • zielorientierter Einsatz von Steuermitteln (vergleiche Berichte von Rechnungshof)
II: Interessen der Bürger werden von staatlichen Organen wahrgenommen	13	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbraucherberatung stärken ▪ Transparenz der Produkte fördern (Etikettierung) ▪ Erkenntnisse und Wissen umsetzen (z.B. Umweltmedizin) ▪ Vorsorgemaßnahmen (Baumaßnahmen,...) 	14	<ul style="list-style-type: none"> • Kostenneutralität bei konsequenter Umsetzung
III. Umstellung von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Programm zur Anschubfinanzierung über einen bestimmten Zeitraum ▪ regionale Vermarktung 	13	<ul style="list-style-type: none"> • Düngemittelsteuer (Subventionen umschichten) • weniger Reglementierung
Summe	44		46	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Produktsicherheit	13	<ul style="list-style-type: none"> • unabhängige Forschung hinsichtlich Umweltverträglichkeit von neuen Produkten und neuen Techniken 	15	<ul style="list-style-type: none"> • Ökosteuer • Produktzulassungsgebühr
II. Verbraucherinformation	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ stärkere Einbindung bereits vorhandener öffentlicher Institutionen (Ämter, Behörden,...) 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Umstrukturierung
III. Gesundheit	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Akteneinsicht und Beratung über alternative Behandlungsmethoden 	5	<ul style="list-style-type: none"> • keine zusätzlichen Kosten
Summe	26		26	

PLANUNGSZELLE 12 - KRUMBACH

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gesundheit erhalten	9	<ul style="list-style-type: none"> • Bioanbau / -produkte • Bewusstsein zur Gesundheit fördern, z.B. Breitensport 	3 2	<ul style="list-style-type: none"> • Bioprodukte mit Qualitätssiegel billiger zu Lasten der Luxusprodukte • staatliche Förderung des Vereinslebens
II: für „Alle“ (Ältere, Behinderte, Arme) erschwinglich	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eigenbeteiligung ▪ Industrie soll fördern 	1 5	<ul style="list-style-type: none"> • zweckgebunden geringe Abgabe • AG-Abgabe ebenfalls zweckgebunden
III. vernünftige Informationspolitik		<ul style="list-style-type: none"> ▪ staatliche organisierte, unabhängige Verbraucherinfo 	5	<ul style="list-style-type: none"> • pro Werbeeinheit entsprechende Abgabe für Information
Summe	17		11	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. umfassende Aufklärung	6	<ul style="list-style-type: none"> • unabhängige, staatliche Einrichtungen 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Steuergelder
II. verschärfte Kontrollen	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Personal 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Steuergelder
III. Verhinderung von Verharmlosung und Verheimlichungen (z.B. Tierquälerei bei Transport und Haltung)	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestrafung bzw. Absetzung von Verantwortlichen 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Verbraucher
Summe	30		19	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Änderung des Konzessionserwerbs von GastwirtInnen: Wegfall der 3 ½ stündigen Gaudiunterrichtung durch die IHK	6	<ul style="list-style-type: none"> • dafür mehrwöchiges Pflichtseminar 2- 4 Wochen je nach Vorbildung mit Abschlussprüfung 		<ul style="list-style-type: none"> • Seminargebühren • In Hauswirtschaftsschulen Kapazitäten schaffen
II. harmonisches Zusammenwirken von Erzeugung, Produktion, Handel (Kundendienst) und Endzubereitung	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ An jedem Punkt müssen wirksame Kontrollen angesetzt werden 	6	<ul style="list-style-type: none"> • vorhandene HH-mittel so einsetzen, dass der gewünschte Erfolg ohne Preiserhöhung erreicht werden kann
III. Forderung nach verständlichen, informativen, deutschsprachigen, vollständigen und wahren Hinweisen bei Gebrauchsanweisungen, Beipackzetteln und Anleitungen	12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitwirkung der Verbraucherverbände ▪ Öffentlichkeitsarbeit durch Nutzung aller Medien (Zeitung, Internet, Fernsehen) 	11	<ul style="list-style-type: none"> • ohne Kosten
Summe	26		17	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Schadstoffreduzierung	7	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzgebung: reduzierte Grenzwerte, Herstellungsverbot 	9	<ul style="list-style-type: none"> • Bußgelder
II. Aufklärung	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schulen ▪ Medien ▪ Erwachsenenbildung 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Staat
III. Kennzeichnung	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kaufboykott ▪ Reklamation 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Herstellung
Summe	18		25	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gesundheit	10	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsorge und Eigenverantwortung 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlich • Arbeitgeber • Staat
II. Verbraucherschutz	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Information und Kontrolle 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Interessenverbände • Staat • private Gebühren
III. Qualitätsprodukte	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ umweltgerechte Produktion 	12	<ul style="list-style-type: none"> • sozialgerechte Preise
Summe	23		29	

PLANUNGSZELLE 13 - KRUMBACH

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Lebensmitteltransparenz verbessern	6	<ul style="list-style-type: none"> • genmanipulierte Lebensmittel sichtbar kennzeichnen • verständliche Listen über Zusatzstoffe verpflichtend öffentlich aushängen • Symbol für ausschließlich in Deutschland angebaute bzw. erzeugte Produkte 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller, aber: geringer finanzieller Mehraufwand!
II. neutrale Risikobewertung bei (Neu)einführung von technischen Produkten	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschung unabhängig von Wirtschafts- und Parteiinteressen ▪ mehr Langzeituntersuchungen 	2	<ul style="list-style-type: none"> • „Forschungscent“ (siehe Kohlepfennig!)
III. Vermeidung von Umweltgefahren bzw. Förderung des Umweltschutzes	11	<ul style="list-style-type: none"> ▪ härtere Bestrafung von Umweltsündern ▪ Strahlenbelastung senken (Atom-, Mobil-) ▪ alternative Energiegewinnung stärker fördern ▪ Verbot von Klärschlammausbringung 	6 1 1	<ul style="list-style-type: none"> • durch Bußgelder • Einführung von Autobahngebühren für alle Fahrzeuge • Diätenkürzungen
Summe	20		16	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Verwendung von ungefährlichen Stoffen in allen Produkten	6	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz zum vollständigen Verbot gesundheitsschädigender & bedenklicher Stoffe • Kontrolle der Einhaltung 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Bußgelder • Staatsgelder
II. genaue und verständliche Kennzeichnung aller Lebens- und Arzneimittel (EU-weit, weltweit)	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung genormter Symbole (gentechnisch verändert, tierisch, pflanzlich, natürlich, chemisch) ▪ Gesetz, das Hersteller zwingt, alle Inhaltsstoffe für jeden verständlich auf dem Produkt anzugeben 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller (nur einmalige Umstellung nötig)
III. Tierschutz verstärken	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ artgerechte Haltung ▪ Lebendtiertransporte regional begrenzt (mind. ein Schlachthof pro Regierungsbezirk) 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichtung der Subventionen für Nahschlachtung • Bußgelder
Summe	20		18	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. nur einführen oder auf den Markt bringen, was durch Langzeitstudien als unbedenklich eingestuft wird	12	<ul style="list-style-type: none"> • Langzeitstudie mindestens 2-10 Jahre (bei Arzneimittel üblich) • Studie durch mindestens ein neutrales Prüfinstitut begleitet • Einführung erst nach Zulassung durch staatliche Institution 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Langzeitstudie, neutrales Prüfinstitut, Zulassung durch Antragsteller: keine Kosten für Staat, schlägt sich im Preis nieder, Nutzer bezahlt
II. artgerechte Tierhaltung	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Standard für artgerechte Tierhaltung für jede Tierart definieren ▪ Standard wird definiert durch Gremium (Tierschutzverein, Tierarzt, Bauern, Verbraucherzentrale), Absicherung durch Planungszelle ▪ Andere Tierhaltung wird dann nicht mehr erlaubt 	4 7	<ul style="list-style-type: none"> • Bestimmung des Standards durch Steuerzahler, auch Planungszelle • Durchführung und Umstellung wird über den Preis finanziert: Staat ist dabei nicht gefordert!
III. Müllvermeidung statt Mülltrennung	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehrwegverpackung wird Pflicht ▪ Einwegverpackung wird verboten ▪ Eigenverantwortung des Verbrauchers ist zu stärken (z.B. Milch im eigenen Gefäß holen) 	7 6	<ul style="list-style-type: none"> • regelt sich über den Preis: Staat ist nicht gefordert!
Summe	36		28	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. verbesserter Schutz vor Elektrosmog	10	<ul style="list-style-type: none"> • sofortige Reduzierung der „Grenzwerte“ • Anpassung an die technischen Möglichkeiten und verpflichtende weitere Absenkung • Aufklärung auch an den Schulen / Öffentlichkeit 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Mobilfunknutzer (für die Gesundheit)
II. verbesserter Schutz des Verbrauchers	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Etikettierungspflicht: Angabe von besonderen Verarbeitungsmethoden (z.B. Bestrahlung), besonderen Herstellungsmethoden (z.B. Genmanipulation), allen Inhaltsstoffen (verständliche Auszeichnung) 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Industrie
III. verbesserte Information des Verbrauchers	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Verbraucherschutzverbände (über Bekanntheitsgrad) ▪ Normung der Beipackzettel 	1 5	<ul style="list-style-type: none"> • Staat • Industrie
Summe	16		22	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Umstrukturierung der Verbraucherzentralen	9	<ul style="list-style-type: none"> • Fördermitgliedschaft beinhaltet regelmäßige Rechenschaftsberichte • stärkere (regionale) Präsenz • größerer Handlungsspielraum (Kontrollen!) 	13	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedsbeiträge • höhere staatliche Förderung • Gebühren für bestimmte Leistungen
II. Lebensmittelsicherheit verbessern	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ gesetzliche (verständliche) Kennzeichnung von Lebensmitteln (Gentechnik, Inhalts- und Zusatzstoffe) ▪ Kontrolle verbessern (Kontrollen in wechselnden Gebieten einsetzen; Verbraucher einbinden) 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Industrie / Hersteller • gering, höhere Fahrtkosten
III. Mobilfunksicherheit verbessern	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Forschung ▪ Absenkung von Grenzwerten ▪ bessere Information der Bevölkerung 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Einnahmen der UMTS-Lizenzen • Firmen
Summe	18		21	

PLANUNGSZELLE 14 - KRUMBACH

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Umfangreichere Beratung und mehr Kontrolle	10	<ul style="list-style-type: none"> • mehr naturwissenschaftlich ausgebildetes Personal bei den staatlichen Stellen im Verhältnis zur Verwaltung 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Einsparung durch weniger Verwaltung & kürzere Meldewege
II. Mehr Verbraucher-Infos über staatliche Maßnahmen und Erkenntnisse	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelmäßige Verbrauchertipps in den Medien 	13	<ul style="list-style-type: none"> • Finanziert von der jeweiligen Industriebranche (Textil, Auto, Mobilfunkbetreiber, Handwerk....)
III. Verbesserung von Produktbeschreibungen	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Änderung / Verbesserung der Kennzeichnungsverordnung 	5	<ul style="list-style-type: none"> • kostenneutral
Summe	21		30	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Qualität	4	<ul style="list-style-type: none"> • Kontrollen • natürliche Herstellung 	2 3	<ul style="list-style-type: none"> • steuerliche Vergünstigungen mittelständischer Betriebe
II. Wohlstandsreduzierung / Wertewandel	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sinnvolle Freizeitgestaltung (Eigenappell) 	1	<ul style="list-style-type: none"> • Verzicht auf oder Reduzierung von Luxusartikeln beim Verbraucher
III. Gesundheit	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eigeninitiative ▪ sinnvolle Medikamente und Versorgung ▪ Vorsorgeuntersuchungen 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung sportlicher Betätigung und Einrichtungen der Jugend (Schule) • kleinere Medikamentenpackungen
Summe	11		13	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Kontinuierliche Verbesserung & Sicherstellung der Lebensqualität aller Bürger	10	<ul style="list-style-type: none"> • kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch der politischen Institutionen mit den Verbrauchern (z.B. Bürgergutachten) 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Staat, Industrie und Handel zu gleichen Teilen (letztlich immer Finanzierung durch Verbraucher)
II. Globale Implementierung und Standardisierung der Verbraucherpolitik	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verstärkte Sensibilisierung der Bürger zum Verbraucherschutz mit innovativen Methoden (z.B. Gelbe Seiten für den Verbraucherschutz) 	9	<ul style="list-style-type: none"> • Brüssel
Summe	15		16	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Gesunde Ernährung = gesundes Leben	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung der biologischen Produkte 	6	<ul style="list-style-type: none"> • Endverbraucher
II. umfangreiche, gezielte und rechtzeitige Information	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschungslabors und unabhängige Gremien 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern & Industriegelder
III. Schutz der - Kinder und Jugendlichen - älteren Menschen und Behinderten - Ausländer	17	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinder und Jugendliche: Verbot der Aufstellung von Zigarettenautomaten ▪ Ältere Menschen und Behinderte: Ausbau von behinderten- und seniorengerechten Straßen und öffentlichen Gebäuden ▪ Ausländer: flächendeckendes und kostenloses Angebot von Sprachkursen (vor Ort!) 	18	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen und Steuergelder
Summe	31		27	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Größeres Gewicht des Verbrauchers in der Politik	12	<ul style="list-style-type: none"> mehr Mittel für unabhängigen Verbraucherschutz (wie z.B. Verbraucherzentrale, Aufträge an unabhängige wissenschaftliche Institute) 	6	<ul style="list-style-type: none"> Umschichtung von Geldern (Überdenken des Subventionssystems)
II. Information der Bürger über Organisationen des Verbraucherschutzes und Informationsquellen	8	<ul style="list-style-type: none"> Leitfaden für die Bürger („Gelbe Seiten“) 	8	<ul style="list-style-type: none"> Unerhebliche Kosten
III. besondere Berücksichtigung gesellschaftlicher Gruppen, die eines besonderen Schutzes bedürfen (Kinder, alte Menschen, Behinderte, Mitbürger ausländischer Herkunft)	5	<ul style="list-style-type: none"> Kommunikation zwischen bestehenden örtlichen Organisationen (Kinderschutzbund, kirchliche Organisationen,....): Formulierung von Zielen und deren Umsetzung 	6	<ul style="list-style-type: none"> Eigenleistung der Bürger
Summe	25		20	

PLANUNGSZELLE 15 - ERLANGEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Unterstützung regionaler Produkte zur Steigerung und Erhaltung der Lebensmittelqualität	13	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Entscheidungsbefugnisse von der EU auf die Regionen Umstellung des Fördersystems „weg von der Masse hin zur Qualität“ Verbraucherinformation hin zur Qualität Aufklärung für die Bürger: Bildungsinstitutionen, Verbraucherzentren, zuständige Ministerien und Medien u.ä. Entwicklung eines Kriterienkatalogs für den Einsatz der Fördergelder Einführung eines regionalen Qualitätssiegels 	15	<ul style="list-style-type: none"> Durch Umschichtung (siehe Punkt 2)
Summe	13		15	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Staat soll Verbraucher schützen	8	<ul style="list-style-type: none"> Struktur schaffen, die den Verbraucherschutz gleichberechtigt berücksichtigt Verbraucherschutzgesetze: Festlegung strenger Grenzwerte, keine Richtwerte Überzeugungsarbeit in Richtung EU & WTO Staaten, die sich nicht an getroffene Vereinbarungen halten sanktionieren 	4 5 2 1	<ul style="list-style-type: none"> Normale politische Arbeit im Rahmen des Verbraucherschutzzets
II. Förderung anerkannter Ökoerzeuger & -produkte	11	<ul style="list-style-type: none"> Finanzielle Unterstützung der Erzeugerbetriebe Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Ökoprodukte Kontrolle der Öko-Importprodukte Anschubhilfe 	5 1 1 1	<ul style="list-style-type: none"> Umschichtung der Subventionen Autobahnvignette
III. Qualifizierte verständliche Kennzeichnungspflicht für alle Produkte EU-weit	7	<ul style="list-style-type: none"> Festlegung der Parametern der Produktinformation Standards über Gütesiegel Qualitätssicherung durch Kontrollen EU-weit 	7	<ul style="list-style-type: none"> normale politische Arbeit Autobahnmaut Erzeuger
Summe	26		15	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Qualitativ hochwertige Lebensmittel	7	<ul style="list-style-type: none"> • direkte Förderung für Erzeuger mit umwelt- und tierverträglicher Produktion • eindeutige Kennzeichnung (Siegel) von gentechnisch erzeugten und chemisch behandelten Lebensmitteln • EU-weite Beschränkung der Spritzmittel auf das Notwendigste – Angabe der verwendete Spritzmittel • Unangemeldete Kontrollen beim Produzenten mit der Möglichkeit der Verhängung von Bußgelder 	8	<ul style="list-style-type: none"> • EU-weiter Abbau von Subventionen, z.B. Transportsubventionen, Stilllegungsprämien
II. schadstofffreie Verarbeitung und Bearbeitung von Nahrungsmitteln	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verstärkte Zuwendung zu traditionellen Methoden ▪ Unangemeldete hygienische Kontrollen mit harten Konsequenzen ▪ Verzicht auf Gentechnologie, künstliche Farbstoffe, Geschmacksverstärker, molekulares Design ▪ Verzicht auf Zusatzstoffe bei Fleisch- und Wurstwaren 	10	<ul style="list-style-type: none"> • über höheren Produktpreis
III. Verringerung der Umweltbelastungen und -gefahren	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wasser: verbindliche Grenzwerte der chemischen Reinigung ▪ Luft: Beibehaltung bzw. Verringerung der Emissionen ▪ Lärm: feste Schallschutzwerte (Dezibel) für Verkehr, Kinos, bauliche Maßnahmen ▪ Anreize für schadstoffarme Produktion und Produktionsmittel 	9	<ul style="list-style-type: none"> • über Produktionssteuer und Verbrauchssteuer
Summe	21		27	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefahren	9	<ul style="list-style-type: none"> • frühzeitiger Hinweis bei Seuchengefahren • Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen für: ökologische Landwirtschaft, geprüfte Sicherheit für technische Geräte, Verbot von schädlichen Spritzmitteln, Zusatzstoffen, Inhaltsstoffen 	7	<ul style="list-style-type: none"> • Ökosteuer umverteilen • höhere Preise für qualitativ hochwertige gesunde Produkte • private Initiativen
II. Schutz besondere Verbrauchergruppen (ältere Menschen) vor „Haien“	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gebaren der „Haien“ analysieren und beschreiben durch Gutachter ▪ Der VdK erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung der Situation ▪ Einbringen in das gesetzgebende Verfahren ▪ Gesetzesergänzung („VDK“ übernimmt Fahrten mit Omnibus für getroffene Gruppe gegen Entgelt) 	1	<ul style="list-style-type: none"> • Gutachten (1020 Euro) bezahlt aus Mitteln des Ministers für Verbraucherschutz
III. Schaffung eines „ökologischen Moralprinzips“, d.h. ökologisches Produzieren muss sich lohnen!	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualitätsstandard schaffen (Gütesiegel) ▪ Ethikkommission einsetzen – AUDIT ▪ Qualitätsmanagement einführen ▪ Produktionsverfahren verbessern / neu entwickeln 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung durch Produzenten und Verbraucher: Selbstfinanzierung • Motto: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser!
Summe	15		13	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. stärkere Gewichtung des Verbraucherschutzes innerhalb des Ministeriums	9	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung einer Dachorganisation der einzelnen Verbraucherverbände: Verbraucherschutz Bayern e.V., HDFB, VdK, Kompetenzzentren Landratsämter, Bürgerinitiativen 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Umschichtung der vorhandenen Finanzen
II. Aufklärung	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung einer Dachorganisation (siehe 1. Ziel): TV-Sendungen, Zeitungen, Zeitschriften 	0	<ul style="list-style-type: none"> • Aus dem Haushalt
III. Exakte, detailliertere, besser aufgeschlüsselte, verständlichere und gut lesbare Angabe aller Inhaltsstoffe (Hinweise auf gentechnische Veränderungen, Bestrahlung usw.)	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Per Gesetz 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentarische Arbeit
Summe	25		18	

PLANUNGSZELLE 16 – ERLANGEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Erziehung des Verbrauchers: Aufklärung über seine Rechte, Pflichten und die Macht der Kaufkraft	12	<ul style="list-style-type: none"> • „Meckerheft“ – Information berechtigt zum Meckern 	17	<ul style="list-style-type: none"> • Sponsoren • Steuergelder • Einschränkung des Verwaltungsapparates
II. Information	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sichtbare, deutliche und verständliche Kennzeichnung von Medikamenten und Lebensmitteln 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller • Produktpreis
Summe	17		20	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Objektive Produktinfo	11	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung Stiftung Warentest 	16	<ul style="list-style-type: none"> • Preiserhöhung aller Produkte um z.B. 0,5%: 50% durch die Industrie und 50% durch den Verbraucher
II. Produkthaftung für Werbeaussagen	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gründung einer Stiftung für Werbesicherheit 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Durch die Werbung / Industrie • Durch Strafen in Abhängigkeit vom Umsatz
III. Vermeidung von gesundheitsschädlichen Fleischprodukten	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Herstellung von Tiermehl verbieten 	11	<ul style="list-style-type: none"> • Entschädigung durch Erhöhung der Fleischpreise
Summe	26		39	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Sicherheit und Schutz des Verbrauchers: - Lebensmittel - Technische Geräte - Umweltschutz	6	<ul style="list-style-type: none"> • TÜV für Lebensmittel: Qualitätskontrolle, Verpackung, Hygiene • TÜV für technische Geräte: Sicherheit, einfache Handhabung, Preisleistung • TÜV für Umweltschutz: Überwachung des Müllsystems, Überwachung großer Fabriken 	6 2 5	<ul style="list-style-type: none"> • Staat • Erzeuger – Hersteller • Steuerzahler
Summe	6		13	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Artgerechte Tierhaltung	17	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Massentierhaltung 	14	<ul style="list-style-type: none"> • Subvention durch die EU
Summe	17		14	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I Produktsicherheit	12	<ul style="list-style-type: none"> • Effektive Kontrolle • gesetzliche Mindestanforderungen 	15	<ul style="list-style-type: none"> • Steuermittel • höhere Bußgelder
II. Mündiger Bürger	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beteiligung der Bürger an Entscheidungen ▪ Stärkung der plebiszitären Elements in der Bayerischen Verfassung 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Vernachlässigbar höhere Kosten
III. Mündiger Verbraucher	6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbraucherinformation: ▪ Hersteller und Händler: exakte Deklaration der Inhaltsstoffe, Herkunft, ▪ Öffentliche Stellen: unabhängige Warentest, Verbrauchernetzen, Schulen ▪ Bürger: Vereine Nachbarschaft 	3	<ul style="list-style-type: none"> • Produktpreis • Steuern, Honorar
			3	
			3	
Summe	20		27	

PLANUNGSZELLE 17 - ERLANGEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Kompetente Infos über Inhaltsstoffe	6	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Kontrollen 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Punkt 2
II. Umweltschutz	11	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weniger Verpackung 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Kosteneinsparung
III. artgerechte Tierhaltung	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontrolle durch staatliche Tierärzte 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Infrastruktur
Summe	27		29	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Qualitätssicherung/ -steigerung	4	<ul style="list-style-type: none"> • Deklaration bei allen Konsumgütern verbessern • Forschung optimieren: Ergebnisse publizieren • umweltfreundliche Techniken unterstützen, Anreize schaffen 	8	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensberater aus der Wirtschaft beauftragen, Behörden effizienter zu machen • Flugbereitschaft einsparen / streichen: Charter preiswerter, Linienvflüge nutzen
II. Bewusstsein für den Umgang mit der Umwelt = Lebensumfeld beim Verbraucher verbessern	16	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Früherziehung in Kindergärten ▪ Lehrpläne mit mehr „Naturnähe“ ▪ Körperbewusstsein schon bei Kindern wecken ▪ Monatliche Zeitung, staatlich finanziert, mit Themen wie: Umgang mit der Natur, Chancen und Risiken von neuen Techniken, keine Bevormundung der Bürger, sondern objektive Berichte, Konsumverhalten darstellen und die Folgen für die Umwelt 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Doppelämter und –behörden abschaffen • bessere Auslastung von Labors, Schichtarbeit
Summe	20		20	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. aufgeklärter Verbraucher	12	<ul style="list-style-type: none"> • Chance zur Info via: Internet/Printmedien; unabhängig preiswert • flächendeckende / einwohnerzahlabhängige Verbraucherzentralen 	4 4	<ul style="list-style-type: none"> • bessere Öffentlichkeitsarbeit Richtung Printmedien: keine Zusatzkosten
II. keine gesundheitsgefährdenden und umweltschädigenden Produkte	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ fördern gesunder und umweltverträglicher Produkte ▪ verständliche Deklarationsstandards und -pflicht 	8 2	<ul style="list-style-type: none"> • bisherige Subventionen auf neue Ziele der Verbraucher umschichten
III. Staat und Industrie sollen ihren Beitrag leisten	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verständliche Betriebsanleitungen / Beipackzettel ▪ unabhängige Kontrolle / Ahndung ▪ Verbraucherbildung in der Schule 	3 1 2	<ul style="list-style-type: none"> • Staat muss verbraucherabhängige Prioritäten im Haushalt setzen
Summe	22		24	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. mehr Problembewusstsein und Selbstverantwortung schaffen	13	<ul style="list-style-type: none"> • umfassende Info über aktuelle und potentielle Probleme in Schulen, Massenmedien, usw. 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Prestigeprojekte abschaffen
II. langfristige, schädliche Wirkungen besser untersuchen	7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ wissenschaftlich unabhängige Untersuchungen fördern 	10	<ul style="list-style-type: none"> • Kostenbeteiligung des Verbrauchers über Fonds
III. Harmonisierung auf EU-Ebene	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ gleiche Gesetzgebung auf hohem Niveau schaffen 	4	<ul style="list-style-type: none"> • Bestrafung von Missbrauch
Summe	25		19	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Verbraucherinformation	8	<ul style="list-style-type: none"> • öffentliche, ausreichende Beratungsstellen 	15	<ul style="list-style-type: none"> • aus öffentlichen Mitteln finanzieren • Einsparung an unnötigen Objekten
II. Verbraucher vor Produkt-Nachteilen schützen	9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ staatliche Kontrollen der EU-Standards 	9	<ul style="list-style-type: none"> • aus öffentlichen Mitteln finanzieren • auf unsinnige Großprojekte verzichten (z.B. Transrapid)
III. Verbraucherpolitik zum Schutz der Umwelt	11	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Restriktive Maßnahmen im Verpackungsbereich 	6	<ul style="list-style-type: none"> • fällt keine Finanzierung an!
Summe	28		30	

PLANUNGSZELLE 18 - ERLANGEN

Gr. A.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Schutz	10	<ul style="list-style-type: none"> • Vor Gesundheitsschäden durch Verbot von bedenklichen Stoffen bei Lebensmitteln, Medikamenten, Textilien • laufende Verbesserung von Hygienemaßnahmen • Festlegung von Mindeststandards auch in der Technik • Einflussnahme in den Gremien der EU 	5	<ul style="list-style-type: none"> • „Wir“-Steuerzahler
II. Information	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ sofortige, nachdrückliche und wahrheitsgemäße Information des Verbrauchers bei Zwischenfällen ▪ zwingende Einschaltung der Medien ▪ Förderung der Verbraucherzentralen ▪ Förderung der Verbraucheraufklärung, Schulungen, Vermittlung von Grundwissen in den Schulen ▪ Bürgergutachten 	12	<ul style="list-style-type: none"> • „Wir“-Steuerzahler
III. Kontrolle	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontrolle der Umweltparameter (Wasser, Luft, Strahlung, Boden) ▪ Lebensmittel ▪ Medikamente ▪ Arbeitsplätze ▪ Einhaltung der Hygienevorschriften ▪ Einführung neuer Substanzen nach ausführlicher Prüfung 	1	<ul style="list-style-type: none"> • „Wir“-Steuerzahler
IV. Bürgernähe	10	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungszellen... –regelmässig und fortlaufend! 	10	<ul style="list-style-type: none"> • „Wir“-Steuerzahler
Summe	24		28	

Gr. B.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. zeitnahe, umfassende, ausgewogene, unabhängig und verständliche Information der Bürger	9	<ul style="list-style-type: none"> • z.B. monatliche Informationssendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen über die Verbraucherschutzfähigkeit des Ministeriums (günstige Sendezeit, gemischte Reaktion) 	12	<ul style="list-style-type: none"> • durch Sponsoren
II. Verbrauchersicherheit durch präventive, vorausschauende Politik	11	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Untersuchungen und Forschungen, die die Anwendungssicherheit und Unbedenklichkeit von Lebensmitteln, Produkten und Technologien gewährleistet, deren Ergebnisse unabhängig geprüft werden (Gesundheitsbehörden, TÜV) 	18	<ul style="list-style-type: none"> • Hersteller über Produktpreis
III. kontinuierlicher Dialog zwischen Politikern und Verbrauchern	20	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungszellen ▪ Bürgerbefragung ▪ Verbraucherforen ▪ Themenbusse (über Aktuelles informieren, Rückmeldungen sammeln) ▪ Internetportal (mit Chatroom) 	14	<ul style="list-style-type: none"> • durch den Ministeriumsetat
Summe	40		44	

Gr. C.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Europa (Welt) –weite Standards definieren (zumindest die Unterschiede so weit wie möglich verringern)	11	<ul style="list-style-type: none"> • Überzeugungsarbeit durch die Politiker • Angleichung der sozialen Standards 	4 3	<ul style="list-style-type: none"> • Staat (Steuern) • Industrie (Preise)
II. ausreichende und verständliche Information: selbständige Entscheidung des Verbrauchers	13	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regeln zur klaren Deklaration von Zusatz- und Inhaltsstoffen (Gewichtsanteile, allergieauslösende Stoffe) ▪ einheitlich gültige Symbole für wesentliche Kriterien / Aussagen z.B. Gentechnikanwendung ▪ Behördenschreiben leichter verständlich abfassen ▪ Regeln für die Gestaltung von Beipackzetteln und Gebrauchsanweisungen: wesentliche Inhalte hervorheben, verständlicher schreiben 	9 4 2 1	<ul style="list-style-type: none"> • Regeln aufstellen / entscheiden: Etat des Ministeriums • Umsetzung: Industrie - > Preise
Summe	24		23	

Gr. D.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. saubere Lebensmittel -> keine schädlichen Zusatzstoffe	12	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellen einer Verbotsliste von schädlichen Stoffen • Der Hersteller muss sein Produkt und den Herstellungsprozess beschreiben • Garantieschein ausstellen 	12	<ul style="list-style-type: none"> • Staat • Hersteller
II. höhere Sicherheit: Schutz von Leben und Eigentum	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ An gefährdeten Orten Überwachungskameras aufstellen, z.B. auf Bahnhöfen usw. 	5	<ul style="list-style-type: none"> • Staat durch Steuern
III. saubere Umwelt	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überwachung! schnelle Reaktion und Gegenmaßnahmen, z.B. Verkehrsperre zeitlich begrenzt 		<ul style="list-style-type: none"> • Verursacher
Summe	30		17	

Gr. E.

Ziele	Pkt	Maßnahmen	Pkt.	Finanzierungsvorschläge
I. Abbau von Überbürokratisierung	17	<ul style="list-style-type: none"> • mehr Bürgerfreundlichkeit • Entschlackung des Formularwesens • Instanzenweg: übersichtlicher, effektiver, komprimierter 	23	<ul style="list-style-type: none"> • Rationalisierung spart Geld! •
Summe	17		23	

Anhang II

B

Gruppe: A

Ziele

- 1) reichere Beratung
Kontrolle
- 2) Verbraucher-Infos
staatl. Maßnahmen + Erkenntnissen
- 3) Verbesserung von
Produktbeschreibungen

Maßnahmen

- 1) mehr
ausgebildeten
den staatl.
Verhältnis
- 2) regelmäßig
tipps
- 3) Änderungen

B

Anhang II

Zu Kapitel 5: Die Bürgergutachter

„Vergleich der Planungszellenteilnehmer mit der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht“												
Tirschenreuth												
Alter	Landkreis		Planungszellen		Landkreis Frauen		Planungszellen Frauen		Landkreis Männer		Planungszellen Männer	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
15-19	4791	7,2%	1	2,0%	2289	6,8%		0,0%	2502	7,7%	1	4,0%
20-24	4310	6,5%	4	8,2%	2092	6,2%	3	12,5%	2218	6,9%	1	4,0%
25-29	4612	7,0%		0,0%	2191	6,5%		0,0%	2421	7,5%		0,0%
30-39	12799	19,3%	12	24,5%	6197	18,3%	6	25,0%	6602	20,4%	6	24,0%
40-49	11535	17,4%	12	24,5%	5542	16,3%	7	29,2%	5993	18,5%	5	20,0%
50-64	13978	21,1%	18	36,7%	6857	20,2%	7	29,2%	7121	22,0%	11	44,0%
65+	14238	21,5%	2	4,1%	8730	25,8%	1	4,2%	5508	17,0%	1	4,0%
Gesamt	66263	100,0%	49	100,0%	33898	100,0%	24	100,0%	32365	100,0%	25	100,0%

Dingolfing-Landau												
Alter	Landkreis		Planungszellen		Landkreis Frauen		Planungszellen Frauen		Landkreis Männer		Planungszellen Männer	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
15-19	5583	7,5%	6	6,0%	2728	7,2%	1	1,9%	2810	7,7%	5	10,4%
20-24	5110	6,9%	6	6,0%	2438	6,5%	5	9,6%	2672	7,3%	1	2,1%
25-29	5522	7,4%	6	6,0%	2646	7,0%	5	9,6%	2867	7,8%	1	2,1%
30-39	15410	20,7%	15	15,0%	7509	19,9%	7	13,5%	7901	21,5%	8	16,7%
40-49	13641	18,3%	27	27,0%	6580	17,4%	19	36,5%	7061	19,2%	8	16,7%
50-64	15312	20,6%	32	32,0%	7524	19,9%	14	26,9%	7788	21,2%	18	37,5%
65+	13921	18,7%	8	8,0%	8312	22,0%	1	1,9%	5609	15,3%	7	14,6%
Gesamt	74499	100,0%	100	100,0%	37737	100,0%	52	100,0%	36708	100,0%	48	100,0%

München												
Alter	Stadt		Planungszellen		Stadt Frauen		Planungszellen Frauen		Stadt Männer		Planungszellen Männer	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
15-19	48102	4,5%	3	3,4%	23826	4,3%	3	5,4%	24276	4,8%	0	0,0%
20-24	72599	6,9%	2	2,3%	38091	6,9%	0	0,0%	34508	6,9%	2	6,3%
25-29	94162	8,9%	4	4,5%	46726	8,4%	1	1,8%	47436	9,4%	3	9,4%
30-39	231889	21,9%	18	20,5%	109495	19,7%	10	17,9%	122394	24,3%	8	25,0%
40-49	163572	15,5%	16	18,2%	83430	15,0%	13	23,2%	80142	15,9%	3	9,4%
50-64	253844	24,0%	31	35,2%	130945	23,6%	20	35,7%	122899	24,4%	11	34,4%
65+	193347	18,3%	14	15,9%	122062	22,0%	9	16,1%	71285	14,2%	5	15,6%
Gesamt	1057515	100,0%	88	100,0%	554575	100,0%	56	100,0%	502940	100,0%	32	100,0%

Krumbach													
Alter	Stadt		Planungszellen		Stadt Frauen		Planungszellen Frauen		Stadt Männer		Planungszellen Männer		
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	
15-19	722	6,9%	2	2,2%	366	6,7%	2	4,4%	356	7,2%	0	0,0%	
20-24	696	6,7%	6	6,6%	335	6,2%	4	8,9%	361	7,3%	2	4,3%	
25-29	738	7,1%	5	5,5%	364	6,7%	1	2,2%	375	7,6%	4	8,7%	
30-39	1939	18,7%	16	17,6%	948	17,4%	9	20,0%	991	20,0%	7	15,2%	
40-49	1685	16,2%	22	24,2%	844	15,5%	10	22,2%	841	17,0%	12	26,1%	
50-64	2294	22,1%	23	25,3%	1117	20,5%	10	22,2%	1177	23,7%	13	28,3%	
65+	2319	22,3%	17	18,7%	1462	26,9%	9	20,0%	855	17,3%	8	17,4%	
Gesamt	10393	100,0%	91	100,0%	5436	100,0%	45	100,0%	4956	100,0%	46	100,0%	

Erlangen													
Alter	Stadt + Landkreis		Planungszellen		Stadt + Landkreis Frauen		Planungszellen Frauen		Stadt + Landkreis Männer		Planungszellen Männer		
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	
15-19	13242	6,7%	7	7,5%	6530	6,4%	4	7,4%	6712	7,0%	9	4,7%	
20-24	12651	6,4%	4	4,3%	6396	6,3%	3	5,6%	6255	6,5%	7	3,7%	
25-29	13804	6,9%	3	3,2%	6841	6,7%	2	3,7%	6963	7,2%	9	4,7%	
30-39	41900	21,1%	22	23,7%	20747	20,3%	12	22,2%	21153	21,9%	39	20,5%	
40-49	36988	18,6%	11	11,8%	18204	17,8%	9	16,7%	18784	19,5%	30	15,8%	
50-64	45055	22,7%	31	33,3%	22309	21,8%	16	29,6%	22746	23,6%	68	35,8%	
65+	35024	17,6%	15	16,1%	21136	20,7%	8	14,8%	13888	14,4%	28	14,7%	
Gesamt	198664	100,0%	93	100,0%	102163	100,0%	54	100,0%	96501	100,0%	190	100,0%	

Bayern													
Alter	Land		Alle Planungszellen		Land Frauen		Alle Planungszellen Frauen		Land Männer		Alle Planungszellen Männer		
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	
15-19	656648	6,4%	19	4,5%	321758	6,1%	10	4,3%	334890	6,8%	9	4,7%	
20-24	682730	6,7%	22	5,2%	339860	6,4%	15	6,5%	342870	6,9%	7	3,7%	
25-29	759142	7,4%	18	4,3%	374879	7,1%	9	3,9%	384263	7,8%	9	4,7%	
30-39	2115930	20,7%	83	19,7%	1030139	19,5%	44	19,0%	1085791	21,9%	39	20,5%	
40-49	1761640	17,2%	88	20,9%	866676	16,4%	58	25,1%	894964	18,1%	30	15,8%	
50-64	2270305	22,2%	135	32,1%	1137997	21,5%	67	29,0%	1132308	22,9%	68	35,8%	
65+	1984577	19,4%	56	13,3%	1212276	22,9%	28	12,1%	772301	15,6%	28	14,7%	
Gesamt	10230972	100,0%	421	100,0%	5283585	100,0%	231	100,0%	4947387	100,0%	190	100,0%	

Datenquellen: Eigene Erhebungen; Statistische Berichte des Bayer. Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, Die Bevölkerung in den Gemeinden Bayerns nach Altersgruppen und Geschlecht, April 2002, Stand: 31.12.2000, A13 - 1 - j / 00

Haushaltsgrößen der Planungszellenteilnehmer und der Bevölkerung Bayerns				
Haushaltsgröße in Personen	Land total	Land Prozent	Planungszelle total	Planungszelle Prozent
1	1971	35,5	70	16,2
2	1808	32,4	142	32,9
3	806	14,4	76	17,6
4	705	12,6	78	18,1
5 und mehr	292	5,2	51	11,8
Keine Angabe			14	3,2
An einhundert Prozent fehlende: Rundungsfehler				
Datengrundlagen: Bayern Privathaushalte nach Haushaltsgröße, Ergebnis des Mikrozensus 2001; Eigene Erhebungen.				

Zu Kapitel 6: Die Ergebnisse

AE 01: Einführung, Verbraucherschutz Gesundheit

1. Was stärkt Ihre Gesundheit?						
Einfluss	stark	mittel	schwach	weiß nicht	keine Angabe	Summe
Familie, Freunde	342	72	5	2	8	429
Geselligkeit	135	212	54	10	18	429
Arbeit	123	186	90	12	18	429
Sport	187	136	79	9	18	429
Urlaub, Reisen	183	162	61	6	17	429
frische Luft, Natur	377	42		1	9	429
Schlafen	293	104	22	1	9	429
Religion, Glaube	99	124	154	34	18	429
Liebe	287	100	14	10	18	429
Hobbies, Freizeit	199	163	48	5	14	429
Ernährung	248	148	18	4	11	429
Summe	2473	1449	545	94	158	4719

Mittelwertvergleich nach Teilprojekten

Teilprojekte	Familie, Freunde	Geselligkeit	Arbeit	Sport	Urlaub, Reisen	frische Luft, Natur	Schlafen	Religion, Glaube	Liebe	Hobbies, Freizeit	Ernährung
Tirschenreuth	1,1	1,8	1,8	1,7	2,2	1,1	1,5	2,1	1,3	1,7	1,3
Dingolfing-Landau	1,1	1,6	1,8	1,7	1,8	1,1	1,3	2,2	1,3	1,7	1,5
München	1,2	1,8	2,1	1,7	1,5	1,1	1,3	2,2	1,3	1,5	1,4
Krumbach	1,2	1,8	1,9	1,7	1,7	1,1	1,4	2,1	1,2	1,6	1,4
Erlangen	1,4	2,0	2,0	1,8	1,6	1,1	1,3	2,1	1,3	1,7	1,5
Insgesamt	1,2	1,8	1,9	1,7	1,7	1,1	1,4	2,1	1,3	1,6	1,4

1. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verbraucherschutz in folgenden Bereichen?						
	zufrieden	zum Teil	unzufrieden	müsste ich mehr darüber wissen	keine Angabe	Summe
Sicherung der Fleischqualität (BSE usw.)	56	170	160	40	2	428
Lebensmittelsicherheit allgemein	67	246	68	41	6	428
Sicherheit von Arzneimitteln	101	154	70	90	13	428
Schutz vor möglichen Mobilfunk-Gefahren	36	91	145	151	5	428
Schutz vor irreführender Werbung	38	121	221	41	7	428
Verbraucherberatung und – information	41	227	91	62	7	428
Schutz vor schädlicher Chemie im Haushalt	59	148	121	97	3	428
Summe	398	1157	876	522	43	

Mittelwertvergleich nach Teilprojekten

Teilprojekte	Fleisch- qualität	Lebensmittel- sicherheit	Arzneimittel	Mobilfunk	Werbung	Verbrau- cherberatung	Schutz vor Chemie
Tirschenreuth	2,1	2,1	2,1	2,5	2,5	2,2	2,3
Dingolfing-Landau	2,1	1,9	1,8	2,3	2,5	2,1	2,2
München	2,5	2,1	1,9	2,5	2,5	2,3	2,2
Krumbach	2,3	2,0	2,0	2,5	2,5	2,1	2,2
Erlangen	2,3	2,0	1,8	2,3	2,5	2,0	2,1
Insgesamt	2,3	2,0	1,9	2,4	2,5	2,1	2,2

AE 11: Werbung

	off	manchmal	selten	nie	Summe
Haben Sie schon einmal durch Werbung von einem neuen Produkt erfahren?	230 (55%)	106 (25%)	59 (14%)	22 (5%)	417
Haben Sie schon einmal ein Produkt wegen der Werbung dafür gekauft?	85 (20%)	65 (16%)	144 (34%)	123 (30%)	417

Fühlen Sie sich durch Werbung....	Anzahl	in % von N=417
informiert?	163	39%
unterhalten?	159	38%
irreführt?	213	51%
gestört?	280	67%

AE 14: Verbraucherarbeit

Wo suchen Sie als Verbraucher Informationen, Rat und Hilfe? Suchen Sie überhaupt?

	Tirschenreuth	Dingolfing	München	Krumbach	Erlangen	Gesamt
Suche nicht	1	0	2	0	1	4
Freunde und Bekannte	34	86	68	76	84	348
"test"-Hefte, "Ökotest", "DM" o.ä.	27	63	56	56	58	260
andere Zeitungen, Zeitschriften	27	62	60	51	60	260
Fernsehen	20	47	46	37	49	199
Hörfunk	16	28	28	22	25	119
Verbraucherzentrale	12	20	27	21	26	106
Internet	20	35	49	35	45	184
Fachpersonal in Fachgeschäften	42	95	66	77	79	359
Behörden, Ämter, staatliche Beratung	20	34	33	42	33	162
Telefondienste	5	9	4	8	7	33

in %:

	Tirschenreuth	Dingolfing	München	Krumbach	Erlangen	Gesamt
Suche nicht	2%	0%	2%	0%	1%	1%
Freunde und Bekannte	68%	85%	79%	83%	90%	82%
"test"-Hefte, "Ökotest", "DM" o.ä.	54%	62%	65%	61%	62%	62%
andere Zeitungen, Zeitschriften	54%	61%	70%	55%	65%	62%
Fernsehen	40%	47%	53%	40%	53%	47%
Hörfunk	32%	28%	33%	24%	27%	28%
Verbraucherzentrale	24%	20%	31%	23%	28%	25%
Internet	40%	35%	57%	38%	48%	44%
Fachpersonal in Fachgeschäften	84%	94%	77%	84%	85%	85%
Behörden, Ämter, staatliche Beratung	40%	34%	38%	46%	35%	38%
Telefondienste	10%	9%	5%	9%	8%	8%

AE 15: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Bereiche in Ihrem Leben?

Antworten: Prozentzahlen

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Konsum (Einkaufen, Verbrauchen)	17%	48%	30%	2%
Familie	89%	10%	1%	0%
Freunde	56%	39%	4%	0%
Sport, körperliche Bewegung	33%	46%	19%	1%
Unterhaltung konsumieren (z.B. Fernsehen)	4%	31%	57%	7%
Arbeiten	28%	61%	8%	1%
Künstlerische Tätigkeit, Musizieren	15%	26%	41%	15%
Kunst und Musik genießen	22%	49%	25%	2%
sich unterhalten mit Menschen	52%	44%	4%	0%
Verkehr (z.B. Autofahren, Zugfahren)	12%	49%	32%	4%
Naturgenuss	51%	42%	5%	1%
Religion, Spiritualität	17%	35%	32%	15%
Muße, Besinnung	36%	46%	16%	2%

AE 16: Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik

Vergleich der Teilprojekte

	TIR %	DGF %	M %	KRU %	ER/ERH %	Gesamtprojekt
Information, Aufklärung, Erziehung	9,7	7,3	26,8	25,1	25,0	19,7
Ernährung, Lebensmittel	23,7	19,3	18,9	13,5	21,7	19,5
Umwelt	15,5	17,3	15,6	10,5	13,5	14,3
Gesundheit	18,7	26,0	14,3	9,3	2,0	14,2
Dargestellt sind nur die Zielgruppen, auf die jeweils mindestens 10 % der Punkte entfielen.						

Verbraucherschutz in Bayern

Die wichtigsten Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik nach Punkten geordnet	Punkte
Verbrauchererziehung: Bewusstsein schaffen für Verbraucher- und Umweltschutz, Ernährung, Gesundheit, Eigenverantwortung etc.	179
Umwelt schützen, gesunde Umwelt, Emissionen vermindern	169
Information verbessern: konsequente, objektive, umfassende, rechtzeitige, ausgewogene und unabhängige Aufklärung	140
Verbraucher stärker schützen, größeres Gewicht des Verbraucherschutzes in der Politik – darunter: EU-weite bzw. globale Standards auf hohem Niveau (Harmonisierung) (21 Punkte)	115
Sicherheit allgemein (Produktsicherheit, nur Produkte einführen, die in Langzeituntersuchungen unbedenklich erschienen, keine gesundheitsgefährdenden und umweltbelastenden Produkte)	100
Gesunde, sichere Lebensmittel, gesunde Ernährung	98
Besonderer Schutz bestimmter Gruppen (Kinder, Jugendliche, Behinderte, Ältere, Ausländer), einschließl. Barrierefreiheit	82
Gesunde Landwirtschaft, ohne schädliche chemische Hilfsmittel, ökologische Landwirtschaft fördern, biologische Vielfalt produzieren – darunter: Ausweitung, Förderung des ökologischen Landbaus (31 Punkte)	71
Prävention (Vermeidung von Krankheiten, Gesundheitsvorsorge stärken) – darunter: Drogenprävention (10 Punkte)	64
Artgerechte Tierhaltung, Verbot der Massentierhaltung	63
Mobilfunk: Verminderung von Gesundheitsrisiken, Verringerung der Strahlenbelastung, neutrale wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlichen	61
Produktinformationen: informativ, deutschsprachig, genau, vollständig, wahr (Kennzeichnung von Inhaltsstoffen in allen Produkten)	60
Gesundheit allgemein	48
Energie: bewußter Umgang, Förderung und Erforschung alternativer, umweltfreundlicher und zukunftsweisender Energiequellen	45
Kennlichmachung der Lebensmittel (Bestrahlung, gentechnische Veränderung, nahrungsfremde Zusätze, exakt, detailliert, verständlich, lesbar)	40
Schadstofffreie Lebensmittel, keine schädlichen Zusatzstoffe, gesunde und natürliche Inhaltsstoffe	40
Kontinuierlicher Dialog mit dem Verbraucher und Bürgerbeteiligung (u. a. durch mehr Planungszellen)	32
Unabhängigkeit der Verbraucherpolitik, v. a. von Lobbies	31
Lebensmittel-Überwachung (Qualität, Kennzeichnung, Hygiene): häufig, amtlich, ordentlich	30
Schadstofffreie Produkte (alle Konsumgüter, auch Holz)	30
Stärkung und Zulassung alternativer Heilmethoden (Naturheilkunde)	30
Kosteneinsparung oder –eindämmung im Gesundheitswesen	29
Qualitätsprodukte, Qualität sichern (allgemein)	29
Arzneimittelsicherheit verbessern (keine Schädigung, strenge Prüfung auf Nebenwirkungen)	25
Gerechte Versorgung im Gesundheitswesen, für Alle erschwinglich	25
Gesundheitspolitik, Gesundheitswesen verbessern	24
Regionale Vermarktung fördern	24
Strengere Kontrollen und Richtlinien	23
Umweltschonende Produktion	23
Abbau von Überbürokratisierung	17
Verminderung der Strahlenbelastung und des Elektromogs (siehe auch Mobilfunk!)	17
Werbung: wahrheitsgetreu, Haftung für Werbeaussagen, sachlicher, nur mit messbaren Größen	17
Bewusstsein für den Umgang mit der Umwelt bei den Verbrauchern verbessern	16
Lebensmittelsicherheit und –qualität allgemein	16
Wirtschaft und Industrie zur Präventionsunterstützung verpflichten, harmonisches Zusammenwirken von Produktion, Handel, Kundendienst und Zubereitung	15
Müllvermeidung statt Mülltrennung	14
Sicherung der Grundbedürfnisse Lebensraum, medizinische Versorgung, Erziehung, Bildung	14
Technische Geräte: ungefährlich, vor Freigabe auf gesundheitliche Nebenwirkungen prüfen	14
Qualität der ärztlichen Notversorgung verbessern	13
Regionale Lebensmittel zur Steigerung der Lebensmittelqualität	13
Wirkungslose Medikamente vom Markt nehmen, Beschränkung auf ein Minimum (Positivliste)	13
Sicherung der Grundelemente Luft, Wasser, Nahrungsmittel	12
Verhinderung von Verharmlosungen und Verheimlichungen	12
Verkehrsbelastung vermindern (Lärm, Abgase, Menge), v. a. Straßenverkehr, u. a. durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	12
Mehr Forschung in Human- und Veterinärmedizin	10
Umfangreichere Beratung und mehr Kontrolle	10
Reduzierung der chronischen Erkrankungen	9
Umstrukturierung der Verbraucherzentralen	9
Verbraucher vor Nachteilen (von Produkten) schützen	9
Bekanntmachung von Subventionen	8
Information über Informationsquellen und Organisation des Verbraucherschutzes	8
Preiswerte Lebensmittel mit hohem Qualitätsstandard	8
Qualitativ hochwertige Lebensmittel	7
Vertrauen stärken	7
Gastronomie: Konzession statt 3-1/2-stündiger Gaudiunterrichtung	6
Gewalt in den Medien verbieten (Computer, Kino)	6
Lebensmittel-Transparenz verbessern	6
Schutz vor gentechnisch manipulierten Lebensmitteln	6
Dienstleistungen der Versicherungen übersichtlicher und verständlicher gestalten	5
Konsum	5
Haftung von Unternehmen für Gesundheitsschäden (der Verbraucher)	4
Patientenkarte auf freiwilliger Basis einführen	4
Regulierung von Komfortbedürfnissen (Handy, Werbung, Individualverkehr)	2
Staat und Industrie sollen ihren Beitrag leisten	2
Summe aller Punkte	2.077

Weiden/Tirschenreuth "Der Neue Tag"

Nummer 174 · Dienstag, 31. Juli 2001

Neue Ideen in der Planungszelle

Verbraucherschutz: Kreis Tirschenreuth wird erste Modellregion für die Bürgerbeteiligung

VON STEFAN ZARUBA

Tirschenreuth. Leute, die sich im Leben vorher nie gesehen haben, sitzen im Halbrund zusammen. Mit dickem Filzstift schreiben sie Wünsche auf bunte Pappkartons, etwa: „Ich will bei Milch wissen, von welchem Hof sie kommt.“ So könnte es aussehen, wenn ab September die Tirschenreuther zusammen ein erstes „Bürgergutachten zum Verbraucherschutz“ ausarbeiten. Der Landkreis ist als Modellregion für eine solche Studie ausgewählt worden.

Ministerpräsident Edmund Stoiber hat Eberhard Sinner nach dem Hereinbrechen der BSE-Seuche als den Minister für die Verbraucher installiert. Und der Krisenmanager setzt auf moderne Techniken zum Erkennen von Problemen und Lösungsansätzen.

So auch auf ein Verfahren zur Erstellung von Bürgergutachten mit Hilfe von so genannten „Planungszellen“, das in den 70er Jahren eine Arbeitsgruppe an der Universität Wuppertal entwickelt hat. Die Idee der Forscher um Professor Peter C. Dienel: Betroffene sollen in kleinen Einheiten einige Tage lang konzentriert und mit Hilfe eines neutralen Moderators eine konkrete Problemstellung behandeln. Auftraggeber waren bisher unter anderem die Stadt Köln, die Stiftung Warentest oder das Bundesforschungsministerium.

Gleiche Chancen für alle

Konkret will das bayerische Ministerium wissen, welche Forderungen die Teilnehmer an den Verbraucherschutz in den Themenbereichen Gesundheit, Ernährung und Arbeitsleben stellen. Bayernweit werden ab Ende September deshalb 18 Planungszellen mit je etwa 25 Bürgern die Fragestellungen parallel behandeln. Dafür sind fünf Modellregionen bestimmt worden, darunter der Kreis Tirschenreuth mit zwei Planungszel-



Geht neue Wege bei der Bürgerbeteiligung: Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner beruft Planungszellen ein, die ein „Bürgergutachten“ erstellen sollen. Bild: Karin Wilck

len. Im Stiffland ist Premiere des Projekts. Die bayernweite erste Runde startet dort am 24. September. Die Teilnehmer der Workshops erhalten von Experten eine Einweisung in die Problematik und arbeiten die Fragestellungen vier Tage lang auf.

Alle „Bürgergutachter“, so nennt die Wuppertaler Forschergruppe die Teilnehmer, sollen gleiche Chancen haben. Deswegen können sie laut Mitteilung des Ministeriums nach dem Bildungsurlaubsgesetz freigestellt werden. Sogar um die Kinderbetreuung kümmern sich die Organisatoren. Die Gruppen sollen mit Frauen und Männern quer durch alle Altersschichten ab 18 Jahren zusammengesetzt sein. Damit jeder wirklich zu Wort kommt, betreuen professionelle

Moderatoren die Arbeitssitzungen. Auch arbeiten Untergruppen in wechselnder Zusammensetzung Detaillösungen aus. Die Bürgergutachter nehmen an Besichtigungen teil, führen Anhörungen durch und sprechen mit Politikern.

Bewerbungen von Politikern zwecklos

Bewerbungen von politisch Engagierten für die Planungszellen sind zwecklos. Ein Gedanke bei den Planungszellen ist nämlich, dass eben nicht die „üblichen Verdächtigen“ politische Vorarbeit leisten. Es gilt das Losprinzip: Die Teilnehmer werden aus den Einwohnermelde-Dateien ausgewählt. „Eine Alternative zur Establishment-Demokratie“ nennt das der Wuppertaler Professor Dienel.



Vinzenz (neun Wochen alt) bekommt nicht mit, dass es hier auch um seine Zukunft geht. Am Montag nahmen in Tirschenreuth die beiden ersten Planungszellen Bayerns ihre Vorarbeiten für ein Bürgergutachten zum Verbraucherschutz auf. Mit dabei ist Vinzenz' Mutter Eva Gibhardt. Die Teilnehmer sind per Zufall aus allen Bürgern des Landkreises ausgewählt worden.

Bild: Zaruba

Das Ohr an der Basis

Verbraucherschutz: „Planungszelle 01“ startete in Tirschenreuth

VON STEFAN ZARUBA

Tirschenreuth. Nach eineinhalb Stunden hat Vinzenz Hunger. Das ist gut so. Vinzenz ist neun Wochen alt, und der Jüngste in der „Planungszelle 01“. Reden kann der Bub aus Falkenberg noch nicht. Aber seine Mutter, Eva Gibhardt, spricht mit der Erfahrung der zurückliegenden Schwangerschaft. Bis zur Kaffeepause haben die Teilnehmer der ersten Planungszelle schon einen Katalog von Aspekten rund um den Verbraucherschutz gesammelt.

Bei einem Stück Kuchen lassen 25 Frauen und Männer die ersten Eindrücke dieses neuen Forums setzen. „Super, dass so was gemacht wird“, findet Alfons Farnbauer (35) aus Kulmain. „Ich wollt' mal schau'n, wie das ist“, drückt der 17-jährige Michael Huber aus Tirschenreuth seine Neugier aus. Und die 34-jährige Mutter von Vinzenz sieht „endlich die Chance, dass die eigene Meinung gefragt ist“. Sie alle wussten mit dem Begriff der Planungszelle kaum etwas anzufangen, als vor einigen Wochen die Einladungen ins Haus flatterten.

Neuland für alle Beteiligten

„Sie schauen noch etwas ungläubig“, hat dann auch Ministerialrat Josef Seidl vom Verbraucherschutzministerium am Montagmorgen nach einem Blick in die Runde gefunden. 50 Stiftländer, willkürlich und per Zufall ausgewählt, sollen am Amt für Landwirtschaft seit Montag in den ersten beiden von 18 Planungszellen im Freistaat ein Bürgergutachten zum Verbraucherschutz in Bayern erarbeiten. „Es ist für uns Neuland, es ist für sie Neuland. Es ist für viele Neuland“, so Seidl. „Das Instrument Umfragen wollten wir nicht, weil bei Umfragen ein schnelles Empfinden transportiert wird“, erläutert er am Rande den Medienvertretern. Und in öffentlichen Diskussionsrunden besteht die Gefahr, dass nur politisch aktive Bürger ihre Meinungen ein-

bringen. „Wir wollen denen, die sonst stumm sind, die Chance geben, etwas zu sagen“, erklärt Christian Weilmeier, stellvertretender Projektleiter des Bürgergutachtens.

Vier Tage lang arbeiten sich die beiden Tirschenreuther Planungszellen in das Thema Verbraucherschutz ein, werden Experten anhören, Politiker befragen und einen Forderungskatalog verfassen. Ab Oktober folgen weitere 16 Planungszellen im Freistaat. Die 450 Bürger werden so eine wertvolle Sammlung von Wünschen und Kritikpunkten erstellen – nicht nur wegen der Kosten in Höhe von über 800 000 Mark. So wird auch die Opposition im Landtag die besondere Aussagekraft des Bürgergutachtens zu schätzen wissen und – falls sich darin Kritik häuft – ausschlagen.

Am Donnerstag kommt Sinner

Dennoch steht Minister Eberhard Sinner dem Vernehmen nach voll hinter dem Bürgergutachten. Am Donnerstag will er sich selbst mit den Tirschenreuther Teilnehmern zusammensetzen. Und dabei dürfte er vielleicht schon die ersten Wünsche zu hören bekommen. Alfons Farnbauer brennt das Thema Mobilfunk auf den Nägeln, Michael Huber will sich gegen irreführende Werbung im Internet wehren. Vinzenz wird wieder Hunger haben. Und in seiner Mutter eine Fürsprecherin finden. Die nämlich interessiert sich besonders für das Thema gesunde Ernährung.

Weiden/Tirschenreuth
"Der Neue Tag"
25.09.2001

Das Stichwort

Planungszelle

Seit Montag werden nach und nach 450 bayerische Bürger in 18 Planungszellen ein Bürgergutachten zum Verbraucherschutz im Freistaat erarbeiten. Auftraggeber ist das neue Verbraucherschutzministerium. Die Organisation und wissenschaftliche Betreuung obliegt der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Bergischen Universität, Gesamthochschule Wuppertal.

Dort hat in den 70er Jahren Professor Dr. Peter C. Dienel die Planungszelle entwickelt. Die Idee, die hinter dem Projekt steckt, ist, dass jeder Bürger an der Lösung eines Problems mitarbeiten kann, wenn er nur genügend Informationen erhält. So beraten die 25 Teilnehmer in Kleingruppen, holen Fachwissen ein und verfassen auf dieser Basis Forderungen. Professionelle Gesprächsbegleiter sorgen dafür, dass alle Teilnehmer ihre Meinungen und Ideen einbringen können. Themen sind unter anderem Ernährung, Arbeitssicherheit, Produktsicherheit, Werbung, Mobilfunk und Verbraucherberatung.

Eine Planungszelle umfasst 25 per Zufall aus den Meldedaten bei den Gemeinden ausgewählte Bürger ab 16 Jahren. Zwei Planungszellen in Tirschenreuth arbeiten parallel bis Donnerstag. Ab Oktober folgen Planungszellen im Kreis Dingolfing-Landau, in München, in Krumbach sowie in der Stadt Erlangen und dem Kreis Erlangen-Höchstadt. Das Bürgergutachten soll bis Mai 2002 vorliegen. (za)

"Erlanger Nachrichten 06.03.2002"

BAYERN*Minister Eberhard Sinner stellt heute in Erlangen sein Projekt „Bürgergutachten“ vor*

Begeisterung ist unerwartet groß

Fünf Städte sind beteiligt – Die Betroffenen suchen in Planungszellen ihre Position zu Umweltthemen

VON ROLAND ENGLISH



Bürgergutachten in Erlangen: Die Beteiligten vergeben Punkte.

Foto: Böhner

MÜNCHEN – Es ist früh am Morgen, und wenn er könnte, er lebte wohl gesünder. So aber bleibt Eberhard Sinner nur der schnelle Biss in einen Apfel statt eines ausgedehnten Dauerlaufs. Und während er in seinem Büro sitzt, denkt der Gesundheitsminister darüber nach, was andere für gesund halten.

Der 57-Jährige ist gerade ein Jahr im Amt als erster Verbraucherschutzminister Bayerns und es hätte weit besser für ihn laufen können. Als Krisenmanager in der BSE-Krise patzte Sinner gehörig. Seither kämpft er um seinen guten Ruf. Dabei könnte der Minister doch auch auf Erfolge verweisen. Mühsam hat er intern seine Lieblingsidee durchgesetzt und gegen den Widerstand der Beamten ein Bürgergutachten ins Leben gerufen.

400 000 Euro sind dafür veranschlagt und ein guter Teil des Geldes fließt

nach Wuppertal zu Peter Diemel, Professor an der Bergischen Universität. Diemel gilt als Pionier für Bürgergutachten.

In fünf bayerischen Städten erforscht Diemel, was die Bürger unter Verbraucherschutz und Gesundheitspolitik verstehen, was sie sorgt, wie sie sich die Politik vorstellen. In Tirschenreuth und Dingolfing sind die Gutachten fertig; in München haben die Bürger gerade getagt, das schwäbische Krumbach und Erlangen sollen jetzt folgen. In der Universitätsstadt stellt Sinner das Projekt heute vor.

Das Verfahren wird hier so laufen wie in den vier anderen Städten: Nach dem Zufallsprinzip wählen die Wuppertaler die Kandidaten für die so genannten Planungszellen aus. Zwei gibt es in jeder Stadt, besetzt mit je 25 Bürgern, die sich nicht kannten, die aus allen Gesellschaftsschichten stammen,

aus allen Generationen. Acht und mehr Stunden sitzen die Bürger an vier Tagen zusammen, informieren sich, suchen ihre Position zu „Umwelt und Gesundheit“, zu „Ernährung und Landwirtschaft“ oder der „Sicherheit technischer Geräte am Beispiel des Mobilfunks“.

Über Details will Sinner vorerst nicht reden, „weil ich die laufenden Gutachten nicht beeinflussen will“. Es zeige sich aber, dass „das Thema Gesundheit ganz oben steht noch vor Lebensmittelqualität.“ Und dass sie sich schlecht informiert fühlten, sagen die Bürger, dass sie beispielsweise wissen wollten, woher die Lebensmittel in den Regalen stammen. Und dass sie sich nicht genug geschützt fühlten, haben sie niedergeschrieben.

Mitte des Monats, wenn die 50 Erlanger ihr Gutachten erstellt haben zum Verbraucherschutz, wollen Sinners Beamte die Werke auswerten und ihre Schlüsse ziehen.

Vier Tage Urlaub

Die Begeisterung, so der Minister, ist bei den Bürgern groß. Das wundert, weil diese für das Gutachten vier Tage Urlaub nehmen müssen und eine magerre Aufwandsentschädigung von 130 Euro bekommen. Doch es zeigt, dass das Interesse an politischen Themen offenbar größer ist als erwartet. „Wir werden die Ergebnisse der Gutachten umsetzen“, sagt der Franke.

Manches könnte ihm entgegenkommen. In früheren Gutachten hatten die Bürger Schlüsse gezogen, die ihnen die Politiker nicht zugetraut hatten. So wäre denkbar, dass sich die Bayern für Mobilfunk aussprechen, dem landläufigen Widerstand gegen neue Sendemasten zum Trotz.

Sinner denkt derweil über neue Projekte nach, über Vorhaben seines Hauses, die er unter die Rubrik „Top Eleven“ zusammenfasst. Er wolle andere Wege gehen, sagt Sinner über sich. Auf der Grünen Woche in Berlin zog der Stand seines Hauses die Massen mit „ropeskipling“ an, mit nichts anderem als Seilhüpfen, eine Sportart, die Sinner betreibt, seit er nicht mehr zum Joggen kommt.

"Münchener Merkur"
07.03.2002

Bürger sollen Gutachten für Sinner machen

Erlangen (dpa) – Mit Gutachten von Bürgern will Bayern den Verbraucherschutz verbessern. „Wir geben häufig teure Expertengutachten in Auftrag, mit denen wir wenig anfangen können“, klagte Bayerns Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner bei der Vorstellung des Projektes in Erlangen. Von Laien erstellte Maßnahmenkataloge seien wesentlich praxisnäher als die meisten Expertenpapiere. Bei dem Pilotprojekt erarbeiten seit September 450 zufällig ausgewählte Menschen in 18 so genannten Planungszellen neue Konzepte für den Verbraucherschutz im Freistaat. Die zufällige Auswahl der Teilnehmer aus dem Melderegister soll dabei sicherstellen, dass in den Arbeitsgruppen die Bevölkerung unabhängig von Parteien und anderen Interessengruppen repräsentativ vertreten ist.

REGION UND BAYERN

NZ Nr. 56 – Seite 13

Bayern will den Verbraucherschutz mit Bürgergutachten verbessern Vom Mobilfunk bis zu Arzneimitteln

Minister Eberhard Sinner besuchte „Planungszellen“ in Erlangen – 450 Teilnehmer berieten an fünf Standorten und gaben Empfehlungen zu verschiedenen Themen ab

ERLANGEN (NZ). – Welchen Aussagewert haben eigentlich von Fachleuten erstellte Gutachten? Und wann braucht man sie? Der Wuppertaler Soziologe Peter Diemel steht ihnen mit einer gehörigen Portion Skepsis gegenüber. Derartige Gutachten werden gern in Auftrag gegeben, wenn man Zeit braucht und nicht handeln will, sagt Diemel. Ausgenommen von Diemels Spott sind so genannte Bürgergutachten. Zu denen hat er ein besonderes Verhältnis: Er hat ein Verfahren, mit dem Bürgergutachten erstellt werden, in den 70er Jahren als Soziologie-Professor an der Universität Wuppertal entwickelt. Dabei werden von ihm so genannte „Planungszellen“ eingesetzt. Über 8000 Menschen konnten seitdem nach seinem Modell ihre jeweilige Position im kommunalen Bereich vertreten. Über den öffentlichen Personennahverkehr in Hannover wurde auf diese Weise entschieden oder über die zukünftige Entwicklung der Innenstadt Neuss. Erstmals wurde das Verfahren jetzt auf Landesebene eingesetzt – in Bayern. Gestern kam Minister Eberhard Sinner zum Abschluss des von ihm in Auftrag gegebenen „Bürgergutachtens zum Verbraucherschutz“ nach Erlangen.

An fünf Standorten im Freistaat – neben Erlangen waren das Tirschenreuth, Dingolfing-Landau, München und Krumbach – fanden sich in den letzten fünf Monaten Bürger in „Planungszellen“ zusammen, um über das Thema Verbraucherschutz zu beraten und Empfehlungen abzugeben. Ausgewählt waren die Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip. 18 „Planungszellen“ mit jeweils 25 Personen hatte es gegeben, vier davon in Erlangen. 450 Bürger waren also beteiligt, darunter



Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner (2. v. re.) schaute gestern den Teilnehmern einer „Planungszelle“ in Erlangen über die Schulter. Foto: Sippel

100 Erlanger. Über vier Tage hinweg waren sie je acht Stunden lang zusammengelassen, um sich durch verschiedene, vorgegebene Themenbereiche hindurchzuarbeiten, hatten dafür Urlaub genommen oder ihre Kinder Betreuern anvertraut und 130 Euro Aufwandsentschädigung erhalten.

Über Mobilfunk wurde beispielsweise gesprochen, über Lebensmittelüberwachung, über Arzneimittel und über Werbung. Dabei waren Fachleute geladen, um Für und Wider dieser Themen darzustellen. Denn es ist der informierte Bürger – so das Konzept –, der dann seine Meinung abgeben soll. Heute endet die Arbeit der Planungszellen; die Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren in Wuppertal muss nun aus den gewonnenen Ergebnissen bis Ende Mai das Bürgergutachten erstellen.

Es werde „kein Gutachten für den Aktenschrank“, verspricht Minister Sinner und kündigt eine „Umsetzungsquote bis zu 80 Prozent“ an. Es sei umsetzbarer und praktikabler als Fachgutachten. Sinner hofft herauszufinden, wo Erklärungsbedarf besteht gegenüber den Bürgern und wo „möglicherweise Handlungsbedarf“ für die Politiker. „Erstaunt“ zeigt sich Sinner über das Engagement und die Motivation der Teilnehmer – „die wollten gar nicht mehr aufhören“. Jetzt baut er auf das hohe Maß an Glaubwürdigkeit, das ein Bürgergutachten habe. Der Bürger glaube anderen Bürgern eher als den Politikern, meint er.

Peter Diemel drückt diese Einsicht anders aus: Ein in Planungszellen erstelltes Bürgergutachten komme aus neutraler, bestechungsresistenter Position. Vielleicht sei das der Grund, warum das Verfahren auch verängstigte. Doch es werde sich, so seine Überzeugung, in den nächsten 30 Jahren durchsetzen. In Ländern wie Dänemark, Japan und Australien zeige man jetzt schon Interesse daran. Interesse zeigt auch der Erlanger Oberbürgermeister Siegfried Balleis. Er kündigte gestern an, dass er mittels Planungszellen die Weiterentwicklung der Innenstadt und den Nahverkehr anpacken will.

Eva Kettiler

Erlangen
"Nordbayerische Zeitung - Fränkischer Kurier"
07.03.2002

Praxisnah und verständlich

Bayern will Verbraucherschutz mit Bürgergutachten verbessern

ERLANGEN. Mit Gutachten von Bürgern will Bayern den Verbraucherschutz verbessern. „Wir geben häufig teure Expertengutachten in Auftrag, mit denen wir wenig anfangen können“, klagte Bayerns Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner (CSU) am Mittwoch bei der Vorstellung des Projektes in Erlangen. Von Laien erstellte Maßnahmenkataloge seien wesentlich praxisnäher als die meisten Expertenpapiere.

Bei dem Pilotprojekt erarbeiten seit September 450 zufällig ausgewählte Menschen in 18 so genannten Planungszellen neue Konzepte für den Verbraucherschutz im Freistaat. Die zufällige Auswahl der Teilnehmer aus dem Melderegis-

ter soll dabei sicherstellen, dass in den Arbeitsgruppen die Bevölkerung unabhängig von Parteien und anderen Interessengruppen repräsentativ vertreten ist.

„Wir können mit diesem Verfahren viel besser erfahren, was die Menschen wollen“, erklärte Sinner. So könnten etwa auch Risiken, die die Wissenschaft nicht erkenne, wie zum Beispiel beim Mobilfunk, erfasst und aufgegriffen werden. Nach Angaben des Ministers sollen die Ergebnisse der einzelnen Planungszellen in den kommenden Wochen zu einem Bürgergutachten zusammengefasst und im Mai der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

In den „Planungszellen“ re-

ferieren vier Tage lang Experten ihre kontroversen Standpunkte zu den Themen von Gesundheit und Ernährung bis hin zu Werbung und Mobilfunk. Anschließend werden die Argumente abgewogen und ein Forderungskatalog aufgestellt. Dafür erhalten die Teilnehmer eine kleine Aufwandsentschädigung und Verdienstausschluss.

Vorwissen brauchen die Teilnehmer nach Angaben des „Planungszellen“-Erfinders Professor Peter Dienel nicht. Die Teilnehmer müssten sich nur informieren, Zeit haben und die gelieferte Information verarbeiten wollen. Dann könnten sich selbst Laien mit sehr abstrakten Themen befassen.

Erlangen "Fränkischer Tag" 07.03.2002



Am Freitag wurde das Projekt im Landratsamt vorgestellt.

Foto: Nentwig

Schweigende Mehrheit zum Sprechen bringen

Neues Konzept für Verbraucherschutz wird getestet

Von Conny Nentwig

Aufgepasst! Genau 1.200 Landkreis-Bürger werden in den nächsten Tagen besondere Post in ihrem Briefkasten vorfinden. Sie gehören damit zu den Auserwählten, die per Zufallsprinzip angeschrieben werden, um eine Teilnahme bei der Aktion „Bürgergutachten“ gebeten werden. Letztendlich sollen aus den angeschriebenen Personen 100 Freiwillige an einem Vier-Tage-Programm teilnehmen. Grund für diese Aktion: Das Bayerische Verbraucherschutz-Ministerium interessiert sich für die Meinung der Bürger, will in sogenannten „Planungszellen“ Konzepte für die künftige Verbraucherschutzpolitik entwerfen lassen.

Durchgeführt wird das Verfahren, das am Freitag im Beisein von Landrat Heinrich Trapp im Landratsamt vorgestellt wurde, von einer Projektgruppe der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Universität Wuppertal. Bayernweit wurden fünf Modellregionen

ausgewählt, die an diesem Verfahren teilhaben werden.

Im Landkreis Dingolfing-Landau sollen in vier Planungszellen mit jeweils 25 Mitgliedern vom 15. Oktober bis 18. Oktober und vom 22. Oktober bis 25. Oktober verbraucherrelevante Themen bearbeitet werden. Informationen von fachkundigen Referenten zu den Themen Gesundheit, Ernährung, Arbeits- und Produktsicherheit, Werbung, Mobilfunk und Methoden und Organisation der Verbraucherberatung werden den Bürgern vermittelt. Ziel ist am Ende die Erarbeitung einer Prioritätenliste in Sachen Verbraucherschutz. Die Ergebnisse der Planungszellen werden in einem sogenannten „Bürgergutachten“ zusammengefasst.

Die Teilnehmer werden von Moderatoren betreut, direkte Ansprechpartnerin für alle Fragen vor Projektbeginn, aber auch während des Ablaufs ist Ingrid Prade. Extra für die Dauer der Maßnahme eingestellt, wird sie als „akademisches Mädchen für alles“ – so Landrat Heinrich Trapp – ab dem 17. September im Landratsamt, Zimmer 220, für alle Fragen zur Verfügung stehen. Montags und mittwochs von 10.30 Uhr bis 12.30 Uhr und von 15 Uhr bis 20 Uhr ist Ingrid Prade in ihrem Büro erreichbar, telefonisch unter der Nummer 08731/87-218.

"Dingolfinger Wochenblatt 08.09.2001"

